

2 octobre 2023 (NZZ)

[Arbeitspsychologe Tomas Chamorro über Ablenkbarkeit, Narzissmus und Glück \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch/arbeit/psychologie-tomas-chamorro-ueber-ablenkbarkeit-narzissmus-und-glueck-1.1671111)

INTERVIEW

«Die Ablenkung durch das Smartphone reduziert unsere geistigen Fähigkeiten um zehn IQ-Punkte»

Was machen Smartphones und künstliche Intelligenz mit uns Menschen? Der Arbeitspsychologe Tomas Chamorro erklärt, weshalb die digitale Welt Narzissmus fördert und warum die ständige Suche nach Glück im Arbeitsalltag kontraproduktiv ist.

Christin Severin

02.10.2023, 05.30 Uhr 6 min



Tomas Chamorro behauptet, dass wir die Zeit, die wir durch Automatisierung gewinnen, auf Tiktok, Youtube oder Facebook wieder verträdeln.

Annick Ramp / NZZ

Herr Chamorro-Premuzic, in der Arbeitswelt nehmen künstliche Intelligenz (KI) und Automatisierung rasant zu. Was braucht es, um sich als Mensch auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten?

Künstliche Intelligenzen agieren sehr regelgebunden. Eine korrekte Antwort ist aber häufig weder sehr gut noch sehr innovativ. Der Mensch kann hingegen mit echter Expertise über die alte Regel hinauswachsen. Chat-GPT ist die intellektuelle Version der Fast-Food-Industrie. Unsere Chance als Menschen liegt darin, die intellektuelle Version der Slow-Food-Bewegung zu werden.

Der Gebrauch von KI mache uns vorhersehbarer, sagen Sie. Warum ist das ein Problem?

Was vorhersehbar ist, lässt sich standardisieren und dann automatisieren. Bei automatisierten Tätigkeiten verliert der Mensch gegen die Maschine. Google ist so erfolgreich, weil uns das Unternehmen überzeugt hat, dass es das Verhalten der Konsumenten prognostizieren kann. Gleichzeitig braucht die AI uns mehr denn je. Je vorhersehbarer wir agieren, desto besser kann sie mit uns Geld verdienen. Menschen sind zum Glück gut darin, Neues zu schaffen. Denken Sie an die Fotografie. Seit es sie gibt, ist es sinnlos, möglichst realitätsgetreu zu malen. Die Künstler haben im kreativen Ausdruck neue Wege entdeckt.

Was fördert die Kreativität?

Man kann die richtigen Anreize setzen. Bei vielen Unternehmen ist das Bekenntnis zu Innovationen jedoch nur ein Lippenbekenntnis. Das Management will auf der sicheren Seite sein. Innovationen und Kreativität aber sind riskant. Oft stehen wir uns auch selbst im Weg. Die Zeit, die wir durch Automatisierung sparen, nutzen wir eben häufig nicht kreativ. Wir verträdeln sie stattdessen auf Tiktok, Youtube oder Facebook.

Unsere Smartphones sind allgegenwärtig, fast schon am Körper angewachsen. Ständig poppen Meldungen und Nachrichten auf. Verlieren wir die Fähigkeit zur Konzentration?

Ja, das tun wir. Durch die ständige Ablenkung verlieren wir die Fähigkeit, uns während einer längeren Zeit auf eine Sache zu konzentrieren. Das beeinträchtigt die Arbeit. In Umfragen sagen 70 Prozent der Arbeitnehmer, dass sie durch das Smartphone abgelenkt werden. Man wird immer wieder aus der laufenden Tätigkeit herausgerissen, springt hin und her. Unsere geistigen Fähigkeiten reduzieren sich dadurch im Ausmass von zehn IQ-Punkten. 60 bis 85 Prozent der Smartphone-Nutzung geschieht während der Arbeitszeit. Irgendwann kommt der Punkt, an dem wir am meisten gewinnen, wenn wir die Technologie ignorieren.

Führt die leichte Ablenkbarkeit durch das Smartphone zu einem Produktivitätsverlust?

Seit 2008 das erste iPhone auf den Markt gekommen ist und die Social-Media-Plattformen Auftrieb erhalten haben, stagniert das Produktivitätswachstum. Wir verbringen mittlerweile 21 Jahre unseres Lebens vor dem Bildschirm und 7,5 Jahre auf Social Media. Der Produktivität ist das nicht zuträglich.

Was lässt sich dagegen tun?

Vielleicht wollen wir so leben. Technologiefreundlichkeit ist nicht die Antwort. Selbstkontrolle und digitale Hygiene helfen sowie auch die aktive Suche nach interessanten Tätigkeiten in der vergessenen, echten Welt.

Es gibt aber bereits einen Gegentrend. Die Veranstalter von Live-Konzerten oder auch Restaurantbetriebe konnten ihre Preise überproportional anheben. Ein Besuch im Restaurant lässt sich nicht digitalisieren, ein Live-Konzert nicht per Zoom erleben. Genau dieses Erkenntnis schützt einige Berufe.

Ist die Generation Z stärker abgelenkt, oder betrifft das Problem alle Generationen gleichermassen?

Wir wissen nicht, ob es eine Generationen- oder eine Altersfrage ist. Die heute 60-Jährigen hatten mit 15 Jahren noch kein Tiktok. Im Moment scheint die Generation Z stärker abgelenkt zu sein.

Allerdings gibt es innerhalb jeder Generation grosse Unterschiede. Eine Grossmutter kann dem Internet verfallen sein, ein 20-Jähriger kann es bestens im Griff haben.

Was machen Sie persönlich gegen Ablenkung, wie fokussieren Sie?

Darin bin ich sehr schlecht. Sagen Sie einem Alkoholiker, er solle auf Alkohol verzichten . . . Ich bin abhängig (lacht). Nein, im Ernst: Man muss Selbstwahrnehmung entwickeln und sich Selbstdisziplin abringen. Ich plane inzwischen bewusst Offline-Zeiten ein, die ich als «Denkfenster» nutze.

Sie sagen, dass uns das AI-Zeitalter narzisstischer mache. Wieso werden wir Ihrer Meinung nach anfälliger für mehr Nabelschau?

Wenn man bei der Arbeit pausenlos von sich erzählt, erklärt, wie aussergewöhnlich man ist und was die Katze zum Frühstück hatte, wird man durch ernüchterndes Feedback der Kollegen schnell auf den Boden der Realität zurückgeholt. Das wirkt dem Narzissmus entgegen. In der digitalen Welt sind die Algorithmen darauf angelegt, unser Selbstwertgefühl zu steigern. Sie geben uns ein unrealistisch positives Feedback. Auf Social Media wird man fürs Angeben belohnt. Man bekommt als Influencer einen höheren Status.

Viele Unternehmen haben Angst, dass ihre Mitarbeiter im Home-Office schnell abschweifen. Ist die Kontrolle über die Mitarbeiter im Büro besser?

Wer im Home-Office nicht arbeiten will, geht joggen. Wer im Büro nicht arbeiten will, surft im Internet. Die disziplinierende Kraft des Büros wird überschätzt. Unglücklicherweise kommt der Druck vieler Unternehmen daher, dass Manager nicht besonders gut darin sind, Output und Produktivität ihrer Leute einzuschätzen. Aus diesem Grund fokussieren sie zu stark auf den Input, also die im Büro verbrachten Stunden.

Was oft vergessen wird: Die schiere Anwesenheit ihrer Untergebenen tut vielen Vorgesetzten gut. Vielleicht ist der Boss im Büro, weil er am Morgen von seiner Frau aus dem Haus geschickt wurde. Ist es verlassen, bekommt er leicht das Gefühl, dass ihn niemand liebt. Läuft er hingegen an zehn Leuten vorbei, die alle vorgeben, höchst produktiv zu sein, kann er sich wie ein phantastischer Chef fühlen.

Wie misst man die Leistung?

Gerade bei hochqualifizierten Angestellten ist es schwierig, die Leistung objektiv zu messen. Nehmen Sie einen CEO: Wie wollen Sie messen, wie hoch sein Anteil am Geschäftserfolg wirklich ist? Bei einem Uber-Fahrer geht das hingegen sehr gut. Grundsätzlich gilt: Je mehr Geld man verdient, desto härter wird es, festzustellen, wie wertvoll der individuelle Beitrag wirklich ist.

Braucht es das Büro dann noch?

Man muss erkennen, dass das Büro zu einem sozialen Treffpunkt wird, den die Leute besuchen, um nicht zu arbeiten. Man geht wegen der persönlichen Begegnungen. Grosso modo liefert jede Minute eines persönlichen Gespräches das Fundament für ein Online-Meeting von einer Stunde mit der betreffenden Person.

Viele Unternehmen klagen darüber, dass die Generation Z anspruchsvoll und wenig leistungsbereit sei. Gleichzeitig klagen Ältere darüber, dass sie wegen ihres Alters benachteiligt würden. Wie passt das zusammen?

Je nach Kultur beschwerten sich alle. Junge Leute kündigen heute, wenn sie merken, dass ein Unternehmen nicht nach ihren Werten lebt. Die Realität ist: Unternehmen können nicht allen Erfüllung bieten. Unabhängig von der Generation wollen alle einen gut bezahlten Job, flexible Arbeitszeiten, ein Unternehmen mit Werten, ein grossartiges Sozialleben, der eigene Chef sein, unlimitierte Ferien, einen Firmen-Scooter . . . De facto gibt es nicht viele Jobs, die all das einlösen können.

Die Älteren sind in ihren Erwartungen häufig realistischer, aber wir diskriminieren sie. Das hängt mit völlig falschen Vorstellungen zusammen, wie Leute Mehrwert schaffen. Altersdiskriminierung ist weit verbreitet.

Die Suche nach Glück gibt es auch in der Arbeitswelt. Was macht glücklich, und welche Tipps geben Sie als Arbeitspsychologe gegen Frust im Arbeitsalltag?

Es ist kontraproduktiv, sich obsessiv mit dem eigenen Glück zu beschäftigen. Glücklich zu sein, ist nicht die Norm, ausser man nimmt Medikamente und Drogen. Auch in der Traurigkeit und Melancholie liegt ein Wert. Wenn du hinfällst, musst du etwas ändern.

Generell erwarten wir zu viel von der Arbeit. Wenn du einen Job hast, der nicht Teil eines «Kultes» ist, hast du einen niedrigen Status. Doch wenn man bei einem coolen Unternehmen vielleicht sogar «Chef-Erkennnis-Officer für das authentische Ich» ist, steigert das das Selbstwertgefühl enorm. Es wird einfacher, wenn wir uns eingestehen, dass wir bei der Arbeit vor allem einen Job machen und dafür bezahlt werden.

Neben Ihren Lehraufträgen haben Sie auch ein Mandat als Chief Innovation Officer bei der Manpower Group. Welche Art von Innovation braucht ein Vermittler von Temporärstellen?

Manpower beschäftigt 10 000 Personalvermittler und vermittelt pro Jahr 2 Millionen Kandidaten. Wir gewinnen, wenn wir schneller bessere Leute finden. Künstliche Intelligenz fräst durch die Lebensläufe und verbessert die Intuition der Personalvermittler.

Ich versuche KI in den Bereichen zu trainieren, wo sie übersehene Signale für Potenzial erkennt. Der Algorithmus kann so gebaut werden, dass er das menschliche Bias umgeht. Merkmale wie

Geschlecht, Alter und Hautfarbe werden ausgeklammert, hingegen versuchen wir herauszufiltern, ob jemand ein guter Teamplayer oder Motivator ist. Viele Organisationen sperren sich allerdings dagegen. Nicht jeder will zwischen dem tatsächlichen und dem ihm zugeschriebenen Erfolgsbeitrag unterscheiden.

Wirtschaftspsychologe Tomas Chamorro-Premuzic

Tomas Chamorro-Premuzic ist Chief Innovation Officer bei der Manpower Group, Professor für Wirtschaftspsychologie am University College London und an der Columbia University New York sowie Mitglied des Entrepreneurial Finance Labs von Harvard. Er ist Autor mehrerer Bücher, darunter «I, Human. AI Automation and the Quest to Reclaim What makes us unique». Chamorro wurde in Buenos Aires geboren. Er hat den grössten Teil seiner beruflichen Karriere in London verbracht und lebt heute mit seiner Frau und seinen beiden Kindern in Rom.

2 octobre 2023 (NZZ)

[Auch Juden waren Täter: Das will der unsägliche Holocaust-Film «Stella» zeigen \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

Im Holocaust waren auch Juden Täter: Davon will «Stella» erzählen – ein unsäglicher Film

Erst sucht das deutsche Kino den Menschen in Hitler, jetzt den Unmenschen im Juden: Die letzten erinnerungspolitischen Dämme brechen. Dass sich das Zurich Film Festival für diese Weltpremiere hergab, ist bedenklich.

Andreas Scheiner

02.10.2023, 05.30 Uhr 7 min



Stella (Paula Beer) fürchtet um das Leben der Eltern.

Christian Schulz / Majestic

Sechs Millionen Juden wurden durch die Nazis im Holocaust umgebracht. Sechs Millionen Geschichten gibt es zu erzählen.

Dazu die Geschichten von denen, die überlebt haben. Dann die jüdischen und nichtjüdischen Helden, die Menschenleben gerettet haben. Ausserdem die massenhaft vielen Täter: Auch für sie darf es kein Vergessen geben. Unzählige Geschichten aus dem Zweiten Weltkrieg drängen sich noch immer auf, erzählt zu werden.

Kilian Riedhof reizte eine Geschichte, die sich nicht aufdrängt. Ausgerechnet eine jüdische Täterin hat sich der deutsche Regisseur ausgesucht: Riedhof rekapituliert das Leben von Stella Goldschlag, die im Zweiten Weltkrieg für die Gestapo gearbeitet hat. Die deutsche Jüdin war eine sogenannte Greiferin: Sie lieferte den Nazis jüdische Mitmenschen ans Messer.

Mit dem Narzissmus beginnt es

«Stella. Ein Leben.» heisst der Film, der am Samstagabend auf dem Zurich Film Festival seine Weltpremiere feierte. Paula Beer, brillant zuletzt in Petzolds «Roter Himmel», verkörpert diese Stella: goldblonde Locken, kräftige Stimme. Jazzsängerin ist ihr Traum. Vor dem Auftritt küsst sie sich im Schminkspiegel: eine kecke junge Frau, nicht frei von Narzissmus, der Film macht's mit einem Bild klar.

Sie hat auch etwas Rücksichtsloses, früh zeigt sich die Kaltblütigkeit. Der Trompeter in der Band ist verzweifelt, sein Vater wurde verhaftet, der Junge schluchzt ins Rohr. Stella schnauzt ihn an. Dass ihnen allen das Schlimmste droht, nur weil sie Juden sind, will sie nicht wahrhaben. «Damit kann man auch alles erklären!»

Stella will kein Opfer sein. Sondern sich vergnügen. Von der Schreckensherrschaft der Nazis draussen auf der Strasse lässt sie sich das Wochenende nicht vermiesen. Während sich andere Juden kaum noch vor die Tür trauen, bettelt sie bei der Mutter: «Kann ich das Glitzerkleid tragen?»

Einmal, beim Baden im See, rudern Nazis vorbei. Sie schaut dem Boot mit dem Hakenkreuz hinterher. Wird schon alles vorüberziehen, hofft sie wohl. Es ist 1940. Dann ist es 1943. Stella, Anfang zwanzig, ist im Rüstungsbetrieb zur Arbeit an der Hebelpresse gezwungen. Nichts mehr mit Jazzsängerin.

Doch sie reisst sich den Judenstern vom Revers. «Ich seh' eh nicht aus wie eine Jüdin», sagt sie und mischt sich unters Ausgehvolk. Fürs Opernticket macht Stella einem Nazi schöne Augen. Küssen lässt sie sich nicht – noch nicht. Wie aus Stella die Frau wird, die hemmungslos den Nazi küsst: Das ist die Geschichte, die Riedhof sich vorgenommen hat.



«Ich seh' eh nicht aus wie eine Jüdin», sagt Stella und treibt sich weiter in den Strassen herum.

Christian Schulz / Majestic

Der einfache Nazi ist entlastet

So und nicht anders war es: Das versichert der Film einleitend. Stella Goldschlag (1922–1994) gab es wirklich, natürlich kann man ihre Geschichte erzählen. Aber wieso genau sollte man?

Die Antwortmöglichkeiten sind überschaubar. Soll es darum gehen, dass jeder zu Nazi-Verbrechen fähig gewesen wäre? Wenn selbst eine Jüdin Juden in den Tod geschickt hat, ist der einfache Nazi entlastet. Er hat getan, was die meisten an seiner Stelle getan hätten, weil die Angst um das eigene Leben zu gross war. Will Riedhof darauf hinaus?

Stella wird gefoltert. Der Film zeigt es nicht zu knapp. Als sie den Nazis in die Hände fällt, richten die NS-Sadisten sie übel zu. Stella fürchtet auch um das Leben der Eltern. Der Regisseur verwendet viel Zeit und Blut, um die Ausweglosigkeit ihrer Lage zu veranschaulichen.

Hat die Folter Stella gebrochen? So weit könnte man dem Film folgen. Aber dabei lässt es Riedhof nicht bewenden. Stellas Radikalisierung beginnt früher: Auf der Strasse fischt ein Polizist sie heraus, er will die Jüdin aufs Revier zerren. Dann drückt er sie gegen einen Hauseingang, der Wüstling wird übergriffig. Doch plötzlich lässt er von ihr ab. «Rolf Isaaksohn», stellt sich der junge Mann vor: «Viervierteljude.» Aus Jux hat ein Jude den Gestapo-Mann gespielt. Stella ist im ersten Moment fassungslos. Und im zweiten verliebt.

Rolf Isaaksohn (Jannis Niewöhner) ist ein gerissener Hund, das gefällt Stella. Er ist Passfälscher, sie macht mit. Zusammen sind sie stark, aber für den Film verdoppeln sich die Probleme: So bevölkern schon zwei zwielichtige Juden diese Holocaust-Geschichte. Der Geschäftemacher Isaaksohn ist skrupellos. Vermögenden Juden zieht er das Geld aus der Tasche: «Teppichhändler Solomon, ein stinkreicher Jude», so erklärt er Stella, weshalb er im Preis für dessen Pass hochgeht.

Jeder versucht auf seine Art zu überleben. «So sind die Zeiten, geh mit oder geh unter», sagt Isaaksohn, der schliesslich auch hochmotiviert ist, für die Nazis Juden zu «greifen». Riedhof will die Juden nicht schwarz oder weiss zeichnen – dagegen ist nichts einzuwenden. Aber wenn's zu dunkel wird, wird's kalt. Und wie viele zweifelhafte Juden verträgt so ein Film? Es werden noch mehr. Als Stella das erste Mal verhaftet wird, ist sie selber das Opfer einer Greiferin. Später beobachtet sie jüdische Fahnder, die mit SS-Leuten Whiskey trinken und Skat spielen. Sie kommt auf den Geschmack.



Jeder versucht auf seine Art zu überleben. «Geh mit oder geh unter», sagt der Passfälscher Rolf Isaaksohn (Jannis Niewöhner).

Christian Schulz / Majestic

Eine Warnung soll's sein

Stella hat nicht einfach nur aus einer grässlichen Notlage heraus Verrat begangen. Am Ende wird die Jüdin eine Judenhasserin aus Überzeugung sein. Als wäre ihm selber nicht wohl bei der Sache, spult Riedhof den finalen Radikalisierungsschritt, Stellas endgültige Nazi-Werdung, nur im Schnelldurchlauf ab.

Er wolle seinen Film als eine Warnung verstanden wissen, sagt der Regisseur. In Zeiten des aufkommenden Rechtsradikalismus sei man gezwungen, sich «in seiner Haltung zu hinterfragen und klar zur Menschlichkeit zu bekennen», zitiert ihn das deutsche Branchenmagazin «Blickpunkt:Film». «Vermeiden wir dies, kann das fatale Folgen für uns haben.»

Wohlfeile Sätze, die aber keinen Sinn ergeben. Haltung einzufordern, indem man von einer jüdischen Täterin erzählt, ist hoffnungslos verknotet. Und wer ein Wiedererstarken rechtsextremer Tendenzen fürchtet, kann sechs Millionen andere Geschichten erzählen.

«Stella. Ein Leben.» ist ein schlechter Film. Auch rein handwerklich. Der Schnitt hackt auf die Bilder ein, überhastet werden Figuren durch die Szene getrieben. Die Kamera steht oft irgendwo. Man weiss nie, wo als Nächstes. Einmal klebt sie an der Decke, dann wieder wischt sie den Boden.

Ein Film, der sich eine so komplexe Figur vornimmt, muss voll fokussiert sein. Ein konzentriertes Psychogramm hätte vielleicht funktioniert. Wie man's machen kann, zeigt übrigens «The Zone of Interest», ein meisterhafter, streng ausgemessener Film über den Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höss, der ebenfalls am ZFF läuft. Riedhofs Regie ist hingegen effekthascherisch. Menschen, die überfordert sind, werden hektisch.

Eine Frage des Anstands

Es gibt viele Szenen, die nicht gehen. Eine geht so: An Weihnachten wird der Nazi rührselig. Vor dem Christbaum bittet der SS-Führer, der sonst nur brüllt, Stella zum Stehblues. Eng tanzend flüstert er ihr, was er Neues aus Auschwitz gehört hat. Die Selektion an der Rampe, Frauen und Kinder zuerst. Das ist sogar dem härtesten Nazi zu viel. Sein Kopf sinkt auf Stellas Brust wie der eines Kindes, das Trost bei der Mutter sucht. Er verspricht Stella, ihre Eltern nicht nach Auschwitz zu schicken. Dann schneidet Regisseur Riedhof auf eine Schaufel, die in einer Dampflokomotive die Kohlen ins Feuer schiebt.

Die Öfen brennen weiter, sagt das Bild. In so einer platten Symbolik kann man das Menschheitsverbrechen nicht erzählen, das ist auch eine Sache des Anstands. So wie Filme über den Holocaust überhaupt eine Sache des Anstands sind.

Claude Lanzmann war gegen jede, auch gegen die dokumentarische Veranschaulichung des Tötens. Wäre ihm ein Film in die Hände gefallen, so sagte er einmal, der gezeigt hätte, wie Juden in einer Gaskammer der Krematorien ersticken – «hätte ich so einen Film gefunden, ich hätte ihn nicht nur nicht gezeigt, ich hätte ihn zerstört. Ich bin unfähig zu sagen, warum. Das versteht sich von selbst.»

Jorge Semprún sah es anders. Laut dem Buchenwald-Überlebenden haben sich die Häftlinge schon im Lager gefragt, ob es überhaupt möglich sein würde, das Erlebte «draussen» zu vermitteln. Der Film sei «die geeignetste Kunstform», dachten laut Semprúns Überlieferung die Insassen: «Nötig wäre eine Fiktion, aber wer wird sich trauen?»

Lange traute sich niemand. Erst die amerikanische TV-Serie «Holocaust» (1978) und später Steven Spielbergs «Schindler's List» (1993) wagten eine breitenwirksame Erzählung. Spielberg machte die Shoah genretauglich: Oskar Schindler contra die Nazi-Bestie Amon Göth, am Ende sind 1200 Krakauer Juden gerettet. An dem Mainstream-Zugriff mochte man sich stören, doch die gesellschaftliche Bedeutung von Spielbergs Film kann kaum überschätzt werden. «Schindler's List» hat wohl mehr für die Erinnerungskultur getan als alle Stelen, Stolpersteine und Gedenkstätten gestapelt.

«Hätte ich die Geschichte der Toten erzählt, hätte niemand diesen Film sehen wollen», sagte Spielberg einmal. «Keiner wäre im Kino sitzen geblieben.» Spielberg sieht die Dinge nicht komplizierter, als sie sind.

Kein Interesse am Judentum

Über die Jahrzehnte gab es die unterschiedlichsten Versuche, so vom Holocaust zu erzählen, dass die Leute im Kino sitzen bleiben. Irgendwann drängten sich neue Zugänge auf, Roberto Benignis «La vita è bella» zum Beispiel. Oder in «Inglourious Basterds» ballerte Tarantino Hitler über den Haufen, um zu zeigen, dass das Kino kann, was die Welt nicht konnte. Dahinter steckt gar kein so dummer Gedanke.

Unüberlegt war dagegen «Der Untergang». Das Hitler-Porträt mit Bruno Ganz zeigte emblematisch auf, was am deutschen Holocaust-Kino oft verquer ist. Und an der deutschen Erinnerungskultur überhaupt: Es geht um das Deutsche, das Interesse am Judentum wirkt vorgeschoben.

So ist das auch in «Stella». Für das Judentum interessiert sich der Film nicht, er interessiert sich für sich selbst. Was mit dem «Untergang» begann, findet hier seine logische Fortführung. Das deutsche Kino sucht den Menschen in Hitler und den Täter im Juden.

Im Umgang mit der deutschen Vergangenheit verschieben sich gegenwärtig Grenzen. Postkolonialisten greifen das Holocaust-Gedenken an. Von einer Fixierung auf Auschwitz ist in Debatten die Rede. Es ist, als brächen die letzten erinnerungspolitischen Dämme. Die Zeitzeugen sind praktisch weggestorben, der Weg ist frei: Ungehemmt wird jetzt im Kino der Holocaust verramscht. «Stella» steht symptomatisch für eine unheilvolle Entwicklung in der deutschen Vergangenheitsbewältigung.

2 octobre 2023 (Le Figaro)

[Mathilde Tchounikine: «Plusieurs pays nordiques ont réduit l'immigration pour protéger leurs libertés»](#)
(lefigaro.fr)

Mathilde Tchounikine: «Plusieurs pays nordiques ont réduit l'immigration pour protéger leurs libertés»

Par [Ronan Planchon](#)



«Il est possible de réduire l'attractivité du pays afin d'inciter les migrants à choisir une autre destination. C'est le choix qu'a fait le Danemark», explique Mathilde Tchounikine. pascoandco.com/Ref: CRL0196025/Lea Crespi / Pasco

ENTRETIEN - La mise en place de programmes d'intégration rigoureux pour les migrants arrivant au Danemark, en Finlande ou en Suède en atteste: il faut adhérer aux valeurs du pays dans lequel on veut vivre, observe la chargée de mission de la

Mathilde Tchounikine est chargée de mission pour [la Fondation pour l'innovation politique](#). En février, la Fondapol a publié une note intitulée [«Immigration: comment font les États européens»](#).

LE FIGARO. - En début d'année, la ministre de l'Immigration suédoise, [Maria Malmer Stenergard](#), avait déclaré que son pays «ne sera pas plus généreux en matière d'asile que ce qui est exigé par le droit européen et les conventions internationales». En juin, le nouveau gouvernement de Finlande promettait un durcissement sur l'immigration. Ces déclarations ont-elles été suivies d'effets? D'autres pays nordiques ont-ils durci leur politique migratoire?

Mathilde TCHOUNIKINE. - En matière de droit d'asile, les États membres de l'UE sont soumis au droit international et européen. Ils conservent cependant plusieurs leviers pour agir sur le nombre de demandes. Un migrant doit déposer sa demande d'asile sur le sol du pays dont il veut obtenir la protection. De par leur situation géographique, les pays nordiques peuvent plus facilement maîtriser le nombre de demandes. **Ainsi, pendant la crise migratoire de 2015, la Suède a réduit le nombre de demandes de 95 % en rétablissant un contrôle des frontières strict. Il est également possible de réduire l'attractivité du pays afin d'inciter les migrants à choisir une autre destination. C'est le choix qu'a fait le Danemark, en achetant en 2015 des emplacements publicitaires dans les journaux libanais pour y détailler la réduction des aides sociales, puis en instaurant la possibilité de confisquer les biens des demandeurs pour couvrir leurs frais d'hébergement.**

Fortement médiatisées, ces mesures visent clairement à produire un effet de dissuasion. Il faut noter que **la mise en place de ces mesures ne nécessite pas de bénéficiaire, comme le Danemark, d'un «opt-out» permettant de ne pas appliquer les règlements européens en matière d'immigration et d'asile.** Le gouvernement suédois, issu d'une majorité nouvellement élue, a également adopté cette approche, en **indiquant vouloir faire de la Suède «le pays le moins attractif d'Europe»** avec une campagne d'information internationale détaillant la réduction des conditions matérielles d'accueil. S'il est trop tôt pour voir l'effet de ces annonces en Suède, au Danemark, **le pari est réussi: entre 2014 et 2019, le nombre de demandes d'asile a chuté de 82 %.**

Est-ce une réponse aux aspirations des électeurs? Au décalage qui existait jusqu'alors entre l'opinion et la classe politique?

La montée des partis populistes de droite proposant un discours anti-immigration nous montre qu'il s'agit d'une demande des électeurs. En Suède, les sociaux-démocrates au pouvoir remettent en cause leur politique migratoire accueillante, mais trop tardivement pour espérer reprendre la main rapidement. Lors des élections législatives en septembre 2022, au terme d'une campagne où l'immigration a joué un rôle central, la gauche a été débordée par la coalition des droites avec le parti populiste des Démocrates de Suède. Ce schéma se retrouve lors des élections finlandaises d'avril 2023: les sociaux-démocrates au pouvoir arrivent derrière la coalition de droite, mais aussi derrière le parti populiste des Vrais Finlandais.

En abandonnant l'enjeu migratoire aux populistes, (les gauches européennes) finissent par perdre leurs électeurs

Les gauches européennes, comme parfois les droites de gouvernement, en abandonnant l'enjeu migratoire aux populistes, finissent par perdre leurs électeurs. **Le cas du Danemark est différent, et mérite d'être étudié.** En 2015, les sociaux-démocrates, qui avaient perdu le soutien des classes populaires au profit du Parti du peuple danois, adoptent une doctrine de limitation drastique des flux, qui leur permet de revenir au pouvoir en 2019, et d'être réélus en 2022. En conséquence, le Parti du peuple danois s'effondre dans les urnes, tandis que l'immigration passe de la 2 à la 8 place dans les préoccupations des Danois.

Quelles ont été les conséquences de l'augmentation de l'immigration dans ces pays?

L'arrivée de flux migratoires extra-européens, à partir des années 1980, a peu à peu modifié ces sociétés. Les craintes liées à l'immigration deviennent de plus en plus présentes: entre 2017 et 2022, l'hostilité à l'égard des migrants a augmenté de 6 points en Finlande, de 7 points au Danemark et de 12 points en Suède. **L'impact est particulièrement important pour ces démocraties qui ont en commun d'avoir un État-providence fort.**

Au sein des populations homogènes, une forte augmentation de l'immigration entraîne un multiculturalisme qui érode la confiance interpersonnelle

En effet, des travaux de recherche, notamment ceux de **Robert Putnam**, montrent qu'au sein des populations homogènes, une forte augmentation de l'immigration entraîne un multiculturalisme qui érode la confiance interpersonnelle: **plus la distance sociale qui sépare les individus est importante, moins il devient facile de se faire confiance, de coopérer. Or, l'État-providence repose sur la confiance interpersonnelle.** C'est cette logique qui conduit les gouvernements danois à mettre en place une politique restrictive. C'est également l'argument avancé par le nouveau premier ministre finlandais, Petteri Orpo, pour annoncer le durcissement de la politique migratoire du pays.

Les pays d'Europe du Nord ont longtemps été dépeints comme étant des modèles libéraux sur les questions sociétales. Est-ce terminé?

L'immigration, mais **surtout l'emprise idéologique grandissante des pays du Golfe sur l'islam européen, a fait apparaître en Europe un islam conservateur, incompatible avec les valeurs**

d'égalité homme-femme, de liberté d'orientation sexuelle ou de liberté de la presse. La restriction de l'immigration dans les démocraties nordiques montre tout d'abord une volonté de protéger ces **libertés**. La mise en place de programmes d'intégration rigoureux pour les migrants arrivant au Danemark, en Finlande ou en Suède en atteste: **il faut adhérer aux valeurs du pays dans lequel on veut vivre**. Craignant pour la sécurité du pays, **le gouvernement danois a pourtant récemment présenté un texte de loi visant à criminaliser la dégradation des livres religieux, après plusieurs autodafés du Coran. Rétablissant de fait le délit de blasphème**, dans un pays marqué par les attentats, à la suite de la publication en 2005 des caricatures de Mahomet par le quotidien *Jyllands-Posten*, cette loi peut être vue comme une régression importante, **faisant craindre un nouveau recul des libertés**.

1er octobre 2023 (The Economist)

[France's foreign-policy revolution \(economist.com\)](https://www.economist.com/france/2023/07/20/france-s-foreign-policy-revolution)

Europe | France's Zeitenwende

France's foreign-policy revolution

A French geopolitical shift on NATO and enlargement could reshape the future of Europe



The beginning of a beautiful friendship image: ap

Jul 20th 2023 | PARIS

When Olaf Scholz proclaimed a *Zeitenwende*, or “historic turning point” for Germany, after Russia invaded Ukraine, it startled Europe. The German chancellor’s promise to invest heavily in defence, though haltingly implemented, marked an abrupt change. Far less noticed is an equally arresting shift taking place in France. The implications of its turning point for Europe could be just as significant.

France’s *tournant historique* consists of a double inflection point. Each touches a fundamental precept. One is Ukraine’s membership of nato. The other is the enlargement of the eu’s borders to the east and south. France, once sceptical about welcoming newcomers to either group, has quietly become an advocate for both.

It was in the run-up to the nato summit in July in Vilnius, Lithuania’s capital, that many of France’s astonished allies first grasped its new approach. France lined up beside Britain, Poland and the Baltic states, arguing for a fast track into the alliance for Ukraine after the war. “We need a path towards membership,” Emmanuel Macron, the French president, declared in Bratislava, Slovakia’s capital, on May 31st.

This set France apart from not only Germany but America, “to the apparent surprise of the Biden administration”, noted Daniel Fried, an American ex-diplomat. In 2008 France and Germany blocked Ukraine from immediate membership of the alliance. Four years ago Mr Macron told *The Economist* that nato was experiencing “[brain death](#)”. Even after Russia sent in the tanks, Mr Macron at times seemed as worried about its future security as about Ukraine’s. Yet Europe’s eastern flank has found an unexpected new champion.

France’s second shift, on eu enlargement, is less visible. A decision on whether to open membership negotiations with Ukraine (and Moldova) is not due until December 2023, after an initial discussion in October. But talks are well under way, not least because such an expansion would require complex changes to the rules governing the eu’s internal organisation. A Franco-German working group is looking at the implications. The European Commission will report back in October on enlargement, including to the Western Balkans.

France has traditionally been wary of enlargement, regarding expansion as a threat to its preferred strategy of “deepening” the union and forging a political project. Britain, when still a member, was an arch-enlarger, and thus viewed with suspicion in Paris for seeking to turn Europe into a mere trading zone. In 2019 France vetoed the opening of membership talks with Albania and North Macedonia.

Russia’s war has transformed Mr Macron’s approach. Last year his diplomats worked hard to secure support for the eu’s decision to grant Ukraine candidate status. France lifted its veto on the bids by Albania and North Macedonia, enabling membership negotiations to begin. The warmth of Mr Macron’s speech in Bratislava dazed central and eastern Europeans, long favourable to a broader eu. “The question for us is not whether we should enlarge,” he declared, “but how we should do it.”

Many observers remain sceptical. “It was a free lunch for Macron to back Ukraine’s nato membership,” argues a European diplomat, noting that France knew full well that the Americans would put on the brakes. The tactical interest for Mr Macron in standing up for central and eastern Europe is plain, after the credibility he lost last year over his outreach to Vladimir Putin. France’s line on nato was partly tactical too: a robust message to Russia, it argued, would strengthen Kyiv’s hand in any future peace negotiations.

Yet there are reasons to think that this double French shift reflects a geopolitical reassessment. Mr Macron, pro-European to the core, has long been preoccupied by the need to fortify what he calls “European sovereignty”: the continent’s capacity to determine its future amidst great-power rivalry. This concern is accentuated both by the existential threat to Europe of an expansionist Russia, and by the possibility that an America led by Donald Trump, should he win next year’s election, would be less committed to European security.

France’s conclusion is that Europe “can no longer accept ‘grey zones’ between the eu and Russia”, says an official. Unless countries on the fringes are anchored inside the eu or nato, they will be vulnerable to autocratic powers. The last phase of enlargement happened “when we thought that liberal democracy would spread and become the dominant model”, says Laurence Boone, France’s Europe minister: “Today that’s not the case. So we need to move to a geopolitical construction.” Enlargement becomes a tool for consolidating European sovereignty. And a wider eu is not an alternative to a deeper political project, but a means of achieving it. “This really is a structural shift,” argues Benjamin Haddad, one of Mr Macron’s deputies.

None of this means that enlargement will happen any time soon. Membership talks are proceeding grindingly slowly with four Western Balkan countries; Montenegro’s began over a decade ago. Absorbing Ukraine would be complex, long and fraught. But it is now viewed in Paris as a geopolitical imperative. Mujtaba Rahman of the Eurasia Group, a consultancy, expects eu leaders to open membership talks in December. France alone cannot dictate the choices of the 27-member club. But it remains a forceful guide to those decisions. Its *Zeitenwende* could be crucial to determining the future shape of Europe.

1er octobre 2023 (The Economist)

[The costs of Russia's war are about to hit home \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Conflict economics

The costs of Russia's war are about to hit home

Vladimir Putin will be unable to protect citizens from the pain



image: nanna heitmann/magnum photos

Sep 28th 2023

Over the past year few currencies have done worse than Russia's rouble. Last September an American dollar bought just over 60 of them. These days it will buy almost 100 (see chart 1). The drop is both a symbolic blow to ordinary Russians, who equate a strong currency with a strong country, and the cause of tensions in the Russian state. It has blown apart the consensus that existed among Russian policymakers last year, when the central bank and finance ministry worked hand in glove. Now, as inflation rises and growth slows, the two institutions are turning against one another. At stake is the country's ability to wage war effectively.



image: the economist

During the conflict's early stages, Russian officials had a straightforward task: it was their job to stop the economy collapsing. Immediately after the invasion began, this involved preventing people from pulling money out of the financial system, by implementing capital controls and doubling the policy interest rate.

The rouble hit 135 to the dollar, before recovering. The economy nosedived and then improved (see chart 2). **Funded by juicy revenues from sales of oil and gas, the finance ministry then kept the show on the road by lavishing spending on defence and welfare.**

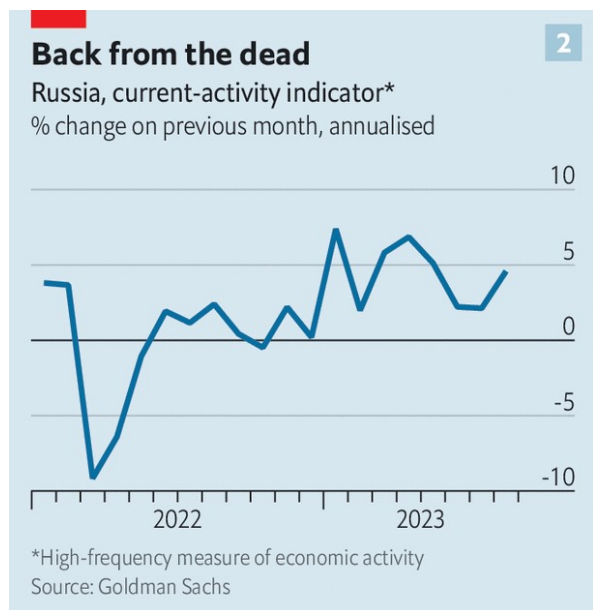


image: the economist

Strong oil-and-gas exports also caused the rouble to appreciate, lowering import prices and in turn inflation. This allowed the central bank to accommodate fiscal expansion, cutting interest rates to below where they had been on the eve of the invasion. **Over the course of 2022 consumer prices rose by 14% and real gdp declined by 2%—a weak performance, but miles better than forecasters had predicted.** Last week Vladimir Putin noted that “the recovery stage for the Russian economy is finished”.

The new stage of the economic war presents officials with tough choices. **Mindful of a presidential election in March, the finance ministry wants to support the economy. Bloomberg, a news service, has reported that Russia is planning to increase defence spending from 3.9% to 6% of gdp. The finance ministry also wants to raise social-security spending.** Mr Putin is keen to run the economy hot. He recently boasted about Russia’s record-low unemployment rate, calling it “one of the most important indicators of the effectiveness of our entire economic policy” (**conscription and emigration no doubt helped**).

Yet the central bank is no longer keen to assist. The problem starts with the rouble. It is sliding in part because businessfolk are pulling money from the country. Low oil prices for much of this year have also cut the value of exports. **Meanwhile, Russia has found new sources of everything from microchips to fizzy drinks. Resulting higher imports have raised demand for foreign currency, cutting the rouble’s value.**

A falling currency is boosting Russian inflation, as the cost of these imports rises. So is the fiscal stimulus itself, warned Elvira Nabiullina, the central bank’s governor, in a recent statement. Consumer prices rose by 5.5% in the year to September, up from 4.3% in July. **There are signs of “second-round” effects, in which inflation today leads to more tomorrow. Growth in nominal wages is more than 50% its pre-pandemic rate, even as productivity growth remains weak. Higher wages are adding to companies’ costs, and they are likely to pass them on in the form of higher prices. Inflation expectations are rising.**

This has forced Ms Nabiullina to act. **In August the central bank shocked markets, raising rates by 3.5 percentage points and then by another percentage point a month later.** The hope is that higher rates entice foreign investors to buy roubles. Raising the cost of borrowing should also dampen domestic demand for imports.

But higher rates create problems for the finance ministry. Slower economic growth means more joblessness and smaller wage rises. Higher rates also raise borrowing costs, hitting mortgage-holders as well as the government itself. Last December the finance ministry decided it **was a good idea to rely more heavily on variable-rate debt—just as borrowing costs began to rise**. In August, conscious of higher rates, it then cancelled a planned auction of more debt.

Mr Putin would like to square the circle, defending the rouble without additional rate rises. He has therefore asked his policymakers to find creative solutions. **Two main ideas are being explored: managing the currency and boosting energy exports. Neither looks likely to work.**

Take the currency first. The government is keen to mandate exporters to give up more hard cash and make it harder for money to leave the country. In August officials started preparing “guidelines” that would “recommend” firms return not just sale proceeds but also dividend payments and overseas loans. On September 20th Alexei Moiseev, **the deputy finance minister, hinted that capital controls were being considered to stem outflows to every country, even those deemed “friendly”.**

Such measures are, at best, imperfect. Russia’s export industries form powerful lobbies. The experience of the past 18 months is that the firms which dominate energy, farming and mining are skilled at poking loopholes in currency controls, says Vladimir Milov, a deputy energy minister in the early days of Mr Putin’s reign. Waivers and exemptions abound. In late July Mr Putin issued a decree allowing exporters operating under intergovernmental agreements, which cover a big chunk of trade with China, Turkey and others, to keep proceeds offshore.

Civil war

The Kremlin also wants to create artificial demand for the rouble by forcing others to pay for Russia’s exports in the currency. Central bankers seem to think this plan is pretty stupid. “Contrary to popular belief,” as Ms Nabiullina noted in a speech on September 15th, the currency composition of export payments has no “notable impact” on exchange rates. The only thing that changes is the timing of the conversion. Either an exporter paid in dollars uses them to buy roubles, or the customer buys the roubles themselves. **What might help Russia more would be to pay for more of its imports in domestic currency so as to save foreign exchange—and then for foreign sellers to keep hold of those roubles. But there is little sign of that happening.**

Russia might consider using its foreign reserves to intervene in currency markets. **Yet more than half of its \$576bn-worth of reserves, held in the West, are frozen.** Using the rest is hard because most of Russia’s institutions are under sanctions that limit their ability to conduct transactions, says Sofya Donets, a former Russian central-bank official. **And the country’s available reserves, which have shrunk by 20% since before the war, could only defend the rouble for a little while anyway.**

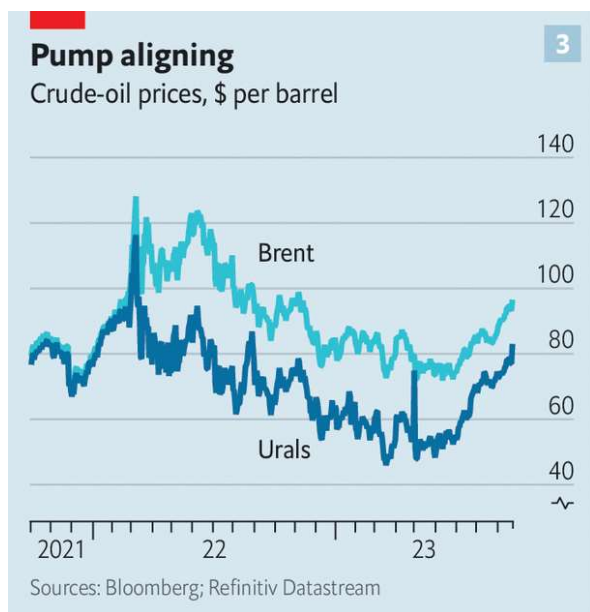


image: the economist

Short of raising rates, the only workable way to support the rouble is to boost energy exports. In theory, two factors are working in Russia's favour. One is a rising oil price. Since July production cuts by Saudi Arabia and receding fears of a global recession have helped raise the price of Brent crude by nearly a third, to \$97 a barrel. The other factor is a narrowing gap between the price of Urals, Russia's flagship grade, and Brent, from \$30 in January to \$15 today (see chart 3). This gap is likely to continue to shrink. Since December members of the G7 have barred their shippers and insurers from helping to ferry the fuel to countries that still buy it unless it is sold under \$60 a barrel. Russia's response has been to build a "shadow" fleet of tankers, owned by middlemen in Asia and the Gulf, and to use state funds to insure shipments.

However, Russia's oil-export proceeds will probably not rise more. Higher prices may depress consumption in America; China's recovery from zero-covid seems over. Reid I'Anson of Kpler, a data firm, estimates that America, Brazil and Guyana could together increase output by 670,000 barrels a day next year, making up for two-thirds of Saudi Arabia's current cuts. Futures markets suggest that prices will fall during much of 2024. Although Russia could export more oil to make up for this, doing so would accelerate the slide.

The other bad news for Russia is that it must now earn more from oil merely to keep its total export revenue flat, owing to declining gas sales after the closure of its main pipeline to Europe. In the fortnight to September 19th these were a paltry €73m (\$77m), compared with €290m last year. There is talk in the EU of curbing imports of Russian liquefied natural gas. Europe's nuclear-power generators are also cutting their dependence on Russian uranium.

All this means that, as Russia's inflation troubles persist, the tussle between the government and the central bank will only intensify. The temptation to splurge ahead of the presidential vote next year will fan tensions, forcing the central bank either to crank up rates to debilitating levels or to give up the fight, leading to spiralling inflation. Alternatively, Mr Putin could cut military spending—but his plans for 2024 show he has little interest in doing that. The longer his war goes on, the more battles he will have to fight at home.

1er octobre 2023 (Le Figaro)

[«L'interventionnisme de l'Etat, symptôme d'une démocratie aux abois» \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

«L'interventionnisme de l'Etat, symptôme d'une démocratie aux abois»

Par [Julie Girard](#)

Publié le 28/09/2023 à 16:56, mis à jour le 28/09/2023 à 17:16



Le président de la République a appelé les distributeurs à vendre le carburant à prix coûtant lors de son interview sur TF1 ce dimanche 24 septembre. *GEOFFROY VAN DER HASSELT / AFP*

FIGAROVOX/CHRONIQUE - L'appel du président de la République à vendre le carburant à «prix coûtant» révèle l'interventionnisme exacerbé de nos gouvernants, selon la philosophe Julie Girard. D'après elle, les décideurs devraient retrouver une «éthique de responsabilité», comme l'a conceptualisée Max Weber.

Ancienne élève d'HEC et doctorante en philosophie à l'Université Paris VIII, Julie Girard a publié Le Crépuscule des licornes (Gallimard, janvier 2023). Son prochain livre, Les Larmes de Narcisse, paraîtra chez Gallimard en février 2024.

L'interventionnisme de l'exécutif serait-il devenu le symptôme d'une démocratie aux abois ? Alors que la courbe de l'inflation reste obstinément à des niveaux élevés, continuant de heurter le pouvoir d'achat des ménages, **Matignon n'a rien trouvé de mieux que de demander aux acteurs de la grande distribution de vendre leur carburant à perte.** Ainsi soit-il ! Hélas, les vœux pieux sont par essence des vœux sans espoir. Un axiome qui aura échappé à notre président qui sans attendre a remplacé la vente à perte par la vente à prix coûtant. **Comment une industrie à faible marge, acteur d'un système capitaliste fondé sur la libre loi du marché, pourrait-elle accepter de telles incohérences ?** Au nom de la responsabilité, trompettent Monsieur le président et Madame la première ministre, aux distributeurs qui, comme Jacques le Fataliste, seraient censés s'y soumettre sans sourciller.

Mais n'est pas Diderot qui veut ! Les épiciers qui savent compter ont eu tôt fait de leur rappeler que toute action est déterminée par des causes antérieures et que rien n'est écrit là-haut. **En effet, d'où vient l'inflation que nous subissons ?** Certains clameront qu'elle résulte de tensions géopolitiques. Soit ! Pour une partie relativement limitée, car **c'est principalement du paternalisme étatique, qui sévit dans nos démocraties depuis plus d'une décennie, qu'elle procède.** Face à la hausse des taux d'intérêt, le «quoiqu'il en coûte» macroniste est devenu un impayé sacrement lourd à porter. N'en déplaise aux partisans de la dette, dette confessée n'est pas à moitié remboursée. Le stimulus des années Covid, combiné aux mesures anti-inflationnistes, ne fait qu'aggraver un problème désormais difficile à juguler. Pas de quoi effrayer l'exécutif qui persiste et signe !

L'anticipation a laissé place à la réaction. Mis au pied du mur, les pouvoirs publics s'agitent tant bien que mal pour trouver en vain la solution à une situation dont ils ont eux-mêmes signé la dégradation.

Julie Girard

Derrière ces considérations économiques se cache **une réflexion philosophique et politique majeure sur le fonctionnement de nos gouvernements. L'incapacité des démocraties occidentales à anticiper l'évolution de leurs politiques économiques et monétaires traduit une paralysie de l'agir qui force à réfléchir. L'anticipation a laissé place à la réaction. Mis au pied du mur, les pouvoirs publics s'agitent tant bien que mal pour trouver en vain la solution à une situation dont ils ont eux-mêmes signé la dégradation.**

Dans *Le Savant et le politique*, **Max Weber** renvoie dos à dos deux types d'éthiques résolument opposées: d'une part, **«l'éthique de responsabilité»**, en vertu de laquelle celui qui gouverne doit répondre de ses actes et ne peut se décharger sur les autres de leurs conséquences ; d'autre part, **«l'éthique de conviction»**, selon laquelle seule prévaut l'exemplarité des actions, quand bien même leur objectif serait irrationnel. L'observation des sphères politiques contemporaines au sein des systèmes démocratiques tend à mettre en évidence la négligence caractérisée de l'éthique de responsabilité. **Le gouvernement peut-il se défaire des conséquences de ses actes sur les agents de la grande distribution ? Pour quelle raison ces derniers devraient-ils payer l'interventionnisme exacerbé de l'État depuis des années ?**

Comment remplacer la réaction par l'action, remettre l'anticipation au cœur de la décision au risque de heurter l'éthique de conviction ?

Julie Girard

Cette situation ne concerne pas uniquement la France, mais de nombreuses démocraties, à commencer par les États-Unis. Qu'est-ce que **Inflation Reduction Act**, proposé par le président Biden pour réduire l'inflation américaine, si ce n'est un stimulus voué à accroître les prix ? **L'équation est simple: plus le stimulus est important, plus la consommation croît, plus les prix augmentent.** Les six mille milliards débloqués par le gouvernement américain entre 2020 et 2022 en sont la meilleure preuve. Si soutenir l'économie a pu être, un moment donné, une nécessité, l'aide n'a-t-elle pas été disproportionnée, aggravant in fine la situation des foyers au lieu de l'améliorer ? **L'interventionnisme est devenu un cercle vicieux dont il semble de plus en plus difficile de s'extirper. En cause ? La légitimité en berne de nos dirigeants qui n'ont plus le pouvoir de mettre en œuvre les mesures nécessaires à un assainissement de la situation.**

En attendant, des milliers de foyers souffrent du manque de sobriété de nos représentants. **La classe moyenne est lésée** par l'inconséquence de mesures prises à brûle-pourpoint. Ce constat est d'autant plus alarmant qu'il menace à terme les fondements mêmes de nos systèmes démocratiques. **Une situation inflationniste fraye la voie à une montée de l'extrémisme.** Sauver nos démocraties, les prémunir contre les populismes est un engagement de chaque instant qu'il faut être prêt à honorer. Comment remplacer la réaction par l'action, remettre l'anticipation au cœur de la décision au risque de heurter l'éthique de conviction ? La question mérite d'être soulevée. Que souffle enfin un vent de responsabilité !

1er octobre 2023 (Le Figaro)

[Jean-Paul Brighelli: «Les cours d'empathie, ou quand la moraline remplace la morale» \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

«Les cours d'empathie, ou quand la moraline remplace la morale»

Par [Jean-Paul Brighelli](#)

Publié le 29/09/2023 à 18:42, mis à jour le 29/09/2023 à 19:00



Le ministre de l'Éducation nationale Gabriel Attal. *JULIEN DE ROSA / AFP*

FIGAROVOX/HUMEUR - Pour l'enseignant et essayiste, la mise en place de cours d'empathie pour lutter contre le harcèlement scolaire ne pourra remplacer les leçons de morale d'autrefois.

Agrégé de Lettres modernes, ancien élève de l'École normale supérieure de Saint-Cloud, Jean-Paul Brighelli est enseignant à Marseille, essayiste et spécialiste des questions d'éducation. Il est notamment l'auteur de La fabrique du crétin (éd. Jean-Claude Gawsewitch, 2005).

Gabriel Attal, qui a voué son ministériat à la lutte contre le harcèlement — 700 000 victimes par an, quand même — a donc décidé que dès 2024, tous les élèves, à tous niveaux, recevraient des cours d'empathie.

Étrange décision. L'empathie, c'est l'art de souffrir avec l'autre. Qui y consent, sinon un saint ? Les caïds de dix ans (ou douze, ou quinze) des deux sexes qui martyrisent les gros, les «intellos», les étrangers, les trop blancs, les trop noirs, les trop petits et les trop maigres (Abdellatif Benazzi a révélé un jour que non, il n'avait jamais été enquiné à l'école — ni ailleurs: quand les types de 110 kilos parlent, ceux de 60 écoutent) tremblent déjà à l'idée de ces enseignements si pleins de bonnes intentions. Non seulement ils n'aiment pas avoir mal, mais ils aiment faire mal — parce que la nature des enfants est cruelle (rappelez-vous La Fontaine : «*Cet âge est sans pitié*»), et que l'école avait autrefois pour mission de les dénaturer, au sens propre. Mais aujourd'hui, elle les écoute, les cajole, et, menace suprême, pense à les faire passer dans un autre établissement, où ils arriveront avec une réputation.

Les cours d'empathie sont empruntés aux nations scandinaves, qui sont très loin d'avoir les mêmes problèmes d'intégration que la France.

Jean-Paul Brighelli

On donnait autrefois des leçons de morale — voir le début du *Topaze* de Pagnol. C'était au temps de la République triomphante (la III^{ème}, en l'occurrence), qui avait fait siens les préceptes d'une christianité qu'elle s'employait à subjuguier. Puis sont arrivés les cours d'Enseignement civique — on prêchait l'intégration dans le groupe France. Peine perdue en ces temps de dispersion façon puzzle de la nation en «communautés» qui se traitent entre elles comme les tribus maghrébines se traitaient avant la conquête française: la loi du plus fort additionnée à celle du talion.

L'empathie, ce n'est plus la morale, c'est la moraline, produit à obsolescence rapide du *New Age*. Nous avons la morale que nous méritons, et les traitements qui nous vont: les cours d'empathie sont empruntés aux nations scandinaves, qui sont très loin d'avoir les mêmes problèmes d'intégration que la France.

Peut-être sont-ce les parents qu'il faudrait remoraliser — après tout, ils sont comptables légalement des exactions de leur progéniture. Mais chose curieuse, ils sont les grands oubliés des menaces ministérielles. La sanction suprême, évoquée par Dupont-Moretti, consistera à priver les harceleurs de portable. Mais ils en auront un autre dans l'heure — parce qu'à faire les guetteurs pour les narcotrafiquants au pied des cités, ils gagnent chaque soir de quoi s'offrir le dernier modèle.

30 septembre 2023 (The Economist)

[The world's greatest toilet culture \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Japanese loos

The world's greatest toilet culture

A fine German film director puts Japan's spotless facilities in the spotlight



Throne room of the sound princessimage: torin boyd/polaris/eyevine

Sep 28th 2023 | TOKYO

The protagonist of “Perfect Days”, a new film by Wim Wenders, a German director, is a Japanese sanitary worker. Each day he rises before dawn to clean public toilets in Tokyo. His job of scrubbing urinals and mopping floors is unalluring—yet the toilets are architectural wonders. One has transparent walls which turn opaque when its door is locked. Another is beautifully clad with wood planks. The domed white structure of one resembles a spaceship.



image: satoshi nagare, provided by the nippon foundation

Japan's toilet culture is worthy of homage. The film features a real-life project by leading architects, such as Ando Tadao and Kuma Kengo, to renovate 17 public toilets in Tokyo's Shibuya ward. Whereas toilets are often considered “dark, dirty and smelly”, says Yamada Akiko of the Nippon Foundation, which launched the project in 2018, “we wanted to transform that image.” The ubiquity of Tokyo's loos is also impressive. London has 14 public toilets per 100,000 residents; Tokyo has 53. Their high-tech features are remarkable. Beyond heated seats and “washlets”, which spray water and blow air onto users, they include the *oto-hime* or “sound princess”, which makes flushing sounds to mask embarrassing noises. Maritomo, a commentator on Japanese toilets (who only uses one name), considers them symbolic of Japanese hospitality.



image: satoshi nagare, provided by the nippon foundation

Japanese and foreigners have long considered this lavatorial culture unique. Early European visitors marvelled at Japan's proficiency in repurposing excrement as "night soil" fertiliser. In "In Praise of Shadows", a 1933 essay on Japanese aesthetics, Tanizaki Junichiro declared the loo a "place for spiritual repose". The greatest haiku poets got their best ideas there, he wrote.

Yet, in toilets as otherwise, Japan has also welcomed Western innovations. After the Meiji restoration of 1868, it promoted greater hygiene as a proxy for modernisation. Japanese ceramics firms branched into producing elaborate loos. After the second world war, American occupiers introduced mechanised waste disposal to what remained of the night-soil industry. With Japan's economic recovery came a new wave of high-tech toilets based on Western models, raising the country's toilet culture to its current heights. "I was amazed at how much toilets can be part of everyday culture," said Mr Wenders in an interview.

30 septembre 2023 (The Economist)

[Why Emmanuel Macron is pulling French troops out of Niger \(economist.com\)](https://www.economist.com)

France and Africa

Why Emmanuel Macron is pulling French troops out of Niger

France's decision to quit leaves its Africa policy in disarray



image: getty images

Sep 25th 2023 | PARIS

When on July 26th soldiers from Niger's presidential guard [detained and overthrew](#) the leader they were supposed to be protecting, France insisted that it would not take orders from the new junta. When the coup leaders told France's ambassador and its 1,500 soldiers stationed in the country to get out, the [former colonial power](#) dug in its heels, citing a point of democratic principle. Emmanuel Macron, the French president, declared that Mohamed Bazoum, Niger's captive president, had been democratically elected and so France would recognise only his authority.

But in an abrupt reversal on September 24th, Mr Macron announced that not only was France's ambassador, Sylvain Itté, being recalled to Paris but all troops in Niger would leave by the end of the year. France, declared its president, would thus put an end to bilateral military co-operation with Niger.

The official explanation for this about-turn is that the new authorities "no longer want to fight against terrorism", said Mr Macron. Between 2013 and 2022 France led an anti-jihadist operation in the countries of the Sahel—Burkina Faso, Chad, Mali, Mauritania and Niger—initiated at their request. Backed by other European countries, including Britain, Estonia and Sweden, the operation at its peak counted over 5,000 French soldiers. Last year France decided to wind down Operation Barkhane and quit Mali after military leaders there staged a second military coup, and hired mercenaries from Russia's Wagner group. French forces withdrew to what then seemed to be the relative stability of neighbouring Niger, where France maintains a military base, complete with fighter jets and Reaper drones.

As it happens, Mr Macron has a point about counter-terrorism. Niger's junta justified its putsch in July as a response to rising insecurity. In reality political violence has surged since the coup leaders took over. According to the Armed Conflict Location and Event Data Project, a research group based in America, political violence increased by 42% in the first month of rule under the junta in Niger compared with the previous month. In the first six months of 2023, when Mr Bazoum held office, by contrast, it fell by 39% compared with the previous six months.

Yet the French decision to quit Niger is about much more than this. It is partly a pragmatic recognition that the junta was not going to budge, and that regional countries, despite their threats, were unlikely to

try to dislodge it from power. The decision also marks a reluctant and painful realisation in Paris that its influence on the continent has taken a severe knock.

In the eyes of a generation of younger Nigeriens, and partly thanks to the efficiency of Russian disinformation campaigns, France is now regarded as the problem, not the solution. In 2013 François Hollande, Mr Macron's predecessor, was feted in Bamako, Mali's capital, after he dispatched French troops to beat back a jihadist incursion. Today crowds wave hastily stitched Russian flags, and call for France to get out.

The uncomfortable truth is that, however much the French point to their tactical successes in the Sahel, the broader picture since 2013 is one of spreading political violence. This has rapidly spilled over into West Africa's coastal states. Unlike other former colonial powers, France keeps a strong military presence on the continent, which consists of four other permanent bases, in Djibouti, Gabon, Ivory Coast and Senegal. This makes it a ready target to blame, and to accuse of neo-colonial occupation. The decision to leave Niger, declared the junta after Mr Macron's declaration, was a "historic moment" for the country's sovereignty.

The weight of France's history casts a long shadow of suspicion over its broader activities on the continent. In a landmark speech in Burkina Faso in 2017, Mr Macron laid out his plans for a Franco-African reset. France would turn the page on "françafrique", the web of cosy links between Paris and French-speaking African leaders that kept them in office and business deals flowing north. To make the point, he returned works of art from French museums, and asked forgiveness for France's role in the genocide in Rwanda. Yet this new approach, combined with its colonial past, means that France is held to standards not applied to other outside powers, including Russia, China and Turkey. America too attracts little dissent. It runs a drone base out of Agadez in Niger, and has quietly decided to stay despite the change of regime, to little outcry.

France had no good options in Niger. Had its troops and diplomats stayed in spite of the junta's demands, this could have precipitated a nasty confrontation. By leaving, as François Heisbourg of the Foundation for Strategic Research in Paris, puts it, "France's bluff has been called, which we could pay a heavy price for down the line." For France, a serious rethink of its Africa policy and the sustainability of its military presence on the continent is now in order. For the people of Niger, the likely consequence of this sorry episode is that political violence will only get worse.

30 septembre 2023 (The Economist)

[The EU is finally rebooting the enlargement machine \(economist.com\)](https://www.economist.com)

One last push

The EU is finally rebooting the enlargement machine

Going from 27 to 36 members will require reform of the bloc



image: reuters

Sep 28th 2023 | BRUSSELS

Russia's invasion of Ukraine has prompted a slew of geopolitical realignments, from China to India by way of Turkey. Many are likely to prove fleeting. But one that may prove durable is a new European order now being actively considered. Some 2,000km from the front lines, in Brussels, the war on its continent has prompted the European Union to give serious consideration to bringing new countries into the club for the first time in over a decade—and to adapt the union for what is likely to be its last big enlargement.

On October 6th the eu's 27 national leaders will meet in the Spanish city of Granada to lay out a path to this enlargement, and ponder how a reshaped union would work. The road to eu membership for up to nine new countries—including Serbia, Albania and four others in the Western Balkans, as well as Ukraine, Moldova and possibly Georgia—will be tortuous. Joining what would become the world's largest economic bloc, on a par with America, will require deep reforms of the sort current aspirants have so far shunned, or those that Russian invaders make hard to pull off.

From the eu's perspective, morphing from a club of 27 today to perhaps 36 tomorrow will be possible only if its inner workings are revisited. That will include changing the balance of power between the bloc's central institutions and its national capitals, for example making the club less hostage to a single country's whims. Such internal reorganisations can easily prompt squabbling at the all-night summits the union is known for.

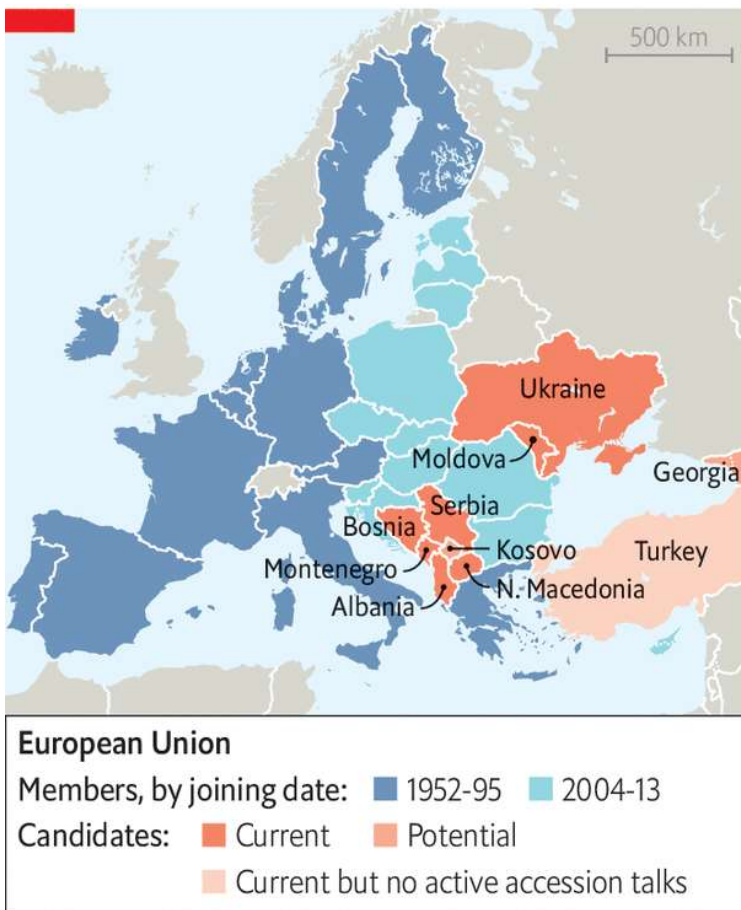


image: the economist

Nobody expects the process to be quick: a target date of 2030 that is being considered for both applicants and the eu to be ready is ambitious. But the fact that bringing more countries into the bloc is on the agenda at all is remarkable, seeing how enthusiasm for any newcomers has waned in recent years. Enlargement had once been a red thread running through the history of the club, which started off with just six members and ended up with 28 (before Britain left). But by 2013, when Croatia was let in, the process seemed to have run its course; no one has joined since then, and the previous entrants, Bulgaria and Romania, arrived as far back as 2007.

Some of this reflected “enlargement fatigue” among Europe’s old guard, for example France, which feared that widening the eu had come at the expense of deepening its integration. Others came to agree, especially after the behaviour of some of the new member states, former Soviet-bloc countries granted entry mainly in 2004. Hungary and Poland have at times been run by governments accused of flouting core eu values concerning the rule of law. For much of the 2010s the eu was embroiled in the euro-zone crisis and was not much in the mood to take on new challenges. Ukraine for its part was too big, too poor, too corrupt and too agrarian to enter a club that mollicoddles its farmers.

The war in Ukraine has changed the calculus. “Enlargement used to be driven by hope; now it is driven by fear,” as a diplomat from an aspiring country puts it. Strung along for years with promises of accession, some countries have turned to new patrons, including Russia, Turkey and China, which have showered the region with aid and investment. That used to be merely annoying for the eu. Now it is an intolerable incursion into its back yard.

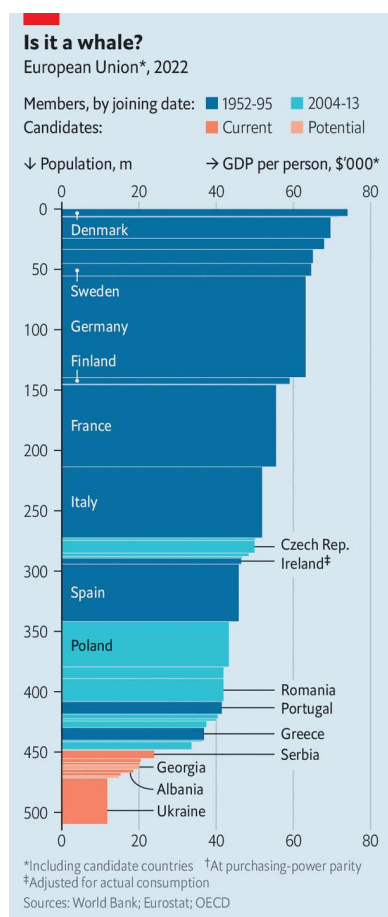


image: the economist

When thinking of Ukraine, by far the biggest aspiring entrant (see chart), officials from eu countries wonder if having a neighbour with lots of battle-hardened men left outside the bloc looking in may be a recipe for future strife. The eu is on the hook for reconstructing the country anyway. The costs of bringing Ukraine and others into the club will be heavy, for they are still poor, corrupt and agrarian in varying degrees. Yet there is a good case to be made that it would prove even costlier to keep them out.

Nowhere has this new reality dawned so clearly as in France. As recently as May 2022 Emmanuel Macron seemed to write off the prospect of Ukraine becoming a member, saying it would take “several decades”; he had previously thrown sand in the gears of Balkan accession. Now France has become an unexpected champion of enlargement. Other existing eu members were always keener on the idea: Germany’s governing coalition agreement, signed in 2021, commits it to letting in the West Balkans. Central Europe also wants Ukraine and others to join—on security grounds. That is as much of a consensus as is likely to be reached on any eu issue.

Two hefty obstacles lie in the way of Europe formally welcoming nine new members. The first concerns the applicants. The second is the readiness of the club they want to join.

Start with the applicants. In short: there is a good reason why Bosnia-Herzegovina, Montenegro and the others are not already in the eu. None of them is particularly well run. All suffer from a mix of autocracy, corruption and weak rule of law. Moldova, Georgia and Ukraine have Russian troops on their territory. The eu prides itself as a “peace project”, yet simmering tensions endure between two putative members, Serbia and Kosovo, including periodic armed scuffles. Serbia has refused to apply sanctions against Russia; its president, Aleksandar Vucic, used his recent address to the un General Assembly to blast the West over old grievances. Kosovo for its part is not even recognised as a state by five current eu members.

Bosnia is still riven by the ethnic tensions that broke up Yugoslavia in the 1990s. Montenegro, once a front-runner for eu membership, has had a caretaker government for over a year. Even when pro-

eu leaders seem to be undertaking useful reforms, for example Maia Sandu in Moldova or Edi Rama in Albania, fears abound over whether the next election's winner will be suitable to sit at the top table of the European Council. The same is true of Ukraine and whoever might succeed Volodymyr Zelensky. Teams of eu officials visiting Kyiv have been impressed by how much effort the country is putting into ticking all the boxes required to keep the accession process jogging along. But who will be Ukraine's president in 2030, or 2035?

Balking at the Balkans

The obstacles may seem insurmountable, particularly in the Western Balkans, which have been promised eu membership as a reward for reforms since 2003. But enlargement optimists—now in the ascendant across the eu—think all that is needed is a new dynamic. Up till now, applicant countries sensed that even if they reformed, the doors to the club would remain shut. This bred a vicious cycle of cynicism: they pretended to reform, and the eu pretended to want them in.

The latest signals from Brussels are different. “The eu is ready. The eu is serious this time,” says Miroslav Lajcak, the club's point man for the Western Balkans. He adds a caveat: “But I feel that the region is still not convinced about that.” For now, there are few signs that the distrust and despondency that have characterised the Balkans' relations with the eu—and its messy internal politics—are being overcome.

Two things are being done to break this cycle. The first is a new consensus in Brussels that applicant countries should feel the benefits of the eu before getting full membership. The aim is to provide immediate returns for reforms, and not promise a large but distant carrot only once membership is secured. Beyond participating in eu policies, such as energy interconnections or student exchanges, the applicant countries would get cash—a time-honoured way to spur reforms.

More chunky are the eu's efforts to show that the club is undertaking its own reorganisation, necessary for enlargement to happen. The buzzword in Brussels is “absorption capacity”, so that a union of 27 does not collapse under its own weight when it swells to 36. Not only would enlargement alter the shape of the eu, but it will have to modify its inner workings, too.

Discussions are at an early stage and will take years. But two big changes will have to take place. The first concerns the eu budget. The bloc normally spends only about 1.2% of its combined members' gdp, €1.8trn (\$1.9trn) over its seven-year budget cycle. That is both not very much and yet enough to create winners and losers—and more all-night wrangling at summits.

The common agricultural policy hoovers up around a third of the bloc's budget, as do “cohesion” and regional-aid funds flowing to poorer countries and regions. Under current rules, such funds would be soaked up by the newcomers, in particular by Ukraine and its vast farms. The upshot would be stark: 18 current eu members now receive more money than they put in, including all of central Europe. Unless existing policies are overhauled, quite possibly all today's members would become net contributors. Mere tweaks to farming subsidies are usually enough to send protesting farmers on their tractors into the streets of Brussels spreading manure. A more radical overhaul might be politically unpalatable in several countries. Poland, once Ukraine's most steadfast ally within the eu, recently blockaded grain imports from its embattled neighbour, straining its relationship with the government in Kyiv.

The other huge challenge is to adjust the eu's basic rules over how decisions are made. This is where the wrangling will prove most divisive. Some issues are easy to handle: at the moment, the European Commission, the bloc's executive arm in Brussels, is composed of one appointee from each country. In a union of 36, some (smaller) countries might have to give up the right to a commissioner.

A more contentious but necessary change would be for more decisions to be made by qualified-majority voting, whereby big countries carry more weight than small ones. At present important swathes of policymaking—including foreign policy, economic sanctions, policing matters and taxation—must be agreed unanimously by all 27 member states. France and Germany are keen for more areas to be

impervious to veto by just one or two recalcitrant countries. But many small countries feel that such vetoes preserve their sovereignty. And much of central Europe already distrusts decisions crafted in Paris and Berlin that would be foisted on them.

Hence a lot of cogitation. A group of think-tankers commissioned by the governments of France and Germany has suggested a “multi-tier” structure for Europe, with more projects (like the euro) adopted by only some member states. Others want to make it easier to punish governments that flout democratic norms, like Hungary today, for example by suspending their voting rights on eu matters.

Few of the suggestions put forward today are likely to survive intact. Many member states, including Poland, suspect the entire debate around eu reforms is being cooked up to make it harder, not easier, to bring in new members. These fears are accentuated when those who want lots of changes say the process must involve a reform of the eu’s treaties—a cumbersome exercise last attempted in the 2000s.

The topic of when and how enlargement will happen will dominate the European political discourse for years. The final destination remains unclear. But the fact that the prospect of a bigger eu is at last being taken seriously is a mark of how much the war in Ukraine has reverberated far beyond the front lines. .

30 septembre 2023 (The Economist)

[David Keith on why carbon removal won't save big oil but may help the climate \(economist.com\)](https://www.economist.com)

By Invitation | Climate change

David Keith on why carbon removal won't save big oil but may help the climate

Greens should cheer the blurring of the industry's interests, says the academic



image: dan williams

Sep 28th 2023

Occidental, an American oil major, recently agreed to buy Carbon Engineering, a Canadian carbon-removal company, for \$1.6bn. The deal underlines big oil's growing interest in carbon-capture technologies, which suck carbon dioxide from the air. What does it mean for the climate?

Suppose a trucker dumped a load of manure on your front lawn and then demanded a fee to haul it away. Big oil made the fuel that is cooking our planet, so the idea that it might profit from cleaning it up strikes many people as obscene.

Critics argue that big oil is using carbon removal as a tool to protect its core business. As Occidental's chief executive, Vicki Hollub, sees it, carbon removal means "we don't need to ever stop oil." Defenders argue that big oil can help meet social demands for decarbonisation by pivoting to carbon neutrality while bringing technical expertise to new low-carbon markets.

Greenwash or swords-to-ploughshares? My guess—informed by my experience as a climate-focused academic and as the founder of Carbon Engineering (on whose board I still sit)—is that the oil majors will be unsuccessful at both. Greenwashing will not protect them; nor will they smoothly pivot from being oil suppliers to carbon removers. Yet big oil's carbon-removal play may nevertheless yield substantial climate benefits, in part because it is unlikely to play out as well as the companies hope.

Big oil will trumpet its green achievements, both real and imaginary. This will dampen public disapproval and help recruit talent, but it is hard to see how it reduces the threat to the core business, which is driven by accelerating climate policies and the decreasing cost of electric vehicles.

A world with large-scale carbon removal is a world with carbon prices high enough and decarbonisation policies strong enough to drive oil demand down sharply. Permanent carbon removal is likely to cost over \$150 per tonne of carbon dioxide for at least a decade or two. That is equivalent to a penalty of almost \$70 per barrel of oil. Though it may provide a green aura, an oil company's carbon-removal business, however successful, will not protect its legacy oil business from strong carbon prices and policies. Neither greenwashing nor green reality changes the fundamentals.

The feasibility of a swords-to-ploughshares pivot rests on the premise that expertise transfers from oil and gas to carbon removal—or even beyond to solar power and other clean technologies. Although engineering skills are transferable, the business pivot is less plausible. A management culture built to succeed at making risky bets on big hydrocarbon plays such as ultra-deep offshore oil is different from the management culture needed to succeed in clean energy or carbon removal.

When oil companies build thriving carbon-removal businesses, the interests of these business units will be misaligned with the legacy oil business. Legacy oil wants low carbon prices and high energy prices. Carbon removal wants the opposite. Big institutional investors such as pension funds prefer pure plays, so they will push to cleave carbon removal from legacy oil. History suggests that incumbents rarely survive fundamental shifts in the underlying business. *ibm* was an exception, but it is now dwarfed by Apple and Microsoft. The benefits of synergy are usually outweighed by the costs and conflicts of maintaining the legacy business.

So even when big oil succeeds in carbon removal the most likely outcome is freestanding cleantech companies alongside legacy oil rather than successfully integrated conglomerates. Environmentalists can thus welcome big oil's move into carbon removal for the skills it brings with guarded optimism that the swords-to-ploughshares pivot will do little to protect the legacy oil business.

And the skills are desperately needed. Building billion-dollar battery factories, hydrogen infrastructure or plants to extract carbon from the air requires engineering and management skills that are concentrated in industries like oil and commodity chemicals. Occidental, for example, plans to build plants that can remove and store up to 30m tonnes of carbon per year at King Ranch in Texas. That is the equivalent of decarbonising 30m-60m transatlantic flights per year. Although Occidental has never built a direct-air-capture plant, Carbon Engineering's technology knits together existing industrial processes to achieve the new goal of carbon removal, and Occidental has experience with almost all the components required for direct air capture, including potassium hydroxide, a chemical used in the process, and CO₂ sequestration. A startup cannot build plants with tens of millions of tonnes of capacity without the skills of a company that has built industrial plants at scale.

Big oil's pivot to clean should be celebrated as a marker of the power of environmental advocacy, not a sign of its weakness. These investments did not happen simply because big oil woke up feeling woke. The driving force is policy. Today's most important driver is Joe Biden's clean-energy incentives. But these incentives did not just happen because the American president woke up green. They are the fruit of decades of environmental advocacy.

Greenwashing is a risk. Environmentalists are right to worry. Big oil will try to use carbon removal to defend the status quo. But there is a political upside. In a decarbonising world in which big oil only does oil and gas, its only future is extinction and it will fight progress with its back to the wall. If, however, the industry is also in the decarbonisation business, its interests—and the interests of the communities that depend on it—are split, with the low-carbon business units fighting for strong climate policy even as the legacy businesses oppose it. My hope is that this blurring of interests will lubricate the political bargains needed to accelerate climate progress.

David Keith is professor of the geophysical sciences at the University of Chicago. He founded Carbon Engineering in 2009 and remains on its board.

30 septembre 2023 (The Economist)

[Living to 120 is becoming an imaginable prospect \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Leaders | Elixir of life

Living to 120 is becoming an imaginable prospect

Efforts to slow ageing are taking wing



image: till lauer

Sep 28th 2023

Want to live longer? For centuries the attempt to stop ageing was the preserve of charlatans touting the benefits of mercury and arsenic, or assortments of herbs and pills, often to disastrous effect. Yet after years of false starts, the idea of a genuine elixir of longevity is taking wing. Behind it is a coterie of fascinated and ambitious [scientists](#) and enthusiastic and self-interested billionaires. Increasingly, they are being joined by ordinary folk who have come to think that the right behaviour and drugs could add years, maybe decades, to their lives.

Living to 100 today is not unheard of, but is still rare. In America and Britain centenarians make up around 0.03% of the population. Should the latest efforts to prolong life reach their potential, living to see your 100th birthday could become the norm; making it to 120 could become a perfectly reasonable aspiration.

More exciting still, those extra years would be healthy. What progress has been made in expanding lifespans has so far come by countering the causes of death, especially infectious disease. The process of ageing itself, with its attendant ills such as dementia, has not yet been slowed. This time, that is the intention.

The idea, as we set out in our [Technology Quarterly](#), is to manipulate biological processes associated with ageing that, when dampened in laboratory animals, seem to extend their lives. Some of these are familiar, such as severely restricting the number of calories an animal consumes as part of an otherwise balanced diet. Living such a calorie-restricted life is too much to ask of most people; but drugs that affect the relevant biological pathways appear to bring similar results. One is metformin, which has been approved for use against type-2 diabetes; another is rapamycin, an immunosuppressant used in organ transplants. Early adopters are starting to take these drugs “off label”, off their own bat or by signing what amount to servicing contracts with a new class of longevity firms.

Another path is to develop drugs that kill “senescent” cells for which the body has no further use. The natural means for disposing of these cells, like a number of other repair mechanisms, themselves weaken with age. Giving them a helping hand is not just a matter of tidying up. Senescent cells cause all sorts of

malfunctions in their healthy neighbours. “Senolytic” drugs which target them pose obvious risks: it is hard to kill off one type of cell without inconveniencing others. But the promise is clear.

For true believers that is just the beginning. Groups of academic and commercial researchers are studying how to rejuvenate cells and tissues by changing the “epigenetic” markers on chromosomes, which tell cells which genes they should activate. These markers accumulate with age; strip them back and you might produce the cells of a 20-year-old body inside one that is in fact 65. Mimicking calorie restriction and clearing out senescent cells would delay ageing. Boosters claim that epigenetic rejuvenation could halt or reverse it.

One cause for concern is people’s brains. Slowing bodily ageing will not change the fact that the brain has a finite capacity, and is presumably adapted by natural selection to conventional lifespans. This is quite separate from worries about dementia, which is caused by specific diseases. Society will thus have to find ways to adapt to the normal ageing in brains: centenarians may, for instance, find themselves increasingly occupied with asking their AI diary assistants questions for which once they would have remembered the answer.

An even greater concern is that none of these ideas has yet been tested formally on people. That is partly because drug-approval agencies do not yet recognise old age as a treatable condition, making trials hard to register. By their very nature, such trials must follow thousands of people over many years, adding to their cost and complexity. The lack of testing is also partly because many of the initial proposals use out-of-patent molecules that are of little interest to drug companies. Nevertheless some trials are now in the works. The Targeting Ageing with Metformin trial (tame) will follow 3,000 Americans in their 60s and 70s to see whether the drug does in fact aid survival overall. Such studies will necessarily take time. But more of them are needed, and governments should be helping bring them about.

Any development that causes people to live healthily for longer, and to take fuller advantage of what the world has to offer, is cause for cheer. Some people, observing billionaires’ interest in longevity-promoting startups, worry that the benefits will be captured mainly by the rich, leading to a class of long-lived Übermenschen lording it over short-lived ordinary folk. But technologies have a record of spreading, and cheapening as they do so. It is hard to imagine a privilege more likely to spark rebellion than a ruling class that hoards age-treatments to escape the great leveller.

The fact of many people living much longer would have wide ramifications. Most obviously, working lives will be extended, as they have already as life expectancies have lengthened, and possibly even more so for women, who will lose less of their careers to having children, perhaps narrowing inequality in the workplace. Over time there could be deeper shifts. People who live longer may care more about threats that are further away, such as the state of the world in 2100. Longevity permits the patient accumulation of capital, a factor in the emergence of a middle class. And times when political power is exercised mainly by young men, such as the Middle Ages in Europe, tend to be more violent than when older, cooler heads prevail. Families will span even more generations and, presumably, larger networks of exes, half-siblings and quarter-cousins. Will that atomise them, or bring them together? Will a surfeit of centenarians marginalise the young, create a cult of youth—or both?

For ever and a day

People will seize on the elixir of life if it becomes available. Natural selection has no interest in indefinite longevity per se: the traits that spread best are those that make organisms fit in their prime; those that help them live on when reproduction is a distant memory must work through children and grandchildren. Yet the visceral drive to cling to life is the most basic trait of all. Indeed, it is prevailing today—to tantalising effect.

30 septembre 2023 (NZZ)

[Seenotretter und Steuergeld: Elon Musk kann es kaum glauben \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

Elon Musk fragt ungläubig, ob die deutsche Öffentlichkeit wisse, dass ihr Steuergeld für illegale Migration ausgegeben werde

Das deutsche Aussenministerium antwortet innert zwei Stunden: «Ja. Und man nennt es Leben retten.» Das ist höchstens die halbe Wahrheit und führt zu heftigen Reaktionen.

Fatima Keilani, Berlin

30.09.2023, 07.05 Uhr 3 min



Elon Musk – hier das Cover der jüngst erschienenen Biografie von Walter Isaacson – nimmt immer wieder Einfluss auf politische Vorgänge. Etienne Laurent / EPA

Elon Musk ist nicht nur der reichste Mann der Welt, er hat auch viel Einfluss: Ihm folgen fast 160 Millionen Menschen auf X, das ihm gehört und früher Twitter hiess. Am Freitagnachmittag verbreitete Musk einen Videoclip des migrationskritischen Accounts «Radio Genoa», in dem es heisst, Deutschland subventioniere die Seenotrettung mit Steuergeld, und: «Hoffentlich gewinnt die AfD die Wahlen, um diesen europäischen Selbstmord zu stoppen.»

In dem Beitrag wird kritisiert, dass derzeit acht deutsche Schiffe von Nichtregierungsorganisationen Flüchtlinge und Migranten aus dem Mittelmeer aufnehmen, um sie nach Italien zu bringen. «Ist die deutsche Öffentlichkeit sich dessen bewusst?», fragte Musk.



Keine zwei Stunden später reagierte das Auswärtige Amt und antwortete: «Ja. Und man nennt es Leben retten.» Die Reaktionen liessen nicht lange auf sich warten. «Das ist Schleuserei», hiess es da, und «Menschenhandel. Das ist ein Verbrechen.»

Es entstand eine lebhafte und polemische Diskussion. Der Widerspruch, dass man nicht gleichzeitig Schleuser verdammen und Organisationen, die den Schleusern das Geschäft erleichtern, fördern kann, ist nicht wegzureden.

Die Flüchtlingsretter im Mittelmeer transportieren – ob sie wollen oder nicht – das Handelsgut der nordafrikanischen Menschenhändler. Insofern sind ihre Boote Menschenhandelsschiffe.

Musk reagierte erneut. «Sie sind also tatsächlich stolz darauf», twitterte er. «Ehrlich gesagt bezweifle ich, dass eine Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit dies unterstützt.» Er fragt, ob dazu eine Umfrage durchgeführt worden sei, und setzt hinzu: «Ist es nicht eine Verletzung der Souveränität Italiens, wenn Deutschland eine grosse Zahl illegal Eingewanderter auf italienischen Boden bringt?» Es wirke wie eine Invasion.



Genau darüber hatte es in den vergangenen Tagen Streit zwischen Deutschland und Italien gegeben. In Italien war man fassungslos, als bekannt wurde, dass Steuergeld in die Seenotrettung fliesst – zumal es sich ganz offenbar nicht um echte Rettung von Menschen in Seenot handelt, sondern um ein kollusives Verhalten von Schleusern und «Rettern».

Deutschland verletzt Italiens Rechte

[Rom betrachtet dies als Einmischung in innere Angelegenheiten.](#) Das Auswärtige Amt hatte darauf verwiesen, dass damit ein Beschluss des Bundestags umgesetzt wird. Es ist jedoch Italien, das mit den ankommenden Migrant*innen als Erstes zu tun hat. An dem Streit drohte zuletzt sogar der EU-Asylkompromiss zu scheitern.

Migration ist in Deutschland vor den Wahlen am 8. Oktober in Bayern und Hessen und in ganz Europa vor den Europawahlen im nächsten Jahr zu einem heissen Debattenthema geworden.

Inzwischen wird auch zunehmend von Interessen gesprochen. Zum Beispiel [den Interessen der Kirchen, die gleichzeitig die grössten Wohltätigkeitsarbeitgeber im Lande sind](#). Wenn also die evangelische Kirche sogenannte Rettungsschiffe unterstützt, die dann ihrer eigenen Diakonie Nachschub für die von ihr betriebenen Unterkünfte zuführt, so ist das womöglich weniger ein Akt der «Menschlichkeit» als einer der Geschäftstüchtigkeit.

Musk äussert sich in letzter Zeit häufiger zu politischen Themen. Mit seiner hohen Follower-Zahl ist er in der Lage, Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Er ist zudem laut Forbes-Magazin mit einem Vermögen von rund 250 Milliarden US-Dollar der reichste Mensch der Welt, er ist Chef des Elektrofahrzeugherstellers Tesla und des Raumfahrtunternehmens SpaceX. [Sein Satellitennetzwerk Starlink hat der Ukraine im Krieg unschätzbare Dienste geleistet](#). So viel Macht in der Hand eines Einzelnen ist auch gefährlich. Ein Mandat hat Musk nicht.

30 septembre 2023 (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/09/29/reforme-du-rsa-le-gouvernement-s-allie-a-la-droite-pour-durcir-le-dispositif_6191644_823448.html

Réforme du RSA : le gouvernement s'allie à la droite pour durcir le dispositif

L'Assemblée nationale a entériné, vendredi, la conditionnalité du versement du revenu de solidarité active à au moins quinze heures d'activité hebdomadaire. Les débats ont cristallisé le clivage entre le camp Macron et la gauche sur le rapport au travail.

Par [Thibaud Métais](#) et [Jérémy Lamothe](#)

Publié hier à 18h13, modifié à 06h51



Le ministre du travail, Olivier Dussopt, et le député Les Républicains Philippe Juvin, à l'Assemblée nationale, le 25 septembre 2023. JULIEN MUGUET POUR « LE MONDE »

Les bénéficiaires du revenu de solidarité active (RSA) seront bel et bien astreints à une quinzaine d'heures d'activité par semaine, en contrepartie de leur allocation. Promesse de campagne d'Emmanuel Macron en 2022 mais absente initialement du projet de loi sur le plein-emploi, discuté depuis lundi 25 septembre à l'Assemblée nationale, la conditionnalité du versement du RSA a fait l'objet d'un accord entre la coalition présidentielle et Les Républicains (LR), soutien indispensable du gouvernement pour obtenir une majorité absolue.

Vendredi 29 septembre, les députés ont entériné le titre 1^{er} du projet de loi, qui consacre ce dispositif. Au grand dam de la gauche. « *Nous sommes au cœur de l'arrangement que vous avez conclu avec Les Républicains !* », a lancé sur un ton accusateur le député communiste des Bouches-du-Rhône, Pierre Dharréville, jeudi, au ministre du travail, Olivier Dussopt.

Lors de l'examen du texte au palais du Luxembourg en juillet, celui-ci s'était pourtant opposé à l'ajout d'un tel dispositif par les sénateurs de droite car « *il ne s'agissait pas de dispositions de nature législative (...) ni d'ordre réglementaire* », expliquait-il alors. Au sein du ministère du travail, on estimait, quelques jours avant l'examen du texte à l'Assemblée, qu'appliquer cette mesure à tous les demandeurs d'emploi « *n'avait aucun sens* » et qu'il fallait plutôt privilégier un suivi « *personnalisé* ». Le ministre du travail a finalement soutenu l'amendement du député LR des Hauts-de-Seine Philippe Juvin, alors que la droite avait fait de cette mesure un point indispensable pour voter le texte.

« Votre jambe gauche est fictive »

Ce nouveau dispositif prévoit que le versement du RSA (607 euros mensuel pour une personne seule sans enfant) soit conditionné à au moins quinze heures d'activité par semaine, sans plafond de durée, à l'exception

des personnes qui « *ont des problèmes de santé, ou un handicap* » ainsi que « *les parents isolés sans solution de garde d'enfants* ». « *Nous considérons que l'amendement de M. Juvin va dans le bon sens puisqu'il permet à la fois de fixer l'objectif de quinze heures d'activité hebdomadaire pour les bénéficiaires du RSA et de prévoir des adaptations pour une montée en charge progressive* », a finalement justifié Olivier Dussopt, jeudi 28 septembre, dans l'Hémicycle du Palais-Bourbon. Au début des débats lundi, l'ancien socialiste avait assuré que ces activités ne relèveraient « *ni d'un travail gratuit ni de bénévolat obligatoire, mais bien d'activités d'insertion et de formation pour permettre le retour à l'emploi* ».

Comme pour tous les textes « *sociaux* » – réforme de l'assurance-chômage, retraites, partage de la valeur – adoptés lors de cette 16^e législature, les débats ont porté sur le rapport au travail. Les députés de la Nouvelle Union populaire écologique et sociale (Nupes) accusant le gouvernement d'adopter le même discours que celui de la droite.

« *Chers collègues de la majorité, vous disiez il y a quelques années que vous aviez une jambe gauche et une jambe droite. Nous voyons bien aujourd'hui que votre jambe gauche est fictive – peut-être n'a-t-elle jamais existé* », a ainsi moqué le député socialiste du Calvados, Arthur Delaporte. La députée La France insoumise (LFI) de Seine-Saint-Denis, Clémentine Autain, a pour sa part critiqué un texte qui « *défend l'idée selon laquelle celles et ceux qui sont au RSA sont des fainéants, qu'il faut d'urgence mettre au travail* ».

Une vision contestée par la majorité : « *Il me semblait qu'à l'origine, les gens de gauche prônaient l'émancipation et une société de l'égalité où le travail et les cotisations des uns permettaient de financer les difficultés des autres* », a rétorqué le député MoDem de la Vienne, Nicolas Turquois.

Passé d'armes entre Olivier Dussopt et le PS

Lundi, l'opposition entre la majorité et la gauche s'était manifestée dès le début de l'examen du texte, qui porte donc la réforme du RSA ainsi que la transformation de Pôle emploi en France Travail. Elle s'est, une nouvelle fois, personnalisée dans l'antagonisme entre Olivier Dussopt et les élus de la Nupes. Pris à partie à plusieurs reprises durant son discours de présentation du projet de loi, l'ancien socialiste les a enjoint à « *[s']exprimer sur les sujets qu'[ils] connaisse[nt]* ». « *Or je n'ai pas le sentiment que le travail et l'emploi soient votre première spécialité* », a-t-il asséné. Quelques minutes après, le député LFI de Haute-Garonne Hadrien Clouet accusait le ministre « *de terroriser celles et ceux qui ont un accident de parcours* ».

Le lendemain, l'Hémicycle avait été le théâtre d'une nouvelle passe d'armes entre M. Dussopt et ses anciens collègues du Parti socialiste concernant les sanctions dont pourront faire l'objet les allocataires du RSA s'ils ne respectent pas leurs obligations. Alors que M. Delaporte demandait des chiffres au ministère du travail depuis des mois, en vain, son collègue de l'Essonne Jérôme Guedj a, lui, obtenu des données de la Caisse nationale des allocations familiales sur le sujet. Un épisode qui a ravivé les souvenirs conflictuels de la réforme des retraites, lorsque ce même Jérôme Guedj s'était rendu à la direction de la Sécurité sociale pour obtenir des chiffres sur les pensions minimales.

Interpellé à plusieurs reprises dans l'Hémicycle, Olivier Dussopt a fini par répondre à Arthur Delaporte : « *Vous vous énervez, M. Delaporte ; voulez-vous m'insulter, comme il y a six mois ?* » Une référence aux insultes dont avait fait l'objet le ministre pendant les débats sur les retraites de la part d'élus « *insoumis* ». Pour les socialistes, les chiffres obtenus démontrent que les sanctions contre les bénéficiaires du RSA ne font que provoquer leur éloignement du marché du travail.

Nouvelle sanction

Si le gouvernement a durci les conditions de versement du RSA, il assure avoir « *rendu plus progressif* » le système des sanctions. Le projet de loi en prévoit un nouveau type, la « *suspension-remobilisation* », selon laquelle un bénéficiaire du RSA pourra voir son allocation suspendue s'il ne respecte pas son « *contrat d'engagement réciproque* » et ses obligations mais pourra néanmoins récupérer les sommes perdues s'il régularise sa situation. Le Sénat avait ajouté un plafond de trois mois à ces versements rétroactifs. Olivier Dussopt a défendu un système de sanction « *renové* ». Plutôt qu'une « *radiation pure et simple* », la

« suspension-remobilisation » permettra de « *suspendre temporairement l'allocation au premier manquement sans interrompre l'accompagnement* », a précisé le ministre du travail.

Tout au long des débats cette semaine, les députés de gauche n'ont eu de cesse aussi de rappeler des positions passées du ministre du travail lorsqu'il siégeait à leur côté dans l'Hémicycle, avant de rejoindre Emmanuel Macron en novembre 2017. Un départ jugé comme une « *trahison* » par de nombreux élus de gauche. Ainsi le député écologiste des Yvelines, Benjamin Lucas, a cité un texte cosigné avec M. Dussopt en 2008 qui critiquait la politique de Nicolas Sarkozy envers les chômeurs. « *Vous faites exactement ce que vous dénonciez alors avec force et, il faut bien le reconnaître, avec un certain talent* », a-t-il souligné.

Si l'examen du projet de loi doit se poursuivre jusqu'au mercredi 4 octobre au moins, l'accord conclu avec LR sur le RSA est de bon augure pour le gouvernement dans l'optique du vote final prévu le 10 octobre. Confirmant ainsi qu'à l'Assemblée nationale, les élus de droite sont devenus des partenaires indispensables aux macronistes pour faire adopter leurs textes en rapport avec le travail, tel que celui sur l'assurance-chômage, à l'automne 2022, ou celui sur le partage de la valeur, au printemps.

[Thibaud Métais](#) et [Jérémy Lamothe](#)

30 septembre 2023 (Le Figaro)

[Armée : «L'Allemagne ne considère plus la France comme son premier partenaire militaire en Europe» \(lefigaro.fr\)](#)

Armée : «L'Allemagne ne considère plus la France comme son premier partenaire militaire en Europe»

Par [Amaury Coutansais-Pervinquière](#)

Publié hier à 14:03, mis à jour hier à 18:42



Des soldats allemands devant un PUMA. *RONNY HARTMANN / AFP*

ENTRETIEN - Berlin a créé un fonds de 100 milliards d'euros pour se réarmer à la suite de l'invasion russe de l'Ukraine. L'Allemagne s'éloigne progressivement de la France, analyse le chercheur Léo Péria-Peigné.

Léo Péria-Peigné est chercheur au Centre des études de sécurité de l'Institut français des relations internationales (IFRI), et spécialiste des armements. Il publie, avec Elie Tenebaum, une note intitulée «Zeitenwende : la Bundeswehr face au changement d'ère».

LE FIGARO.- En Allemagne, les questions militaires étaient abordées frileusement jusqu'à l'invasion russe de l'Ukraine, le 24 février 2022. Olaf Scholz, le chancelier allemand, a sonné dans un discours du 27 février 2022 un «*changement d'ère* » (le *Zeitenwende*), qui a abouti à la création d'un fonds spécial, le *Sondervermögen* , qui sera abondé à hauteur de 100 milliards d'euros. Comment ce changement de mentalité s'est-il opéré ?

Léo PÉRIA-PEIGNÉ.- Le budget de défense allemand atteignait un niveau historiquement bas, mais, déjà, l'annexion de la Crimée en 2014 a redonné une impulsion à la hausse. Les Allemands ont pris conscience que la Russie n'était pas le partenaire qu'ils s'imaginaient depuis vingt ans. Faute de consensus politique et de perception d'une menace, cette dynamique est restée limitée, mais la restauration de la Bundeswehr était déjà dans les plans de la coalition arrivée au pouvoir fin 2021. L'agression russe, le 24 février 2022, a créé une impulsion très forte, en suscitant des craintes importantes au sein de la population. Elle a rendu acceptable le principe des 100 milliards d'euros dédiés au *Zeitenwende*. Tout n'est donc pas issu du conflit ukrainien de 2022, qui a surtout accéléré un mouvement présent depuis près de 10 ans, en lui donnant la légitimité politique nécessaire.

Ce fonds spécial doit aboutir à l'armement complet de trois divisions. Vous écrivez que «l'état de la Bundeswehr était considéré comme alarmant, l'augmentation de ses budgets à partir de 2014 n'ayant fait qu'adoucir la pente sur laquelle elle se trouvait ». Quelles sont les priorités du réarmement allemand ?

Alors que l'armée allemande pouvait se considérer comme «à sec», de l'aveu même de ses chefs, **les 100 milliards seront exclusivement consacrés à faire fonctionner le matériel existant et à en acquérir de nouveaux. Une part importante est ainsi dédiée à l'acquisition de chasseurs F-35 américains, seuls habilités à porter les armes nucléaires de l'Otan dont est équipée l'Allemagne.** La marine allemande se lance dans un grand programme de drones navals, sous-marins et de surface, tout en se concentrant sur la région de la mer Baltique.

Une part importante est ainsi dédiée à l'acquisition de chasseurs F-35 américains, seuls habilités à porter les armes nucléaires de l'OTAN dont est équipée l'Allemagne.

Léo Péria-Peigné

La *Heer*, l'armée de terre allemande, cherche de son côté à disposer d'un corps d'armée crédible. Il serait composé de trois divisions, chacune dotées des capacités dont elles avaient été privées au fur et à mesure des réductions de budget depuis 1990, en particulier des compagnies de soutien (reconnaissance, ciblage, défense sol air) et une artillerie divisionnaire crédible. Pour l'heure, ces capacités reposent souvent sur des unités uniques, écartelées à l'échelle de l'armée entière. **Une situation d'ailleurs sensiblement similaire à celle de la France.**

Vous soulignez, comme en France mais à des degrés divers, un problème de recrutement et de fidélisation des militaires allemands. Pourquoi ?

Longtemps, les armées françaises pouvaient se satisfaire d'un niveau de recrutement et de fidélisation supérieur à celui des armées allemandes, qui cumulent vieillissement de la population, attractivité supérieure du marché de l'emploi civil et relation difficile aux métiers militaires. Il s'avère cependant que cet écart se réduit, les armées françaises reconnaissant subir ce type de problèmes.

Si la situation démographique allemande reste bien plus difficile que la nôtre, **l'attractivité des armées française reste en particulier plombée par l'opération Sentinelle, qui agit comme un véritable repoussoir,** que la perspective d'une OPEX ne suffit plus à compenser.

L'Allemagne considère surtout son armée comme «une nation cadre », dites-vous. C'est-à-dire ? En quoi est-ce différent de la conception française ?

À partir de **2014**, l'Allemagne a développé un concept de «**Nation Cadre**» au sein de l'Otan. Elle destine son armée à devenir un intégrateur pour des forces de pays européens plus modestes. Pour ce faire, **elle se dote de capacités de commandement, de communication et de coordination très importants.** Ce processus est aujourd'hui très avancé avec les Pays-Bas, dont les trois brigades sont totalement intégrées dans les trois divisions allemandes. D'autres nations comme la Hongrie ou la Lituanie seraient en voie d'intégration au moins partielle à ce dispositif.

Alors que la France avait, la première, développé le concept, elle ne l'a jamais réellement appliqué. Si des pistes existent pour faire émerger un dispositif similaire avec la Belgique et le Luxembourg, il faudra du temps pour atteindre un niveau similaire à celui atteint par l'Allemagne et les Pays-Bas.

Les difficultés de la relation franco-allemande sont souvent justifiées par une différence de culture stratégique.

Léo Péria-Peigné.

Les difficultés de la relation franco-allemande sont souvent expliquées par une différence de culture stratégique. L'Allemagne aurait une vision plutôt continentale, intégrée à l'Otan, d'armée de dissuasion conventionnelle face à la menace russe. La **France**, en revanche, serait une «*armée d'emploi*», plus expéditionnaire, et destinée à se déployer à l'étranger pour y combattre. **De plus, elle**

garde une position toujours ambiguë vis-à-vis de l'Otan. Si ces différences de culture stratégique conditionnent la bonne marche d'une relation, alors la France restera isolée en Europe. La plupart des États européens ont une conception bien plus compatible avec le modèle proposé par l'Allemagne que le nôtre, d'autant que Berlin s'est mis en ordre de bataille depuis bientôt dix ans pour en faire la promotion.

«La France n'apparaît plus aujourd'hui pour la communauté de défense en Allemagne que comme un partenaire dont l'importance est en recul », écrivez-vous. Comment la France envisage-t-elle ce relâchement des liens ?

Si la France considère toujours l'Allemagne comme son premier partenaire militaire en Europe, l'inverse n'est plus vrai. **Le premier partenaire militaire allemand en Europe sont les Pays-Bas. Les structures de coopération militaires qui avaient été créées sont pour la plupart tombées en désuétude : la brigade franco-allemande est vidée de sa substance** au moins depuis la fin de la colocalisation des unités françaises et allemandes, et la coopération entre nos marines s'est considérablement réduite. Seules les armées de l'air maintiennent des structures d'entraînement communes fonctionnelles.

Politiquement, la France semble rester attachée à l'idée de couple franco-allemand, quand Berlin en a une vision bien plus dépassionnée. Le terme «*couple*» est d'ailleurs exclusivement utilisé de notre côté du Rhin... **La France s'est peut-être un peu trop attachée à une relation symbolique.** Paris a lancé un ensemble de programmes d'armement majeurs, dont la plupart sont aujourd'hui à l'arrêt voire supprimé : l'avion du futur (SCAF), le char du futur (MGCS), l'artillerie du futur (CIFS), l'avion de patrouille maritime futur (MAWS).

L'arrêt de ces projets industriels va-t-il briser définitivement le «couple militaire franco-allemand » ?

Ces projets sont symptomatiques des difficultés franco-allemandes : lancés en grande pompe en 2017, **ces projets d'armement commun sont avant tout des décisions politiques**, qui forcent des entreprises concurrentes, voire antagonistes, à coopérer. Pour autant, **les militaires des deux pays sont souvent peu intéressés ou insuffisamment impliqués dans le projet.** Mais la volonté politique ne suffit pas, et les difficultés s'accumulent, au point d'aboutir à une impasse comme pour l'avion de patrouille de maritime. Alors que les calendriers de remplacement français et allemands étaient très différents, un projet commun a été décidé par le politique. Pourtant, les avions allemands devaient quitter le service bien avant que le projet n'aboutisse. Finalement les Allemands ont dû acheter des P-8 Poséidon américain en 2021 pour remplacer leurs propres appareils qui, je cite, «*tombaient en morceau*», alors que le premier système commun n'était pas prévu avant 2030.

Pour briser le «couple militaire» franco-allemand, encore faudrait-il que son existence se concrétise ailleurs que dans le discours politique. Là encore, les coopérations militaires sont aujourd'hui réduites à portion congrue, et **les équipements communs aux deux armées, très limités - par exemple, l'avion de transport A400M et l'hélicoptère d'attaque Tigre**, encore que la pérennité de ce dernier dans l'armée allemande soit déjà sur la sellette... **On peut difficilement briser quelque chose dont la matérialité est si désincarnée.**

29 septembre 2023 (The Economist)

[A humanitarian disaster is under way in Nagorno-Karabakh \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Leaders | A short war with a long shadow

A humanitarian disaster is under way in Nagorno-Karabakh

And Russia may also be destabilising its old ally, Armenia



image: reuters

Sep 28th 2023

The war unleashed on September 19th by Azerbaijan against [Nagorno-Karabakh](#), a separatist ethnic-Armenian enclave, lasted less than a day. **But it has ended a hostile stand-off that had lasted more than 30 years, and prompted an exodus of tens of thousands of terrified people.** It has also placed Azerbaijan's backer, Turkey, in a stronger position in the Caucasus as Russia's [influence there withers](#).

Overwhelmed by Azerbaijan's modern army, exhausted and starved by a nine-month blockade, isolated from its Armenian motherland and betrayed by Russia, which took it upon itself to provide security in the region, Nagorno-Karabakh had no option but to capitulate. As *The Economist* went to press, around 65,000 of the enclave's ethnic Armenians (from a pre-war population of perhaps 120,000) had fled. Azerbaijan's choice to attack the region rather than pursue a Western-backed deal guaranteeing the civil rights of its Armenian minority means that it is guilty of ethnic cleansing.



image: the economist

Not everyone has left, though many more will. For those who remain, it is vital that Azerbaijan is held to account for any violation of human rights in the region now under its control. **The West needs to use whatever leverage it has. Azerbaijan's elite likes to spend time and money in Europe and America, so the threat of sanctions should speedily be made.** Time is of the essence. Too much has already been wasted.

The consequences of this one-day war, however, will stretch far beyond Nagorno-Karabakh. The episode marks a shift in the balance of power in the Caucasus. Armenia's sovereignty looks more fragile than it has since the Soviet collapse in 1991. Russia, the regional hegemon since the early 19th century, has been exposed as an impotent and treacherous friend to Armenia, with which it has long had a military alliance. The West tried to work with Azerbaijan to avert the outbreak and now looks thwarted. And Turkey, which backed this month's assault by its fellow Turkic state, is in the ascendant.

One cause of all this is changes within Armenia. Its rulers were once close to Vladimir Putin's Kremlin. But the ground shifted in 2018, when young protesters took to the streets of Yerevan, its capital, and swept away a Russia-backed regime run by corrupt politicians, many of them former warlords from Karabakh. Nikol Pashinyan, who led that velvet revolution and is now prime minister, pledged to stay close to Russia. But Mr Putin never forgave him for coming to power on the back of yet another popular uprising in the post-Soviet space. In 2020 Mr Putin's implicit acquiescence and Turkey's explicit backing for Azerbaijan allowed Ilham Aliyev, its leader, to launch a military attack against the enclave that left its status unresolved.

But the immediate cause of the chaos is Russia's weakness. As Mr Putin floundered in his war against Ukraine, Turkey and Azerbaijan saw an opportunity to press their advantage. Russia's president did nothing when Azerbaijan made a military incursion into the sovereign territory of Armenia last year. Feeling betrayed, Armenia began to pivot to the West. It also conceded to most of Azerbaijan's demands and accepted Azerbaijani sovereignty over Nagorno-Karabakh.

Mr Putin's rage against Armenia has grown as it has tilted to the West. In his eyes Armenia's latest sin is its plan to sign up to the International Criminal Court, which has indicted Mr Putin for his crimes in Ukraine. He may already be stirring up unrest in Yerevan. **An even bigger risk is that Azerbaijan will press on against Armenia itself and collude with Russia and Turkey to impose a corridor across the south of the country. This would link Turkey and Azerbaijan's mainland, deprive Armenia of sovereignty and isolate it from its crucial border with Iran.**

Desperate times

In the short run Western governments should help Armenia cope with the big influx of refugees from Nagorno-Karabakh, and also help negotiate a fair—and hence enduring—peace deal between Armenia and Azerbaijan. In the long run, the West should back Armenia's efforts to reduce its dependency on Russia and urge Turkey to normalise relations with Armenia and open the countries' long-closed border. That would bring trade and ease Armenia's isolation. **With diplomatic skill, and good fortune, the chaos in the Caucasus may yet be contained.**

29 septembre 2023 (The Economist)

[Joe Biden may come to regret his claim to be pro-union \(economist.com\)](#)

Leaders | Striking contradictions

Joe Biden may come to regret his claim to be pro-union

The UAW strike highlights the deep strains in Bidenomics



image: reuters

Sep 27th 2023

Both the Democratic and Republican parties are already fairly sure who their nominees will be in 2024, so the general election campaign will begin unusually early. Perhaps it started this week: **President Joe Biden joined a picket line in Michigan, becoming the first sitting president to do so**; the next day Donald Trump was in the same state, also courting car workers. As befits **a campaign in which the two candidates have a combined age of 157**, it has a retro feel. High inflation and striking union workers in Detroit recall races from the 1970s.

The United Auto Workers Union (uaw) wants a 36% pay increase over four years, better pensions, health care for those who have retired and sweeter terms for those hired since two of the “big three” carmakers received a federal bail-out in 2008 (one of them is Stellantis, whose biggest shareholder part-owns *The Economist's* parent company). **That is a lot to ask**, particularly given that the labour market is softer than a year ago. **Average pay and benefits at the big three in Detroit currently range from \$112,000 a year at Ford to \$134,000 at gm**. The unions counter that the firms are making record profits and ceo pay has soared. However, this is a cyclical business that seems to be at a high point: demand that built up when supply chains were disrupted is keeping prices unusually high.

None of this matters much to Mr Trump or Mr Biden, whose focus is on 2024. **Mr Trump promises to protect manufacturing workers with tariffs. So does Mr Biden in a more targeted way, to accompany subsidies he has introduced to encourage electric vehicles (evs). Both hope to appeal to working-class families in the Midwest, home to two of next year's six swing states.**

This is popular. Democrats have allied with unions ever **since Franklin Roosevelt enshrined collective-bargaining rights in law. More recently, Republicans have tried to become the party of the working class. Mr Trump beat Mr Biden easily among white working-class voters in 2020.** A recent poll by YouGov for American Compass, a think-tank, found that 77% of Republican primary voters support tariffs to boost manufacturing at home.

That consensus needs skewering, and not only for the sake of America's consumers. **It was this same combination—striking unions and protection from foreign competition—that sent carmaking downhill in the 1970s. Detroit became bloated and uncompetitive. American brands became a**

shorthand for low quality. Now, with strikes raging and the federal government keeping Chinese- or European-made evs out of the market with tariffs and subsidies, **the conditions are in place for a repeat.**

Mr Biden's policy is an answer to a political problem: how to pursue **the green transition, which a key group of voters does not care much about**, and still get re-elected. He squares the circle by wrapping up **domestic manufacturing and greenery** in a single package, supporting both with tariffs and subsidies. **Alas, this policy is riven with contradictions.**

One of the uaw's worries is that electric vehicles require fewer workers to build. The union sees its influence slipping away to non-union plants in the South and to non-union battery factories. For the carmakers, pivoting from gas-guzzlers to volt-voracious vehicles, as the federal and some state governments prod them to, will require a lot of capital. A generous settlement with the uaw would make it harder. **Moreover, the green transition would be faster and cheaper if firms made full use of global supply chains, importing batteries and solar panels. But that is a non-starter in Washington because of overblown fears of China as a supplier.** In short, Mr Biden's policy undermines itself—though Mr Trump's could be even worse.

If the unions and carmakers reach a deal in a few weeks' time, Mr Biden will come out of the clash looking stronger. But if it drags on, the Midwest's economy suffers and Americans cannot get new parts for their cars, he may yet come to regret his claim to be the most pro-union president in American history.

29 septembre 2023 (The Economist)

[The war in Ukraine is a powerful reason to enlarge—and improve—the EU \(economist.com\)](https://www.economist.com/leaders/2023/09/28/the-war-in-ukraine-is-a-powerful-reason-to-enlarge-and-improve-the-eu)

Leaders | A bigger, better EU

The war in Ukraine is a powerful reason to enlarge—and improve—the EU

Nine new countries, including Ukraine, are vying to join



image: the economist

Sep 28th 2023

The horror of two world wars prompted France, West Germany and others to link arms and create what is today the European Union. Seventy years on, war has returned to the continent. **Out of the rubble in Ukraine, something akin to the sentiment that moved the eu's founding fathers is stirring again. The talk now is of admitting as many as nine new members, including Ukraine.** Joining the world's most successful club of peaceful, prosperous democracies would set that war-ravaged country—and fellow aspirant members in the Western Balkans, Georgia and Moldova—on a new and promising path.

For the eu itself it would also be nothing short of historic, completing a grand continental union and marking the end of a process that started with victory over the Nazis. Bar one or two future applicants (perhaps one day including Britain), the shape of the eu would broadly be settled. **But the way the eu works would have to change.**

Expanding the eu from 27 to, say, 36 will be tricky. But after a long time when the idea of enlargement was dormant—Croatia, the most recent new entrant, joined a decade ago—it is back on the agenda. Leaders from across the continent, including aspiring new members, will meet in the Spanish city of Granada on October 5th. The next day, those already in the club will lay out what reforms will be needed to keep the show running with more (and more diverse) members. An arduous process will follow. **The applicants and the eu machine will both have to change. A mooted date of 2030 for the completed enlargement is optimistic, but worth striving for.**

Leaders considering the union's future shape should remember that enlargement has been its most successful policy. *Grands projets* like the euro, the single market and the regulation of tech giants matter, but much of their value comes from the fact that their scope extends beyond France and Germany to Finland, Greece, Slovakia and Spain. **Imagine how much less muscular the eu would have been in helping Ukraine had it not already embraced four countries that border the war zone. Further enlargement could increase Europe's geopolitical heft, as France's president, Emmanuel Macron, once a sceptic of expansion, now seems to acknowledge.**

The eu can no longer afford to string the nine would-be members along by letting their applications drag on without a realistic hope of them joining. **Leaving European neighbours in a grey zone opens the door to those who would destabilise the continent, starting with Russia's Vladimir Putin. This unhealthy dynamic has fed the cynical and sometimes dysfunctional politics of the six countries of the Western Balkans and the other three applicants.** None of them will be easy to integrate. Georgia, Moldova and Ukraine all have Russian troops occupying chunks of their territory (as did Germany until 1990). All the current countries bidding to join are deemed only "partly free" by Freedom House, an American think-tank. **(Turkey, though technically still a candidate, is a long way from being ready, alas.)**

As it embarks on this mission, the eu should make three firm commitments. The first is a message of hope to the applicants: as long as they undertake the reforms necessary to be worthy members, they will be let in. A similar promise was made to the Western Balkans in 2003, but was promptly forgotten. Applicants must still meet the same criteria that others have met to join the eu, in particular by upholding democracy. **Conditions to join the euro should be stringent. But those who make a good-faith effort should be offered more help as their journey progresses. Some benefits of membership could be granted gradually as economic reforms take root, including access to the single market. At the same time it must remain clear that the final destination is full eu membership, not limbo on the outside.**

The second commitment is that the eu's own internal reforms must not delay the accession of those ready to join. Yes, the union has to rethink its inner workings: a bigger eu will not be a better one if it becomes gridlocked. Once it is enlarged to 36, it would be foolish to allow a single country's government to veto collective action, as is the case now for foreign affairs and taxation. The common agricultural policy, which gobbles up a third of the bloc's budget, will need drastic reform and slimming to stop too many subsidies flowing to Ukrainian oligarchs running farms the size of some eu countries. Letting in poorer members will shift development funds away from some current recipients. But the eu should not keep the door shut while it gets its own house in order.

The final imperative is to learn from past enlargements. Most countries that reform in order to get into the eu stay on the right track, and grow both freer and more prosperous. **But a handful have taken a bad turn: Hungary and Poland have defied eu norms they signed up to.** If the club is to take a chance on newcomers with a shaky record of governance, **it must have mechanisms to punish bad behaviour.** A good place to start would be **to make it easier for eu funds to be withheld from dodgy regimes.** This has rightly begun to happen.

Growing, growing, grown

The prospect of welcoming a batch of newcomers is daunting. But Europe, after thinking hard, has leapt into the unknown before—and made it work. **Greece, Portugal and Spain were all brought in around a decade after they had toppled nasty dictatorships, and now thrive as vigorous democracies.** Between 2004 and 2007, the bloc took in a dozen new members, most of which had been under the Soviet yoke. That nearly doubled the number of eu countries, and upped the club's population by 27%—nearly twice what is being proposed now. What then seemed impossible is remembered now as inevitable and vital.

More than anything, if Europe is to count as a force in the world, it needs to show that it has the capacity to act. Delaying enlargement because it is too difficult to carry out would weaken the continent and thus the union at its heart, not least if Russian aggression today is followed by American isolationism tomorrow. **Dreadful as the circumstances of war are, they have created the impetus for an eu that is both bigger and better.** Europe must find a way to build it.

29 septembre 2023 (FAZ)

[Klima-Rettung durch die Verdunkelung der Sonne? \(faz.net\)](#)

SOLARES GEOENGINEERING:

Kann das Klima gerettet werden, indem wir die Sonne verdunkeln?

VON [SIBYLLE ANDERL](#)

-AKTUALISIERT AM 29.09.2023-07:20



Die Minderung der Treibhausgas-Emissionen läuft schleppend. Auf der Suche nach Alternativen setzen Forscher auf solares Geoengineering – und brechen damit ein Tabu.

Am 12. September 2022 stieg vom südenglischen Buckinghamshire aus ein Wetterballon hoch in die Atmosphäre auf. Er trug einen kleineren, etwa basketballgroßen zweiten Ballon, gefüllt mit 400 Gramm Schwefeldioxid. Der abnehmende Luftdruck zog den kleineren Ballon immer stärker auseinander.

In etwa 25 Kilometern Höhe – in der Atmosphärenschicht, die als Stratosphäre bezeichnet wird – platzte er und setzte das Schwefeldioxidgas frei, wo es daraufhin mutmaßlich begann, teilweise zu sulfathaltigen Aerosolen zu reagieren. Diese Schwebeteilchen ändern die Energieverteilung in der Atmosphäre: Von der Sonnenstrahlung, die auf sie trifft, wird ein Teil wieder zurück ins All gestreut.

Der Aufstieg eines wissenschaftlichen Ballonexperimentes ist nichts Außergewöhnliches. Hunderte Wetterballons werden täglich mehrfach gestartet, außerdem viele Dutzend aufwendigere Experimente in jedem Jahr. Der Ballon über Buckinghamshire sorgte dennoch für Aufsehen. Denn er war eingebettet in ein Forschungsfeld, das als solares Geoengineering bezeichnet wird: der Versuch, durch Einbringen von Partikeln in die Stratosphäre die auf der Erde eintreffende Sonneneinstrahlung so zu mindern, dass der vom [Klimawandel](#) hervorgerufenen Erwärmung entgegengewirkt wird.

Ein Experiment mit provozierendem Namen

Es ist ein Forschungsgebiet, das so umstritten ist, dass sich Wissenschaftler seit Jahrzehnten mit empirischer Forschung zurückhalten. Das wissenschaftliche Freiluft-Experiment „Stratospheric Aerosol Transport And Nucleation“, kurz SATAN, war das erste seiner Art.

Der provokante Name solle die Leute dazu bringen sich zu fragen, ob die extreme Kritik an den Experimenten wirklich gerechtfertigt ist, erklärt der verantwortliche und bis Anfang des Jahres am University College London tätige Wissenschaftler Andrew Lockley auf Nachfrage, merklich gereizt von der Diskussion, die sein Experiment nach sich gezogen hatte: Kollegen hatten Details zum Experiment vor der Veröffentlichung der Ergebnisse an die Medien durchgestochen, ihm mangelnde Ernsthaftigkeit und fehlende Transparenz vorgeworfen. Er habe das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Forschung aufs Spiel gesetzt, hieß es.

Lockleys Erwiderung: Zu früh die Öffentlichkeit einzubeziehen, habe in der Vergangenheit auch keinen großen Erfolg gehabt. Tatsächlich war der Start eines früheren Experiments der Harvard Universität, genannt „SCoPEX“, an anhaltenden Protesten von Kritikern der Technologie gescheitert. Lockley konnte nun immerhin zeigen: Es ist möglich, mit Ausrüstung, die weniger als 1000 Dollar kostet, SO_2 in die Stratosphäre einzubringen.



Jeden Tag steigen unzählige Wetterballons wie dieser am 21. August in der Schweiz in den Himmel. :Bild: AFP

Ähnliche Ballons wie die von Lockley werden angeblich schon kommerziell in die Stratosphäre geschickt. Das Unternehmen „Make Sunsets“ um den US-amerikanischen CEO Luke Iseman bietet seit verganginem Jahr „Cooling Credits“ zum Verkauf an. In „bioabbaubaren Latexballons“ kann man laut Firmenwebsite Schwefeldioxid in der Stratosphäre freisetzen lassen. Ein Gramm als Ausgleich für den Effekt einer Tonne CO_2 pro Jahr; wer ein Monatsabo abschließt, kann 90 Prozent sparen.

Der erste Flug fand im April 2022 vom mexikanischen Baja California aus statt, wie „MIT Technology Review“ berichtete. Auf ihrer Homepage beantwortet „Make Sunsets“ die Frage, warum sie die Ersten sind, die so etwas machen: Ihre Vorgänger seien an wohlgemeintem, aber fehlgeleitetem Aktivismus und Patentstreitigkeiten gescheitert. Dabei gebe es eine moralische Pflicht, angesichts des Versagens in der Klimakrise die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

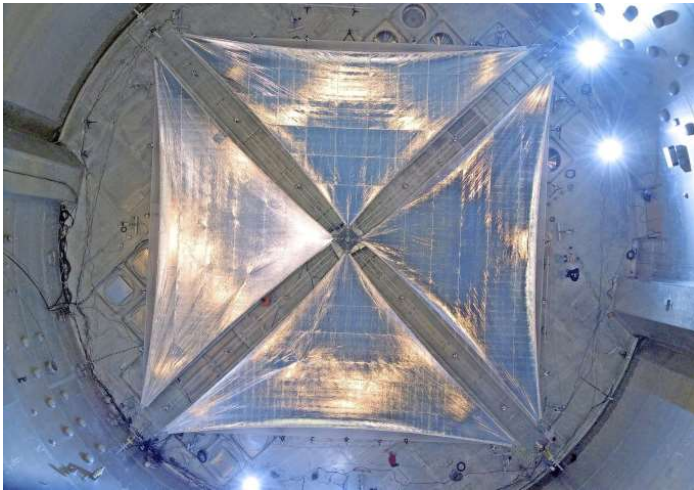
„Es ist so billig, es zu tun, dass es nur eine Frage der Zeit war, dass es irgendwo einen Verrückten gibt, der aus solarem Geoengineering ein Geschäft macht“, sagt Gernot Wagner, Klimaökonom von der Columbia Business School. Die Ausbringung von Aerosolen in die Stratosphäre unterscheidet sich hinsichtlich der Kosten deutlich von anderen teureren und aufwendigeren Varianten des solaren Geoengineerings wie etwa der futuristisch wirkenden Idee, spiegelnde Sonnensegel im All zu positionieren, um auf diese Weise Sonnenlicht von der Erde weg zu lenken.

Schneller sein als die Politiker

Die aktuellen Entwicklungen, erste Geoengineering-Freilandversuche mit stratosphärischen Aerosolen zu realisieren, hält er für wenig besorgniserregend. Er selbst gehört zu denjenigen Wissenschaftlern, die sich entschieden für eine bessere Erforschung dieser Technologie engagieren, 2016 hat er zusammen mit David Keith an der [Harvard University](#) das erste große Forschungsprogramm zu solarem Geoengineering ins Leben gerufen. „Es geht darum, Fragen zu dieser Technologie beantworten zu können, bevor sich Politiker selbst eine Antwort geben, ohne dass es eine Faktenbasis gibt“, sagt er.

Diese Einstellung liegt im Trend. Auf der ganzen Welt ist eine wachsende Offenheit zu beobachten, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen – nach einer langen Zeit großer Skepsis. Erste Überlegungen, dem Klimawandel mithilfe von solarem Geoengineering entgegenzuwirken, wurden schon 1965 in einem Bericht des Beratungsausschusses des US-Präsident Johnson geäußert – damals war die Idee, die

Meeresoberfläche aufzuhellen, um Strahlung zurück ins All zu reflektieren. Verfolgt wurde diese Strategie in den folgenden Jahrzehnten aber kaum.



Solares Geoengineering klingt vielleicht nach Sonnensegeln im All, doch aktuell werden preiswertere Strategien diskutiert. :Bild: NASA

Erst als 2006 der Nobelpreisträger und Ozonloch-Forscher Paul Crutzen das Thema wieder aufgriff, begann es langsam seinen Tabu-Charakter zu verlieren. In einem Aufsatz wies Crutzen damals auf das Dilemma hin, dass die Luftverschmutzung durch Schwefeldioxid einen Beitrag zur Milderung der Klimaerwärmung leistet. Bemühungen zur Verbesserung der Luftqualität tragen entsprechend zum Klimawandel bei. Als Ausweg nannte er zwei Szenarien: Eine Reduzierung der Emission von Treibhausgasen sei bei Weitem der zu bevorzugende Weg. Alternativ könne man aber auch dadurch eine Kühlung erreichen, dass man das Sonnenlicht reflektierende Aerosole in die Stratosphäre einbringt.

0,5 Grad weniger nach Vulkanausbruch

Dass diese Strategie im Prinzip funktioniert, war schon einige Male in der Geschichte zu beobachten, besonders eindrücklich im Jahr 1991, als der philippinische Vulkan Pinatubo ausbrach und bis zu 20 Millionen Tonnen SO_2 in die tropische Stratosphäre blies. Im folgenden Jahr fiel die globale Durchschnittstemperatur um 0,5 Grad niedriger aus. Solch eine Abkühlung – das ist wichtig zu betonen – wäre allerdings nur die Linderung eines Symptoms des Klimawandels.

Weder würde die Verdunkelung der Sonne die erhöhte CO_2 -Konzentration rückgängig machen noch ein Mittel gegen die Versauerung der Meere liefern. Das heißt aber auch: Sobald man das wiederholt durchzuführende solare Geoengineering beenden würde – die Aerosole verbleiben nur ein bis zwei Jahre in der Stratosphäre –, würden die globalen Temperaturen sprunghaft ansteigen.



Farbenfrohe Sonnenuntergänge gehörten zu den angenehmeren Nebeneffekten der Ausbringung von Partikeln in die Stratosphäre - hier nach dem Ausbruch des Villarrica Vulkans. :Bild: Reuters

Zudem sind die potentiellen Risiken und unerwünschten Folgen solch eines Eingriffs zahlreich. Sie reichen von einer schwer zu prognostizierenden Veränderung des regionalen Klimas, veränderten Niederschlagsmustern, möglichen Ernteaussfällen und Beeinträchtigungen des Pflanzenwachstums über eine Schädigung der Ozonschicht durch die sulfatbasierten Aerosole hin zu reduzierter Ausbeute von Solaranlagen, einer ausgebleichten Farbe des Himmels und drohenden geopolitischen Konflikten hinsichtlich der Kontrolle und Steuerung dieser Technologie.

Für die große Zurückhaltung der Wissenschaftler war und ist allerdings vor allem noch etwas anderes ausschlaggebend: Die Sorge, dass das Wissen um einen solchen Plan B im Kampf gegen die Klimaerwärmung den Einsatz für die Minderung der schädlichen Treibhausgasemissionen reduziert. Bezeichnet wird das als „moralisches Risiko“: In der Hoffnung auf eine zukünftige technologische Lösung macht man einfach weiter wie bisher.

Ein Schmerzmittel für den Planeten

„Das eigentlich Verrückte am solaren Geoengineering wäre, wenn man glaubte, dass es als isolierte Maßnahme zu verstehen ist“, sagt Gernot Wagner. „Ähnlich verrückt wie zu sagen: Wir verzichten auf Elektromotoren und Solaranlagen, weil wir auf Wasserstofftechnologie und Fusionsreaktoren warten.“ Er sieht solares Geoengineering als eine Art Schmerzmittel, das die Folgen des Klimawandels abschwächen kann, während gleichzeitig mit unverändertem Einsatz die Emissionen reduziert werden müssen.

In Deutschland werden auch solche Überlegungen unverändert kritisch gesehen. Das Umweltbundesamt spricht sich auf seinen Seiten für eine weltweite Regulierung von Geoengineering-Technologien aus – nicht nur wegen des moralischen Risikos, sondern auch aus Ablehnung der Vorstellung, der Mensch sei in der Lage, globale Umweltprozesse zu verstehen und zu steuern, sowie der Idee, entgegen dem Umweltvölkerrecht einen Schadstoffeintrag in die Umwelt zu fördern.

Anders in den Vereinigten Staaten. 2021 empfahlen die National Academies of Science, Engineering and Medicine in ihrem Bericht „Reflecting Sunlight“, innerhalb von fünf Jahren 100 bis 200 Millionen Dollar in entsprechende Forschung zu investieren. Solch eine strategische Investition sei notwendig, um Politikern ein besseres Verständnis für mögliche Reaktionen auf den Klimawandel zu geben.

Auch Aufhellung von Meereswolken möglich

Im Juni dieses Jahres folgte daraufhin die Veröffentlichung eines entsprechenden Forschungsplans durch das OSTP, das wissenschaftliche Beratungsgremium der Biden-Regierung. Neben stratosphärischer Aerosol-Injektion wurden darin auch eine mögliche Aufhellung von Meereswolken sowie die Ausdünnung von Zirruswolken als andere Varianten des Geoengineerings genannt. Wichtig sei insbesondere, auch die gesellschaftlichen Dimensionen des Problems in einem interdisziplinären Programm zu erforschen – und zwar möglichst transparent und in internationaler Kooperation.

Was diese Forschung am Ende bewirken wird, bleibt unklar. Kritiker befürchten, dass eine Etablierung des Forschungsfeldes einer kritischen Diskussion der Technologie entgegenwirken könnte. Es gibt auch noch Fragen bezüglich der generellen Realisierbarkeit: Für eine messbare Abkühlung des Klimas wäre das Einbringen großer Mengen Schwefeldioxid in die Atmosphäre nötig.

Jährliche Kosten von wenigen Milliarden Dollar

Mit Ballonen wäre das mühsam, entsprechende Flugzeuge oder Raketen zu bauen ist schon aufwendiger. Trotzdem wäre es denkbar, dass etwa vom Klimawandel besonders in Mitleidenschaft gezogene Länder

oder sogar wohlhabende Einzelpersonen innerhalb der kommenden Jahrzehnte Geoengineering im Alleingang in Angriff nehmen könnten – unbeeindruckt von den möglicherweise in weiterer Forschung herausgearbeiteten Risiken. Schätzungen zufolge würde solares Geoengineering pro Jahr schließlich nur wenige Milliarden Dollar kosten.

Gernot Wagner könnte sich noch eine andere Lösung vorstellen. Seine These: Je konkreter über riskantes solares Geoengineering diskutiert werde, desto größer sei die Motivation der Menschen, sich für alternative Wege einzusetzen. Mit Blick auf die vergangene Entwicklung hochriskanter Technologien mag diese Vorstellung sehr optimistisch erscheinen.

29 septembre 2023 (Le Figaro)

[Les dangers d'un renchérissement du coût de la dette française sur les marchés \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

Les dangers d'un renchérissement du coût de la dette française sur les marchés

Par [Anne de Guigné](#)

Publié hier à 20:10, mis à jour hier à 21:20



Thomas Cazenave, ministre des Comptes publics, et Bruno Le Maire, ministre de l'Économie et des Finances, jeudi, lors de leur audition devant la Commission des finances de l'Assemblée nationale. *Xose Bouzas / Xose Bouzas / Hans Lucas via Reu*

ANALYSE - Les obligations à 10 ans s'échangent désormais autour de 3,5 %.

Un accueil plutôt froid. Les investisseurs semblent ne pas avoir été outre mesure enthousiasmés par la copie budgétaire, présentée mercredi par [Bruno Le Maire](#) et [Thomas Cazenave](#), respectivement ministre des Finances et des Comptes publics. [Ce projet de loi de finances](#) se distingue, en Europe, par la modestie de ses ambitions en termes de réduction du déficit et de la dette, fixés pour 2024 à 4,4 % et 109,7 %.

Paris a toujours peiné à réaliser des économies, et le budget 2024 n'a, en ce sens, pas pu surprendre les marchés. Le changement d'environnement financier a toutefois nourri un mouvement de nervosité. **Le coût de la dette souveraine française a nettement augmenté.** En témoigne l'évolution des obligations à maturité 10 ans : le taux des titres français qui oscillait autour de 3,35 % mardi, avant la présentation du projet de loi de finances 2024, atteignait ce jeudi **3,55 %**.

Jeudi, c'était d'ailleurs l'obligation italienne à dix ans qui était sanctionnée le plus durement par les investisseurs, avec un pic à 4,94 %

Mais les piètres prévisions budgétaires de Bercy ne sont pas seules en cause de la sanction qui est tombée de la même manière sur toutes les obligations de la zone euro. Ce brusque mouvement de mauvaise humeur semble avoir été provoqué par la présentation mercredi soir du « Document économique et financier » italien, qui détaille le cadrage budgétaire du pays, et dans lequel l'exécutif annonçait réviser à la hausse ses prévisions de déficit et à la baisse celles de croissance. Jeudi, c'était d'ailleurs l'obligation italienne à dix ans qui était sanctionnée le plus durement par les investisseurs, avec un pic à 4,94 %. **Le Bund allemand, malgré les déboires économiques du pays, reste a contrario considéré comme une valeur refuge en Europe.** Jeudi, il s'échangeait à 2,97 %.

285 milliards à emprunter sur les marchés

Cet accès de nervosité, s'il se prolonge, pourrait contrarier les prévisions de Paris. Le scénario sur lequel le gouvernement a construit son budget repose en effet sur un taux à dix ans à 3,4 % à la fin de l'année, plafond qui a donc déjà été allègrement dépassé ce jeudi. Les taux augmenteraient ensuite, toujours selon le projet de loi de finances, lentement à 3,5 % fin 2024 et se stabiliseraient enfin jusqu'en 2027 à 3,6 %.

L'envolée est historique. **Les taux ont franchi la barre des 3 % pendant l'été, alors que fin 2021, ces titres évoluaient encore en territoire négatif.** Autrement dit, les investisseurs payaient Paris pour acquérir des titres de dette. **À l'époque, personne ne tablait sur un rebond aussi spectaculaire - provoqué par le retournement radical de la politique monétaire mise en œuvre par la Banque centrale européenne (BCE) en réponse à la résurgence de l'inflation.**

Les gestionnaires des finances publiques surveillent comme le lait sur le feu ces évolutions, les hausses de taux se transmettant progressivement à la dette émise ou réémise par le pays. **Pour la France, les hausses portent chaque année sur environ 15 % de la dette, en raison de la maturité élevée moyenne des obligations souveraines hexagonales autour de 8,5 ans,** selon l'Agence France trésor, la direction de Bercy en charge des émissions de dette. **En 2024, l'agence prévoit de lever le montant historique de 285 milliards d'euros.**

Compte tenu de ces paramètres, **le projet de loi de finances s'avance sur une charge de la dette de 52 milliards l'année prochaine, 56 milliards en 2025, 61 milliards en 2026 et plus de 70 milliards en 2027.** **Le moindre décalage de taux pourrait toutefois alourdir dramatiquement la facture.** Bercy a ainsi calculé que, si les hausses de taux dépassaient de 1 point les prévisions du budget, le coût pour les finances publiques s'alourdirait de 47 milliards pour la période de 2023 à 2027, soit une enveloppe supérieure au budget de la Défense.

29 septembre 2023 (Le Figaro)

[Philippe d'Iribarne: «Non, l'islam n'est pas une religion comme les autres» \(lefigaro.fr\)](#)

«Non, l'islam n'est pas une religion comme les autres»

Par [Philippe D'Iribarne](#)

Publié hier à 19:17, mis à jour hier à 19:23



«L'ambiguïté de l'islam (...) est largement mise à profit pour travestir en expression d'une démarche religieuse personnelle ce qui relève en fait de l'instauration d'un ordre social sous le contrôle de la communauté», observe Philippe d'Iribarne. Fabien Clairefond

TRIBUNE - Édouard Philippe s'est attiré les foudres d'une partie de la gauche pour avoir évoqué les «spécificités de l'islam». Ces indignations sont révélatrices d'une méconnaissance profonde de cette religion qui aspire à régenter l'ordre social, argumente le sociologue.

Directeur de recherche au CNRS, Philippe d'Iribarne a notamment publié [Islamophobie. Intoxication idéologique](#) (Albin Michel, 2019) et [Le Grand Déclassement. Pourquoi les Français n'aiment pas leur travail !](#) (Albin Michel, 2022).

Dans une tribune publiée par *L'Obs* le 16 septembre dernier, un groupe de représentants de la gauche morale s'est indigné des propos d'[Édouard Philippe](#), dans son livre *Des lieux qui disent* et à France Inter, évoquant «*la spécificité de l'islam*» et suggérant de ce fait une évolution de [la loi de 1905](#). Cette indignation, [affirme la tribune](#), est justifiée par le fait que «*c'est la première fois qu'un responsable politique de ce niveau envisage explicitement un traitement différencié des religions*», bafouant ainsi «*l'égalité des religions devant la loi*» comme «*l'égalité des citoyen.es devant la loi*», et créant une «*rupture dans l'égalité de traitement des religions*». Pour les auteurs, «*on voit là où aboutissent [la hantise de l'islam](#) et une islamophobie qui maintenant s'assume sans vergogne*». Cette tribune rejoint nombre de dénonciations, notamment par le [Comité des droits de l'homme de l'ONU](#), de politiques qui de fait visent l'islam, même si leur formulation a une portée universelle, telle la loi française concernant la [dissimulation du visage](#) dans l'espace public.

Dimension extra-religieuse

Ces dénonciations évoquent l'islam comme une «*religion*» parmi d'autres, en considérant que cette qualification de religion va de soi. **Or ce n'est pas la vision qu'en ont les musulmans. Ainsi, pour l'OCI (Organisation de la conférence islamique) «l'islam constitue davantage qu'une religion, au sens occidental du terme, il lie de manière insécable le profane et le sacré, le spirituel et le temporel».** Et, de fait, si l'islam a bien une **dimension religieuse** - une conception de Dieu, des lieux saints, un culte et des bâtiments dédiés à celui-ci -, il a également une **dimension sociale**,

avec, en particulier, la place qu'il donne à la communauté des croyants comme instance de contrôle des manières d'être de chacun de ses membres.

Une question majeure, quand il s'implante en Occident, est de savoir si cette dimension extra-religieuse mérite de bénéficier de la protection des «*religions*» au sens qui lui était donnée quand les lois relatives à la liberté religieuse y ont été conçues. **La question se pose d'autant plus que, dans ce registre extra-religieux, l'islam est à bien des égards en opposition avec les valeurs cardinales de l'Occident, telles la liberté de conscience (un musulman ne peut librement se convertir à une autre religion) ou l'égalité de traitement entre les hommes et les femmes.** Les mouvements d'émancipation de l'individu qui foisonnent au sein des pays musulmans ne se trompent pas sur le rôle de cette dimension de l'islam, comme le montre encore l'exemple iranien.

L'intrication entre le religieux et le social est telle dans l'islam qu'il est impossible de les séparer

Mais, est-il souvent affirmé, l'intrication entre le religieux et le social est telle dans l'islam qu'il est impossible de les séparer. Or, une telle affirmation n'est nullement justifiée. **Un parfait révélateur de la frontière qui sépare le religieux d'un côté du social de l'autre dans l'islam relève des différences entre la place faite aux femmes dans l'un et l'autre registre.**

Méfiance misogynie

Dans le registre proprement religieux, l'islam traite hommes et femmes à parité. Quand le Coran énumère «*ceux pour lesquels Dieu a préparé un pardon et une récompense sans limites*», il rassemble, en toute égalité, «*ceux qui sont soumis à Dieu et celles qui lui sont soumises, les croyants et les croyantes, les hommes pieux et les femmes pieuses, les hommes sincères et les femmes sincères, les hommes patients et les femmes patientes, les hommes et les femmes qui redoutent Dieu, les hommes et les femmes qui font l'aumône, les hommes et les femmes qui jeûnent, les hommes chastes et les femmes chastes, les hommes et les femmes qui invoquent souvent le nom de Dieu*» (Coran, XXXIII, 35). Les pratiques proprement religieuses, associées aux cinq piliers de l'islam - la profession de foi, les cinq prières quotidiennes, le jeûne du ramadan, l'aumône aux nécessiteux, le pèlerinage à La Mecque - concernent identiquement les hommes et les femmes.

L'ambiguïté de l'islam, à la fois religion soucieuse d'éclairer les âmes et projet social ardent à contraindre les corps, est largement mise à profit pour travestir en expression d'une démarche religieuse personnelle ce qui relève en fait de l'instauration d'un ordre social sous le contrôle de la communauté.

Philippe d'Iribarne

Par contre, cette parité ne se retrouve pas et de loin dans un registre social où «*les hommes ont clairement une prééminence*» (II, 228) : un homme vaut deux femmes en matière de témoignage (II, 282) comme d'héritage (IV, 11) ; les hommes peuvent décider de «*répudier leurs femmes*» (II, 227), et non l'inverse. Les femmes, et non les hommes, constituent un objet de méfiance qui demande un strict contrôle : «*Admonestez celles dont vous craignez l'infidélité ; reléguez-les dans des chambres à part et frappez-les*» (IV, 34). C'est ce registre social qui détermine les conditions dans lesquelles les femmes peuvent «*montrer leurs atours*» ; cela leur est permis si c'est «*à leurs serviteurs mâles incapables d'actes sexuels*» (XXIV, 31) ou si, l'âge venu, elles «*ne peuvent plus enfanter*» (XXIV, 60).

L'ambiguïté de l'islam, à la fois religion soucieuse d'éclairer les âmes et projet social ardent à contraindre les corps, est largement mise à profit pour travestir en expression d'une démarche religieuse personnelle ce qui relève en fait de l'instauration d'un ordre social sous le contrôle de la communauté. **Le droit de chacun à pratiquer librement sa religion est mis en avant pour détourner l'attention de la pression**

collective visant à imposer une manière de vivre. Ainsi, toute limite apportée à l'imposition d'une tenue islamique, dimension fondamentale d'un ordre social, est présentée comme un refus de respecter le droit des musulmanes pieuses à pratiquer leur religion.

Nous souffrons d'un imaginaire politique qui ne veut connaître que le terme abstrait de « religion » sans rien savoir des réalités sociales que ce terme évoque, et au premier chef de leur dimension extra-religieuse. C'est quand on ignore ces réalités que les propos d'Édouard Philippe paraissent attentatoires à l'égalité des religions. **Une application correcte du principe d'égalité entre religions exigerait que l'on distingue bien, au sein de chacune des entités auxquelles il est courant d'associer ce terme, ce qui relève effectivement d'une religion, et qui mérite de bénéficier du respect de la liberté de religion, et ce qui relève de l'imposition d'un ordre social, qui doit être traité en fonction de son degré de conformité aux valeurs de liberté et d'égalité auxquelles l'Occident est attaché.** C'est pour ne pas l'avoir fait que les pouvoirs publics sont sans cesse tiraillés entre la norme abstraite d'égalité des religions et la prise en compte de la réalité de l'islam.

Il est heureux qu'un lanceur d'alerte nous invite à y réfléchir.

29 septembre 2023 (Le Figaro)

[Immigration, américanisation, décivilisation: Jérôme Fourquet éclaire la métamorphose radicale de la France \(lefigaro.fr\)](#)

Immigration, américanisation, décivilisation: Jérôme Fourquet éclaire la métamorphose radicale de la France

Par [Jérôme Fourquet](#)

Publié il y a 2 heures



Jérôme Fourquet. *olivier coret pour le Figaro Magazine*

EXCLUSIF - Jérôme Fourquet explore, dans *La France d'après*, les tréfonds de notre société et dresse le tableau politique, mais aussi social, économique et culturel de notre pays. *Le Figaro Magazine* dévoile de larges extraits de ce futur classique qui remonte aux sources des bouleversements politiques en cours.

«Dans *La France sous nos yeux*, nous avons mis en perspective, Jean-Laurent Cassely et moi, **les spectaculaires mutations économiques, sociales, paysagères et culturelles que notre pays a connues du milieu des années 1980 à nos jours. De cette grande métamorphose est née ce que nous avons appelé «la France d'après», c'est-à-dire la France contemporaine, qui diffère singulièrement de la France d'avant.** Bien entendu, cette métamorphose économique et socioculturelle de grande ampleur n'a pas été sans incidence sur le plan électoral. Après la déflagration politique de 2017, le scrutin présidentiel et [les législatives de 2022](#) ont confirmé que le paysage partisan avait été «disrupté», pour reprendre un terme en vogue parmi les macronistes.

À la suite de ce très puissant effet de souffle, comparable à celui de la nitroglycérine maniée avec une belle maestria par James Coburn dans *Il était une fois la révolution*, **«les cartes [politiques] du pays sont devenues obsolètes»**, comme il est dit dans ce chef-d'œuvre cinématographique. La vision du champ de bataille est en effet saisissante. Le score cumulé de Valérie Pécresse et d'Anne Hidalgo, représentantes des deux formations ayant dominé la vie politique des dernières décennies, atteint... 6,5 % des suffrages exprimés ; Jean Lassalle (3,1 %) devance le candidat du Parti communiste (2,3 % pour Fabien Roussel) ; [Marine Le Pen](#) accède pour la seconde fois au second tour où, avec 41,5 %, des voix, elle pulvérise le plafond de verre auquel s'était heurté son père vingt ans plus tôt, lui qui n'avait réalisé que 17,8 %. Last but not least, un conseiller élyséen inconnu du grand public au début du quinquennat de François Hollande remporte l'élection présidentielle en 2017, puis réussit le tour de force de se faire réélire pour un second mandat, une première sous la Ve République, hors période de cohabitation.

Cette performance s'accompagne d'un **brouillage des points de repère traditionnels et d'évolutions spectaculaires des comportements électoraux**. Ainsi, le président sortant, initialement marqué au centre gauche, recueille au premier tour 46,8 % dans le XVI^e arrondissement de Paris, son score progressant de 20 points en cinq ans dans ce bastion de la droite! De son côté, Marine Le Pen vire en tête (26,5 %) à Château-Chinon, fief nivernais de François Mitterrand, ou à Carmaux (27,2 %), terre d'élection de Jean Jaurès.

Le vieux cadastre électoral ayant été totalement reconfiguré, il nous fallait redessiner et décrire cette nouvelle topographie. Pour ce faire, nous nous sommes inspirés du travail pionnier et fondateur d'**André Siegfried**, qui, il y a un peu plus de cent ans, avait publié son magistral *Tableau politique de la France de l'Ouest*. À sa manière, nous avons arpenté dans les deux sens du terme le territoire, collecté des données statistiques, dressé des cartes et tracé des graphiques mettant en regard tel ou tel paramètre sociologique ou économique avec les comportements électoraux. Si, dans la France de l'Ouest des débuts du XX^e siècle, encore très largement rurale, Siegfried accordait une attention particulière à la nature des sols ou au poids de la grande et de la petite propriété, les variables contextuelles «déterminant» le vote sont aujourd'hui de tout autre nature: prix du mètre carré, poids de l'économie touristique, intensité de la délinquance, etc.

Mahomet versus McDonald's

Dans la bataille pour l'hégémonie spirituelle et idéologique, le PC est confronté à une force religieuse qui n'est plus le catholicisme, mais l'islam... Une permanence politique, comme une mosquée, marque symboliquement un quartier ou une commune. **Avec 27 permanences communistes contre 82 mosquées, le PC est désormais nettement surclassé par l'islam du point de vue de la capacité à imposer l'hégémonie culturelle dans le cœur de l'ancienne banlieue rouge**. Tel un palimpseste, les paysages urbains de la **Seine-Saint-Denis** portent ainsi les traces des influences religieuses, idéologiques et culturelles qui se sont succédé sur ce territoire. Avec ses églises et la basilique de Saint-Denis, l'empreinte catholique affleure encore ponctuellement. Dans bon nombre de communes, l'urbanisme, le nom des rues et la survivance d'un maillage associatif et syndical constituant, quant à eux, le legs de l'hégémonie exercée par le PC pendant plusieurs décennies.

Dans les communes du «9-3» où subsistent les traces de cette strate culturelle marxiste-léniniste, les nombreux commerces halal, les mosquées et autres salles de prières ainsi que les pratiques vestimentaires (niqab et jilbab pour les femmes, qamis et barbe pour les hommes) attestent, de leur côté, de la prégnance de la couche musulmane en cours de sédimentation depuis une trentaine d'années dans le département, comme dans de nombreux autres quartiers et banlieues populaires partout en France.

Dans certains de ces territoires, c'est même l'idéologie islamiste radicale qui s'est enracinée. Mais l'observation des paysages de ces villes communistes ou anciennement communistes révèle également **qu'une autre couche culturelle, que nous appellerons la «couche yankee», s'est aussi massivement déposée**. Dans ces territoires, l'adresse d'un certain nombre de **restaurants McDonald's** illustre ainsi de manière hautement symbolique que nous avons changé de référentiel et que **la culture américaine a désormais pignon sur rue dans l'ancienne banlieue rouge**.

On rappellera que, dans les années 1950, l'implantation de Coca-Cola sur le marché français ne se fit pas sans peine. En pleine guerre froide, et alors que les communistes avaient quitté le gouvernement **en 1947, le Parti communiste s'opposa à ce que *L'Humanité* nomma alors la «Coca-colonisation» et voyait dans la petite bouteille noire une arme insidieuse visant à asseoir l'influence yankee en France. Pour le poète communiste Louis Aragon, le Coca-Cola relevait clairement de la civilisation américaine qu'il qualifiait de «civilisation des frigidaires»,** ayant avant tout vocation à ses yeux à fournir des glaçons au consommateur de Coca-Cola. Ironie de l'histoire, et signe de la victoire du soft power américain, c'est à Grigny, commune de l'Essonne dirigée par le PC depuis 1945, que Coca-Cola a implanté en 1986 l'un de ses cinq sites de production en France. Dernière illustration du télescopage des différentes influences culturelles et idéologiques dans ces territoires, on rappellera qu'Amedy Coulibaly, l'auteur de l'attentat djihadiste contre le magasin Hypercacher de la Porte de Vincennes et du meurtre d'une policière municipale à Montrouge en janvier 2015, avait travaillé quelques années plus tôt en

contrat de professionnalisation dans l'usine Coca-Cola de Grigny, ville où il avait grandi dans le quartier de la Grande Borne.



Devant la nécropole royale de Saint-Denis s'exposent les vêtements islamistes. *OLIVIER CORET/Le Figaro Magazine*

Le vote animaliste, symptôme de la déchristianisation

Les travaux de Maurice Agulhon ont montré que le Var avait été un département précocement déchristianisé. Cet élément joue sans doute également dans le score relativement élevé du Parti animaliste. D'une manière générale, on constate en effet que les zones où l'emprise du catholicisme a été la plus tardive correspondent la plupart du temps à des territoires de faible vote animaliste. Et inversement, les départements les plus anciennement déchristianisés sont en général des zones de force de ce parti. La correspondance entre ces deux phénomènes n'est pas fortuite. La couche culturellement religieuse catholique constitue un facteur limitant le vote animaliste, là où elle demeure encore un minimum présente. C'est assez logique dans la mesure où la distinction (et la supériorité) de l'homme sur l'animal a été théorisée et instituée par le catholicisme.

Les données de l'Ifop confirment ces observations. Le score du parti animaliste est proche de 0 % parmi les catholiques pratiquants. Il atteint 2 % auprès des non-pratiquants et 4 % parmi les personnes se déclarant sans religion. Au terme de cette analyse, l'émergence du vote animaliste, pour minoritaire qu'il soit, peut certes être considérée comme l'illustration d'une sensibilité croissante à la condition animale et comme la poursuite du cycle historique appelant à la création de nouveaux droits, désormais à accorder aux animaux. Mais on peut aussi l'analyser comme un symptôme d'un basculement anthropologique et du délitement terminal de la strate catholique.



Pour la défense des ours, le Parti animaliste est en première ligne. *christian BELLAVIA / Divergence*

Le prénom Kévin, emblème de la France populaire

Comme nous l'avions montré dans *L'Archipel français*, la prévalence des prénoms anglo-saxons au sein d'une population donnée constitue un bon indice de l'appartenance de ladite population aux milieux populaires. Ainsi, par exemple, c'est au RN que le nombre de candidats portant ce type de prénoms est le plus élevé (32 candidats), alors que c'est parmi les candidats de Renaissance qu'il y en a le plus faible nombre, 16 seulement, dont certains sont, de surcroît, candidats dans les circonscriptions des Français de l'étranger (et ayant souvent des ascendances anglo-saxonnes). Ce rapport du simple au double entre ces deux groupes illustre bien le fossé sociologique existant entre les deux électorats (et leurs représentants). Comme un symbole, le prénom Kévin, prénom emblématique s'il en est, fera pour la première fois de l'histoire son entrée au Palais-Bourbon lors de cette mandature avec l'élection de Kévin Pfeffer (6^e circonscription de Moselle) et de Kévin Mauvieux (3^e circonscription de l'Eure), tous les deux membres du RN, parti dirigé par un certain... [Jordan Bardella](#).

Le RN, parti des relégués de la société de consommation

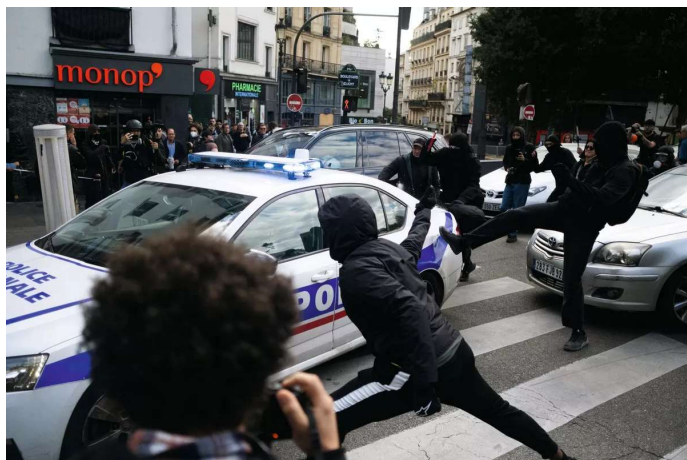
Dans un célèbre article paru en 1969, Georges Lavau avait forgé la notion de «*fonction tribunitienne*» qu'il appliquait au Parti communiste de l'époque. Cette fonction était définie comme la capacité à «*organiser et à défendre des catégories sociales plébéiennes [...] et à leur donner un sentiment de force et de confiance*». Pour le politologue, le PCF tenait le rôle du «*tribun de la plèbe*» de la République romaine. Cinquante ans après la parution de cet article, la définition que Lavau donnait des «*catégories sociales plébéiennes*» comme autant de catégories sociales «*exclues ou se sentant exclues des processus de participation au système politique, comme d'ailleurs du bénéfice du système économique et du système culturel*», peut être reprise au mot près. Mais les nouveaux plébéiens se sont trouvés un nouveau tribun: le Rassemblement national. En trente ans, le vote RN est devenu dominant dans les milieux populaires, alors qu'il demeure relativement contenu dans les classes moyennes et n'a pas progressé d'un iota du côté des cadres et des professions intellectuelles. Parallèlement, chez ces derniers, la vieille ligne de démarcation gauche/droite s'étant progressivement estompée au cours des dernières décennies, rien ne s'opposait plus à ce qu'émerge une offre fin des années 1960, il faut prendre en considération dans l'analyse une évolution majeure intervenue depuis cette époque, à savoir la place croissante (et centrale) occupée par la consommation et les loisirs dans la société. Car le sentiment d'être intégré ou exclu du «*système économique*» ne se pose plus uniquement au regard de l'emploi occupé ou de la position sociale acquise, mais aussi, et de plus en plus, en fonction de la capacité de chacun de participer plus ou moins largement à la société de consommation et de loisirs. Or, toujours pour paraphraser Lavau, les «*catégories sociales plébéiennes*» contemporaines se définissent aussi et surtout par leurs difficultés à accéder à des standards de consommation, érigés en norme sociale par la publicité, les émissions de télévision, les réseaux sociaux et la grande distribution.

Cette incapacité à s'offrir le *way of life* de la grande classe moyenne a constitué l'un des ressorts les plus puissants du mouvement des Gilets jaunes, qui ont d'ailleurs souvent bloqué l'accès aux zones commerciales et aux grandes surfaces. **De la même façon que Jacques Séguéla affirmait que «si à 50 ans, tu n'as pas ta Rolex, tu as raté ta vie», la France qui s'est mobilisée sur les ronds-points en novembre 2018 considère que «si à 40 ans, tu ne peux pas payer des Nike ou du Nutella à tes enfants, alors tu es cassos».**

Décivilisation

L'agressivité et la tension croissante s'observent dans tous les compartiments de la société, y compris dans les relations du quotidien entre individus. **Le sociologue Norbert Elias avait bien montré comment les sociétés européennes avaient connu, à partir du XVII^e siècle, ce qu'il appelait un «processus de civilisation». Progressivement, les mœurs s'étaient pacifiées en vertu du développement de la civilité et**

de la courtoisie. Les individus avaient, au fil du temps, intégré et adopté des mécanismes d'autocontrôle, et le recours à la violence ou les manifestations d'agressivité avaient été canalisés, puis proscrits des **normes sociales dominantes**. Or on peut faire l'hypothèse que cette couche de vernis civilisationnel, qui avait été patiemment déposée au fil des siècles, s'est fissurée au cours des dernières décennies.



Le 23 septembre dernier, les casseurs attaquent une fois de plus les policiers. *Paoloni Jeremy/ABACA*

Ce phénomène psychologique et anthropologique trouve notamment son origine dans ce que l'on pourrait appeler la «sacralisation absolue du moi», qui a abouti à la modification de la psyché collective. La façon d'élever les enfants a, par exemple, considérablement évolué par rapport aux années 1950-1960, avec l'avènement de l'«enfant-roi», placé au centre de la sphère familiale. Du fait d'une éducation moins contraignante et moins stricte, on installe très tôt dans l'esprit des individus l'idée qu'ils sont uniques et qu'ils ont de nombreux droits, ce **qui introduit souvent une rupture de l'équilibre entre droits et devoirs** et génère une moindre capacité psychologique à se conformer aux règles et aux interdits et à accepter les différents cadres d'autorité. Ainsi formaté psychiquement selon la matrice de l'enfant-roi, l'individu contemporain va ensuite évoluer à l'adolescence puis à l'âge adulte dans la société de consommation, qui a pour leitmotiv la satisfaction et la valorisation du **«client-roi»**, comme l'illustre le célèbre slogan de L'Oréal: **«Parce que vous le valez bien»**, martelé par la marque en France depuis 1997...

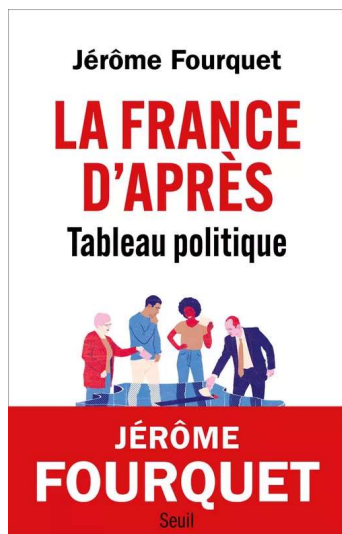
Cette incapacité à canaliser l'agressivité et la violence renvoie à une moindre maîtrise de la langue française

Cette incapacité à canaliser l'agressivité et la violence renvoie sans doute également à une moindre maîtrise de la langue française dans toute une partie de la population. Écoutons à ce propos le linguiste Alain Bentolila: **«L'insécurité linguistique, parce qu'elle condamne certains des élèves à un enfermement subi, à une communication rétrécie, rend difficile toute tentative de relation pacifique, tolérante et maîtrisée avec un monde devenu hors de portée des mots, indifférent au verbe... Cette impuissance linguistique impose alors que l'on utilise d'autres moyens pour imprimer sa marque: on altère, on meurtrit, on casse parce que l'on ne peut se résigner à ne laisser ici-bas aucune trace de son éphémère existence.»** Or plusieurs études statistiques ont établi la baisse significative de la maîtrise du français parmi les élèves. Ces lacunes, observées initialement chez les enfants et les adolescents, se retrouvent dans le comportement des cohortes générationnelles, au gré de leur avancée en âge, et donc progressivement dans l'ensemble de la société.

C'est ainsi que la moindre maîtrise de la langue française dans des pans entiers de la population contribue également au recours à la violence comme mode d'expression ou de règlement des différends. Cette toile de fond psychologique et anthropologique ne constitue pas un terreau très propice à la bonne réception d'un discours politique réclamant un État régalien à poigne et une justice plus sévère. Mais, dans le même temps, la moindre intégration des mécanismes d'autocontrôle - incivilités, non-respect des règles, refus de l'autorité et recours plus fréquent à la violence - ont suscité

dans une partie de la population, par un effet de *backlash* (retour de bâton), une puissante demande de reprise de contrôle et de sévérité sur le plan régalien, dont la dynamique frontiste constitue l'expression électorale.»

Extraits choisis par Alexandre Devecchio



La France d'après, tableau politique, Jérôme Fourquet, éditions du Seuil, 560 p., 24,90 €. *d*

29 septembre 2023 (L'Opinion)

[«Inwokuptible!» – la chronique de David Lisnard - l'Opinion \(lopinion.fr\)](#)

«Inwokuptible!» – la chronique de David Lisnard

Le wokisme n'est ni un fantasme ni une abstraction : né d'un souci louable d'égalité et de luttes contre les discriminations, il est devenu une vraie idéologie, indifférente au réel et à la logique, où l'inspiration originelle s'emballe dans un fanatisme aveugle qui finit par la contredire

Publié le 27 septembre 2023 à 15:57 - Maj 27 septembre 2023 à 17:10

David Lisnard



[L'essor du wokisme](#) dans les sociétés occidentales, et en particulier en France, est devenu un enjeu politique majeur.

Cette simple affirmation se heurtera d'emblée à des ruses rhétoriques éprouvées : le déni (« Le wokisme n'existe pas ! »), la minimisation (« Phénomène marginal ! ») et l'inversion accusatoire (« Fantasme d'extrême droite ! »). Peu importe, dirait-on, que ce mouvement, qui doit son nom même (woke, « éveillé ») à ses propres inspireurs, soit ultra-documenté, notamment au sein du monde associatif. Le témoignage en « immersion » de la chroniqueuse du *Point*, Nora Bussigny, sur « Les Nouveaux inquisiteurs », est à ce titre aussi édifiant et terrifiant que nécessaire.

Discriminations. De fait, le wokisme n'est ni un fantasme ni une abstraction : né d'un souci louable d'égalité et de luttes contre les discriminations, il est devenu une vraie idéologie, indifférente au réel et à la logique, où l'inspiration originelle s'emballe dans un fanatisme aveugle qui finit par la contredire.

C'est ainsi que l'égalité entre les hommes et les femmes tourne à la mise en accusation des premiers dont « un sur trois au moins est un agresseur » (sic) ; c'est ainsi que la lutte contre le racisme devient un procès contre une « blanchité » essentialisée et coupable de naissance. [Le wokisme](#), qui est à notre début de XXI^e siècle ce que le communisme et le fascisme furent au début du XX^e, a ainsi tous les traits d'une nouvelle « religion séculière », comme disait Raymond Aron, et le démontre dans ses ouvrages Jean-François Braunstein.

La traduction du wokisme est intellectuelle par le déconstructionnisme et opérationnelle par la cancel culture : dans les deux cas, il s'agit de détruire les structures mêmes d'une société supposée avoir généré dominations et aliénations « systémiques ». Cette société porte un nom : la démocratie libérale

Mais si le procès intellectuel du wokisme est désormais bien instruit, sa prégnance dans notre vie quotidienne ne fait que se renforcer : formations « égalité et diversité », « Violences sexistes et sexuelles » (VSS) dans nos entreprises et nos institutions (jusqu'au Conseil d'Etat) ; modules très gender-fluid « d'éducation à la sexualité » dans l'éducation nationale et autres sextutos très explicites sur le site de Santé publique France ; courriers officiels rédigés en écriture inclusive ; ou encore réécriture d'œuvres littéraires et mise aux normes du politiquement correct des films et des séries, que vient de retracer avec science et malice le jeune essayiste Samuel Fitoussi dans *Woke Fiction*.

Déconstructionnisme. Car ne nous y trompons pas : la traduction du wokisme est intellectuelle par le déconstructionnisme et opérationnelle par la cancel culture : dans les deux cas, **il s'agit de détruire les structures mêmes d'une société supposée avoir généré dominations et aliénations « systémiques ».** Cette société porte un nom : **la démocratie libérale. Elle est justement le produit de siècles de combats émancipateurs, oubliés ou bafoués par les Wokes.**

Que la police, comme on l'a encore vu samedi dernier, soit la cible privilégiée des tirs croisés (au sens propre comme au figuré) de tous ces activistes, **« intersectionnalité »** oblige, ne saurait dans un tel contexte **surprendre**, mais elle ne peut qu'alerter le responsable politique comme le citoyen. La police, détentrice du monopole de la violence légitime de l'Etat, est la première garante de l'ordre public comme des libertés privées, car – **c'est la base même des théories du contrat social – il n'est pas de liberté sans sécurité au service de la justice : elle est donc l'obstacle à abattre en priorité pour toute entreprise révolutionnaire digne de ce nom.**

On m'objectera que « la haine du flic » n'est pas nouvelle sous le soleil de la contestation radicale ; que « CRS, SS ! » fut il y a cinquante-cinq ans le cri de ralliement de la jeunesse estudiantine, comme **le maoïsme en fut la tentation totalitaire. Mais ce qui est nouveau dans le wokisme est la complaisance, voire la participation active de responsables publics et privés** : des institutions universitaires et culturelles, via les « référents égalité » et les cahiers des charges des mécanismes de soutien, aussi bien nationaux qu'européens ; **des grandes entreprises**, à la fois par facilité de management interne et comme outil de segmentation marketing (autant de micro-publics, autant de marchés !).

Les maoïstes de jadis, eux, ne pouvaient guère compter sur l'administration d'Etat et encore moins sur le patronat

Les maoïstes de jadis, eux, ne pouvaient guère compter sur l'administration d'Etat et encore moins sur le patronat. Que l'on sache, La Cause du Peuple ne recevait pas de subventions publiques et les « Mao spontex » ne donnaient pas des formations chez l'ennemi de classe...

Universalisme. Ce qui est en cause n'est rien moins que notre universalisme républicain, expression parfois passe-partout de la langue de bois politique, mais qui, dans son intuition profonde, est précisément le refus de la dictature des appartenances, **la promesse d'émancipation par le partage d'un espace civique commun et la construction de la seule identité au sens propre du terme, cette « ipséité » chère à Paul Ricœur** : celle de l'individu.

Ce qui est en cause n'est rien moins que la liberté : **liberté académique, liberté de création, liberté d'expression, liberté de conscience même**, comme on l'a vu dans [la récente affaire de l'abaya](#), véritable diktat communautariste imposé aux jeunes filles de culture musulmane.

Ce qui est enfin en cause est la transmission d'une culture qui n'a pas à être réécrite et encore moins abolie, mais remobilisée et régénérée pour faire face aux vrais enjeux de notre temps.

C'est pour toutes ces raisons que la France, qui place encore haut [ces valeurs d'universalisme](#), de liberté et de transmission culturelle, est particulièrement visée, de la tribune de l'ONU à celle du Parlement européen, et régulièrement brocardée dans la presse étrangère, parfois même sous des plumes françaises.

Mais c'est pour ces mêmes raisons qu'elle peut jouer un rôle de premier plan dans la résistance qui s'esquisse un peu partout – des Etats-Unis à la Suisse, du Québec à la Grande-Bretagne – à l'emprise orwellienne du wokisme.

« Inwokuptible » : ainsi va la France !

David Lisnard est président de Nouvelle énergie, maire de Cannes.

28 septembre 2023 (Skeptical Inquirer)

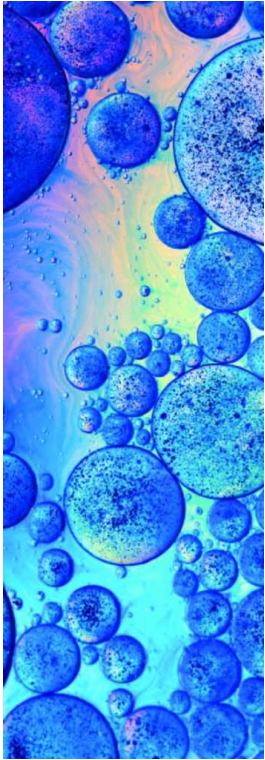
[The Ideological Subversion of Biology | Skeptical Inquirer](#)

The Ideological Subversion of Biology

[Jerry A. Coyne and Luana S. Maroja](#)

From: [Volume 47, No. 4](#)

July/August 2023



SUMMARY: Biology faces a grave threat from “progressive” politics that are changing the way our work is done, delimiting areas of biology that are taboo and will not be funded by the government or published in scientific journals, stipulating what words biologists must avoid in their writing, and decreeing how biology is taught to students and communicated to other scientists and the public through the technical and popular press. We wrote this article not to argue that biology is dead, but to show how ideology is poisoning it. The science that has brought us so much progress and understanding—from the structure of DNA to the green revolution and the design of COVID-19 vaccines—is endangered by political dogma strangling our essential tradition of open research and scientific communication. And because much of what we discuss occurs within academic science, where many scientists are too cowed to speak their minds, the public is largely unfamiliar with these issues. Sadly, by the time they become apparent to everyone, it might be too late.

We’re all familiar with the [culture wars](#) that pit progressive Leftists against centrists and those on the Right. In the past, those skirmishes dealt with politics and sociocultural issues and in academia were restricted largely to the humanities. But—apart from [the “sociobiology wars” of the seventies](#) and our perennial battles against creationism—we biologists always thought that our field would avoid such struggles. After all, scientific truth would surely be immune to attack or distortion by political ideology, and most of us were too busy working in the lab to engage in partisan squabbles.

We were wrong. Scientists both inside and outside the academy were among the first to begin politically purging their fields by misrepresenting or even lying about inconvenient truths. Campaigns

were launched to strip scientific jargon of words deemed offensive, to ensure that results that could “harm” people seen as oppressed were removed from research manuscripts, and to tilt the funding of science away from research and toward social reform. The American government even refused to make genetic data—collected with taxpayer dollars—publicly available if analysis of that data could be considered “stigmatizing.” In other words, science—and here we are speaking of all STEM fields (science, technology, engineering, and mathematics)—has become heavily tainted with politics, as “progressive social justice” elbows aside our real job: finding truth.

In biology, these changes have been a disaster. By diluting our ability to investigate what we find intriguing or important, withholding research support, controlling the political tone of manuscripts, and demonizing research areas and researchers themselves, ideologues have cut off whole lines of inquiry. This will decrease human wellbeing, for, as all scientists understand—and as [the connection between heat-resistant bacteria and PCR tests demonstrates](#)—[we never know what benefits can come](#) from research driven by pure curiosity. But nourishing curiosity has a value all its own. After all, it doesn’t make us healthier or wealthier to study black holes or the Big Bang, but it certainly enriches our lives to know about such things. Thus, the erosion of academic freedom in science by progressive ideology hurts us both intellectually and materially.

Although biology has clashed with ideology at other times and places (e.g., [the Soviet Lysenko affair](#), creationism, and the anti-vax movement), the present situation is worse, for it affects *all* scientific fields. What’s equally unfortunate is that scientists themselves—helped along by university administrators—have become complicit in their own muzzling.

Here we give six examples of how our own field—evolutionary and organismal biology—has been impeded or misrepresented by ideology. Each example involves a misstatement spread by ideologues, followed by a brief explanation of why each statement is wrong. Finally, we give what we see as the ideology behind each misstatement and then assess its damage to scientific research, teaching, and the popular understanding of science. Our ultimate concern is biology research—the discovery of new facts—but research isn’t free from social influence; it goes hand in hand with teaching and the public acceptance of biological facts. If certain areas of research are stigmatized by the media, for example, public understanding will suffer, and there will follow a loss of interest in teaching as well as in research in these areas. By cutting off or impeding interest in biology, the misrepresentation or stigmatization by the media ultimately deprives us of opportunities to understand the world.

We concentrate on our own field of evolutionary biology because it’s what we feel most compelled to defend, but we add that related ideological conflicts are common in sciences such as [chemistry](#), [physics](#), [math](#), and even [computer science](#). In these other areas, however, the clashes involve less denial of scientific facts and more effort toward purifying language, devaluing traditional measures of merit, changing the demographics of scientists, drastically altering how science is taught, and [“decolonizing” science](#). Evolutionary biology has been especially susceptible to attacks on scientific truth because it deals with the most fraught topic of all: the origin and nature of *Homo sapiens*. We begin with a misconception about our species that’s become quite common.

1. Sex in humans is not a discrete and binary distribution of males and females but a spectrum. This statement, one of the [most common](#) political distortions of biology (e.g., Ainsworth 2018), is wrong because nearly every human on earth falls into one of two distinct categories. Your biological sex is determined simply by whether your body is designed to make large, immobile gametes (eggs, characterizing females) or very small and mobile gametes (sperm, characterizing males). Even in plants we see the same dichotomy, with pollen producing the tiny sperm and ovules carrying the large eggs. The size difference can be huge: a human egg, for instance, has *ten million times* the volume of a single sperm. And each gamete is associated with a complex reproductive apparatus that produces it. It is the bearers of these two reproductive systems that biologists recognize as “the sexes.”



Because no other types of gametes exist in animals or vascular plants, and we see no intermediate gametes, there is no third sex. [Although many species of animals and flowering plants have hermaphrodites](#), these simply combine male and female functions (and gametes) within single individuals and don't constitute a "third sex." Further, developmental issues can sometimes produce people who are intersex, including hermaphrodites. Developmental variants are very rare, constituting only [about one in 5,600 people \(0.018 percent\)](#), and also don't represent "other sexes." (We know of only two cases of true human hermaphrodites who were fertile, but one individual was [fertile only as a male](#) and the other [only as a female](#).)

Only in protists, fungi, and algae do we find more than two distinct classes of individuals having gametes of the same size ("isogamous"), with individuals able to mate with members of any class but their own. If you relax the definition of sexes, these could be viewed as multiple sexes, but to avoid confusion biologists call them "mating types."

[For all practical purposes, then, sex is a binary](#)—not just in humans but in all animals and plants. And it's a binary because natural selection has *avored* the evolution of a binary. In 1958, the famous evolutionist Ronald Fisher [posed the crucial question](#): "No practical biologist interested in sexual reproduction would be led to work out the detailed consequences experienced by organisms having three or more sexes; yet what else should he do if he wishes to understand why the sexes are, in fact, always two?"

Although it's not really necessary to have two discrete gamete types to obtain the well-established [advantage of sexual reproduction](#), the evolution of the sexual binary has happened [multiple times](#). Both [biological observation](#) and [mathematical models](#), whose messy details we can ignore, show why the number two is ubiquitous. Beginning with an ancestral species having gametes of equal size ("isogamy"), natural selection often promotes the splitting of the population into two groups of individuals having very different gametes ("anisogamy")—either small and mobile ones or large and immobile ones. Two sexes have thus evolved, and henceforth the species will resist the invasion of individuals having other types of gametes—that is, other new sexes.

We can see the stability of the two-sex condition by realizing that [what triggers the development of males versus females varies widely across species](#). Different sexes can be based on different chromosomes and their genes (e.g., XX vs. XY in humans, ZW vs. ZZ in birds, individuals with like chromosomes being female in mammals and male in birds); different rearing temperatures (crocodiles and turtles); whether you have a full or half set of chromosomes (bees); whether you encounter a female (marine worms); and a host of other social, genetic, and environmental factors. Natural selection has independently produced diverse pathways to generate the sexes, but at the end there are just two destinations: males and females. And so we have an evolved and objectively recognized dichotomy—not an arbitrary spectrum of sexes.

But despite the facts, the dichotomy of sex—especially in humans—has recently come under ideologically based attacks. Even in apparently objective discussions of sex and gender, individuals are

often said to have been *assigned* their sex at birth (e.g., “AFAB”: [assigned female at birth](#)), as if this were an arbitrary decision by doctors—a “social construct”—rather than *an observation of biological reality*. Even the Society for the Study of Evolution, which should know better, was swayed by ideology to publicly declare that [biological sex should be viewed as a continuum](#). Teachers have been hounded [out of their jobs](#) and deprived of their classes simply for [declaring that human sex is binary](#). As we’ll see, this controversy comes from a deliberate conflation of a biological reality, the sexes, with a social construct, genders.

Denying the dichotomy of sex prevents us from understanding one of biology’s most fascinating generalizations: the difference between males and females in behavior and appearance. The color, ornamentation, large size, and weapons of males compared to their absence in females, a difference seen in species such as deer, birds, fish, and seals, result from *sexual selection*: the process, [first suggested by Darwin](#), in which males compete with each other for access to females. This involves either direct antagonism between males, as in the jousting of deer, or by males appealing to female preferences through their color, ornaments, and behavior. And this near-universal observation in nature ultimately comes from females investing more in reproduction than males, starting with those big and metabolically expensive eggs.

Ultimately, this puts the burden of parental care largely on females. Tied up in offspring production and rearing, females thus become the sex less available for mating, even when the ratio of males to females is 1:1. Sexual selection also explains behavior: why, in most species—including our own—males are more promiscuous than females, who are picky about their mates. For a male, fertilization involves merely expending a teaspoon or so of sperm, while for females eggs are few and expensive, pregnancy is long, and then there are those pesky offspring to tend and feed—for years in humans. Antlers, plumes, peacock’s tails, elaborate male mating dances, bird songs: these and a host of other traits make sense only as the evolutionary results of having different-size gametes.

Why do so many people resist the sex binary? Because it’s in their ideological interest to conflate biological sex with *gender*—one’s social identity or sex role. Unlike biological sex, gender does form more of a continuum (online lists give [dozens of genders](#)). Still, gender distributions are camel’s-hump *bimodal*: most people conform to male and female gender roles, but there are many more intermediates than we see for biological sex.

And why do people distort the truth? We suspect that some of those whose gender doesn’t correspond to one of the two biological sexes, and their allies, want to redefine sex so that, like gender, it forms more of a continuum. While jettisoning the sex binary is meant well, it also severely distorts scientific fact—and all the evolutionary consequences that flow from that fact.

2. All behavioral and psychological differences between human males and females are due to socialization. Evolution and genetics are often claimed to play *no role* in these differences. This is [the well-known “blank slate” ideology](#), which asserts that all humans, including males and females, are born with the propensity to behave in similar ways, and whatever behavioral or psychological differences we see among groups derive purely from socialization, including economic or environmental influences.

To a biologist, this kind of blank-slateism—which may stem partly from the Marxist faith in the infinite malleability of humans—is profoundly wrong. Multiple studies clearly show that there are *average* differences between men and women in [a long list of behaviors influenced by biology](#), including sexual interests, parental care, aggression, degree of promiscuity, risk-taking, interest in people versus things, empathy, fearfulness, spatial abilities, violence, and traits connected to social relations. It’s important to realize that we’re talking about *averages* here: there’s a lot of overlap between the distributions of male and female behaviors, so individuals can show characteristics seen more often in the other sex. Some women, for example, are more aggressive than the average man.

And we must add that socialization is a likely contributor—perhaps a major one—to many behavioral differences between men and women.

But can we assert that these average differences result *solely* from socialization? No. It's likely that the average differences in the behaviors listed above not only have a biological basis but an evolved and genetic one. That is, it's certain that, over millions of years, natural selection caused some behaviors of males and females to diverge. How do we know this? By using multiple criteria, including evaluating the general likelihood of an adaptive explanation; looking for behavioral parallels in other species (especially our closest primate relatives); determining whether a sex difference in behavior is ubiquitous among different human cultures, including hunter-gatherers; testing whether the behavior is influenced by reproductive hormones such as testosterone; and seeing if the behavior appears at the expected time of development. Risk-taking and male-male aggression, for example, are strongest during the peak reproductive years of young adulthood—just as we expect if these are behaviors that evolved to help men secure mates.

But to many, even suggesting a biological basis for sex differences in behavior is taboo, perceived as a kind of misogyny. A recent example is Chelsea Conaboy's declaration in *The New York Times* that [“Maternal instinct is a myth that men created.”](#) Here she argues that well-known differences between men and women in attentiveness and behavior toward their children is due entirely to socialization. The obvious retort from biology is that while some human societies do force the burden of maternal care onto women, the greater attentiveness of mothers than fathers to their children—attentiveness triggered by cues such as hormones, lactation, infant crying, and the sight of babies—is seen not only in every human society but, more important, also [in thousands of other animal species, including our closest primate relatives](#). Tellingly, these other species lack the social pressures that, to blank slates, explain sex differences. It would be an odd coincidence indeed if misogyny and the patriarchy just happen to create a situation in humans identical to that seen in our evolutionary cousins—as well as in our more distant relatives.

The false idea that human males and females are born biologically identical in behavior and psychology is a form of what we call “biological egalitarianism.” This is the view that all groups *must* be essentially the same in important aspects of their biology because if they weren't, one might be tempted to slide from nonidentity into “inequality” and from there into bigotry, misogyny, and other discriminatory behaviors. But as we'll see, there's no logical connection between what we see in nature and how we should regard the dignity, rights, and liberties of different individuals or groups. The first is a matter of reality, the second a matter of ethics—how we rationally construct morality.

3. Evolutionary psychology, the study of the evolutionary roots of human behavior, is a bogus field based on false assumptions. The biologist P.Z. Myers joined several other critics of this field (once called sociobiology) when he asserted that: [“The fundamental premises of evo psych \[evolutionary psychology\] are false.”](#) Even social psychologists, who almost universally accept evolution itself, [are far less enthusiastic](#) about the idea that evolution explains important aspects of human psychology, social attitudes, and preferences.

But Myers's widely accepted view is [misguided](#), for the fundamental premise of evolutionary psychology is simply this: *our brains and how they work—which yield our behaviors, preferences, and thoughts—sometimes reflect natural selection that acted on our ancestors*. Nobody denies this for our bodies—palimpsests of once-adaptive traits that are no longer useful (wisdom teeth, tailbones, and transitory coats of hair in embryos)—but opponents of evolutionary psychology deny it for our behaviors. But there is no scientific reason for such duality. Why on earth should our bodies reflect millions of years of evolution while our behaviors, thoughts, and psychology, molded by the very same forces, are somehow immune to our past? The only way this could be true is if human behaviors lacked genetic variation, a *sine qua non* for evolution. Yet research has shown that [our behaviors are among the most genetically variable human traits!](#)

And so the “sociobiology wars” of the seventies, launched by E.O. Wilson’s eponymous book, continue under a new name, but the subject remains human exceptionalism—the view that we’re somehow nearly free of the evolutionary forces that molded behavior in other species. It’s true that the early days of evolutionary psychology included some “soft” research that proposed dubious and untestable adaptive hypotheses for our behavior, but now the field has reached an explanatory [maturity that has to be taken seriously](#).

Indeed, evolutionary psychology explains, to our best knowledge, several human behaviors. These include why we favor kin over non-kin—and closer kin over more distant kin—why we mistreat stepchildren more frequently than biological children, why males are more aggressive than females, the difference in promiscuity and sexual proclivity between men and women, why men show more sexual jealousy than women, why certain facial expressions convey emotions, why we have fears of snakes and spiders and show disgust at bodily fluids, and why we hunger for sugars and fats. Indeed, some of our behaviors, like the propensity to eat things that are no longer healthy, constitute features useful in our ancestors but now useless or even harmful.

By walling off a huge area of research and teaching that involves human nature, the ideological vilification of evolutionary psychology prevents us from understanding our own species. [As two evolutionary psychologists noted](#), “Not a single degree-granting institution in the United States, to our knowledge, requires even a single course in evolutionary biology as part of a degree in psychology—an astonishing educational gap that disconnects psychology from the rest of the life sciences.” Without such knowledge, we’re left with “social constructs” and “societal expectations” as the sole source of our behaviors, explanations that utterly fail to explain the observed data. It goes without saying that when dealing with any human problems involving behavior, it’s best to have the fullest possible explanations, both social and biological.

The dismissal of evolutionary psychology is motivated by a blank slate ideology of human nature that sees humans as almost infinitely malleable, with few genetic constraints on our behaviors. We’ve already mentioned that Marxism has almost certainly influenced this attitude, which arose on the Left. More reasons are outlined in Steven Pinker’s book *The Blank Slate: The Modern Denial of Human Nature*. They include a disdain for biological determinism; a belief that things that can be learned, such as language, cannot *at the same time* involve capacities that have evolved; the false view that biology is destiny—that what is inherited cannot be changed—and a flat denial that biology plays a large role in human behavior, including similarities *and* differences between individuals or groups. As we’ll see, studying genetic differences between individuals or groups is especially taboo, for that work is said to promote bigotry and even eugenics.

4. We should avoid studying genetic differences in behavior between individuals. The default assumption of many people, especially those adhering to blank slate-ism, is that the genetic differences between people in traits such as educational achievement, IQ, and similar traits shouldn’t be studied. In some cases, the very existence of genetic differences is denied despite strong supporting evidence from various lines of research, such as twin studies. Such work is thought to inevitably produce ranking of people, a promotion of bigotry, and an unfair sorting of individuals onto different educational tracks. And yet even within a single ethnic group (e.g., the American descendants of Europeans), variation in virtually every trait, be it physical or behavioral, has an appreciable genetic component. This goes for traits such as height, blood pressure, the tendency to smoke or drink, neuroticism, and cognitive abilities and educational attainment. For the last two traits, [more than half the variation among individuals is based on variation in their genes](#). It’s important to realize, though, that these measures reflect variation *within* a population and say nothing about the basis of differences *between* populations or ethnic groups.

This kind of study has become more useful since science developed techniques to sequence the DNA of an individual’s entire genome. With that information, and sequencing many individuals, you can correlate each variable DNA position (i.e., single nucleotide bases) with various traits of individuals,

determining which bits of the DNA are correlated with variation in a selected trait. This kind of study ([genome-wide association studies, or GWAS](#)) has, for example, turned up [nearly 4,000 areas of the genome](#) associated with educational attainment. Fascinatingly, many of these genes [are active mainly in the brain](#). Using GWAS studies, it's now possible to make fairly accurate predictions about a person's appearance, behavior, academic achievement, and health simply by analyzing the DNA of an individual and calculating their individual "polygenic scores" based on large samples of their population. This can even be done on fetal DNA.

GWAS analysis offers many possibilities for helpful intervention, especially by monitoring individuals for health conditions they're genetically liable to develop. The usefulness of GWAS scores for educational achievement, however, [is far more controversial](#). Although genetic differences play a role in many aspects of what we consider "intelligence," right now it's easier to equalize people's prospects via social and educational reforms than by using polygenic scores.

Yet understanding genetic variation underlying educational outcomes might one day be useful. For instance, if we discover genetic variants that respond particularly well to educational or social interventions, it might be possible to target these individuals early on. These genetic studies could help identify environmental effects as well: If two people with identical polygenic scores wind up with very different lives, how did their environments differ? This is why doing such research, despite the controversy, is still worthwhile.

Most people wouldn't object to knowing their genetic liability to develop diseases, but that doesn't extend to work on behavior and cognition. The resistance to those studies rests on a blank-slate view of human nature that rejects any genetic determinism and argues that we can almost fully overcome any genetic influences on behavior. Genetic studies of anything beyond physical traits and disease are, it's claimed, linked with eugenics and similar acts of bigotry in the past.

In fact, the fear and avoidance of behavior-genetic research is so strong that even the National Institutes of Health [defines races solely as social constructs](#) and has [limited researchers' access to public, taxpayer-funded databases](#) containing information about the genetic constitution, health, education, occupation, and income of anonymous individuals. This restriction apparently applies even to studies that don't involve differences between races, and so it appears to be [the U.S. government's attempt to stifle research on behavioral genetics in general](#)—especially behaviors related to academic and social success.

5. "Race and ethnicity are social constructs, without scientific or biological meaning." This is the elephant in the room: the claim that there is no empirical value in studying differences between races, ethnic groups, or populations. Such work is the biggest taboo in biology, claimed to be inherently racist and harmful. But the assertion heading this paragraph, a direct quote [from the editors of the Journal of the American Medical Association](#), is wrong.



Before we handle this hot potato, we emphasize that we prefer the words *ethnicity* or even *geographic populations* to *race*, because the last term, due to its historical association with racism, has simply

become too polarizing. Further, old racial designations such as *white*, *black*, and *Asian* came with the erroneous view that races are easily distinguished by a few traits, are geographically delimited, and have substantial genetic differences. In fact, the human species today comprises geographically continuous groups that have only small to modest differences in the frequencies of genetic variants, and there are groups within groups: potentially an unlimited number of “races.” Still, human populations do show genetic differences from place to place, and those small differences, summed over thousands of genes, add up to substantial and often diagnostic differences between populations.

Even the old and outmoded view of race is not devoid of biological meaning. [A group of researchers](#) compared a broad sample of genes in over 3,600 individuals who self-identified as either African American, white, East Asian, or Hispanic. DNA analysis showed that these groups fell into genetic clusters, and there was a *99.84 percent match* between which cluster someone fell into and their self-designated racial classification. This surely shows that even the old concept of race is not “without biological meaning.” But that’s not surprising because, given restricted movement in the past, human populations evolved largely in geographic isolation from one another—apart from “Hispanic,” a recently admixed population never considered a race. As any evolutionary biologist knows, geographically isolated populations become genetically differentiated over time, and this is why we can use genes to make good guesses about where populations come from.

More recent work, taking advantage of our ability to easily sequence whole genomes, confirms a high concordance between self-identified race and genetic groupings. One [study of twenty-three ethnic groups](#) found that they fell into seven broad “race/ethnicity” clusters, each associated with a different area of the world. On a finer scale, genetic analysis of Europeans show that, remarkably, a map of their genetic constitutions [coincides almost perfectly with the map of Europe itself](#). In fact, the DNA of most Europeans can narrow down their birthplace to [within roughly 500 miles](#).



Of what use are such ethnicity clusters? Let’s begin with something many people are familiar with: the ability to deduce one’s personal ancestry from their genes. If there were no differences between populations, this task would be impossible, and “ancestry companies” such as 23andMe wouldn’t exist. But you don’t even need DNA sequences to predict ethnicities quite accurately. Physical traits can sometimes do the job: AI programs can, for instance, predict self-reported race [quite accurately](#) from just [X-ray scans of the chest](#).

On a broader scale, genetic analysis of worldwide populations has allowed us to not only trace the history of human expansions out of Africa (there were several), but to assign dates to when *H. sapiens* colonized different areas of the world. This has been made easier with recent [techniques for sequencing human “fossil DNA.”](#) On top of that, we have fossil DNA from groups such as Denisovans and Neanderthals, which, in conjunction with modern data, tells us these now-extinct groups bred in

the past with the ancestors of “modern” *Homo sapiens*, producing at least some fertile offspring (most of us have some Neanderthal DNA in our genomes). Although archaeology and carbon dating have helped reconstruct the history of our species, these have largely been supplanted by sequencing the DNA of living and ancient humans.

Further, there’s medical value in genetic studies of populations. A fair number of genetic diseases, for example, are [associated \(though not absolutely\) with ethnicity](#): maladies such as Tay-Sachs disease, sickle cell anemia, cystic fibrosis, and hereditary haemochromatosis. These associations make both diagnosis and prenatal counseling more efficient, for one can use ethnicity to focus on possible medical issues. The incidence of ailments such as heart disease, cancer, and diabetes also differs among ethnic groups, but these diseases have both genetic and environmental causes, so treating them requires considering diet and lifestyle. Still, genetic analysis of individuals and groups could help [with even these complex ailments](#). GWAS analysis based on ethnic-specific studies, for instance, might give estimates of the risk of various illnesses by testing infants or even fetuses. If you know you’re at risk, then monitoring your lifestyle can reduce the chance of getting seriously ill when you’re older.

Fortunately, GWAS data for different ethnic groups are beginning to be collected, and medical researchers already recognize that studies of different ethnicities are essential to both understanding disease and reducing health disparities. This is because genetic results from one group may not generalize to results from other groups. [A recent GWAS analysis of dementia](#), for instance, discovered that some regions of the genome increase the risk in African Americans but not white Americans. This implies that some genes able to predict future dementia will differ between these groups and that possible interventions or cures might differ as well.

Finally, there are forensic reasons for associating genetics with ethnicity. These involve predicting what a perpetrator or victim might look like (e.g., facial features or the color of eyes, skin, and hair) from a sample of blood, tissue, or semen or, when using ancient DNA, predicting how ancient people might have looked. We know now, for instance, that [some Neanderthals had pale skin and red hair](#) and that [dark skin and blue eyes](#) might have been common in European *Homo sapiens* a few thousand years ago.

But the central question about genetics in the culture wars involves *behavioral* characteristics of different populations and ethnic groups, with differences in intelligence being the subject deemed most taboo. In light of the checkered history of this work, it behooves any researcher to tread lightly, for virtually any outcome save worldwide identity of populations could be used to buttress bias and bigotry. Indeed, even writing about this subject has led to [sanctions on many scientists](#), who have “found themselves denounced, defamed, protested, petitioned, punched, kicked, stalked, spat on, censored, fired from their jobs and stripped of their honorary titles.” A well-known example is Bo Winegard, an untenured professor in Ohio [who was apparently fired](#) for merely [suggesting the possibility](#) that there were differences in cognition among ethnic groups. This is why most biologists stay far away from this topic.

The taboo is not whether there are *observable differences* in IQ and life outcomes between groups, for these are [well known](#) and easily measured using standardized [tests](#). Rather, the issue is what causes these disparities: genetic differences, societal issues such as poverty, past and present racism, cultural differences, poor access to educational opportunities, the interaction between genes and social environments, or a combination of the above. A few methods have been applied to this question, including [adoption studies](#), analysis of [ethnically mixed](#) populations, and GWAS. The genomic analyses have all concentrated on educational attainment—highly correlated with estimates of IQ and measures of success in life—but have focused almost exclusively on white descendants of Europeans. And the predictive power of these ethnically white GWAS scores [nearly vanishes when you apply them to other ethnic groups](#). The reason for this decay in predictability involves the genetic differences between groups, including differences between the subset of genes that affect educational

attainment, the existence of different variants of the same genes involved in both groups, or differences between groups in how genes and their variants interact with each other and the environment. The upshot is that it is not easy to translate findings from one ethnic group to another; each group needs to be studied separately.

Two other issues make it hard to analyze behavioral and cognitive differences between groups. First, these traits are usually affected by variation at hundreds if not thousands of genes spread throughout the genome. Second, those genes are *physically connected to other genes* on chromosomes. Taken together, this means that many genes for external appearance (color, facial structure, hair texture)—the very genes that give information about someone’s ethnicity—are physically linked to other genes, including those for educational attainment. Because genes lying close to each other on the chromosomes are inherited together, we have no way to completely separate genes affecting appearance from those affecting educational attainment. If differences in achievement between groups come at least partly from society treating people differently when they *look* different (e.g., via bigotry and racism), then the societal effect caused by “appearance genes” is conflated with the direct effect of “academic achievement genes.”

But despite the difficulty of disentangling the effects of genes and environments, there are still societal benefits to understanding genetic effects *within* different groups. For example, GWAS studies—conducted separately for each ethnicity—could illuminate whether genetic variants associated with educational outcome differ among different groups or respond differentially to environmental interventions. Imagine, for instance, a gene whose variants were associated with thyroid function. Further imagine that variants of that gene that *reduced* thyroid function, causing iodine deficiency, were associated with lower educational attainment than variants with higher expression, and that the low-iodine variants were more common in whites than in Asians. (This is not completely fanciful: [iodine deficiency can reduce IQ by a full fifteen points](#), and [genes might affect how well one responds to a diet low in iodine](#).) A simple intervention might involve iodine supplementation in whites having “low expression” DNA variants but not in those with “high expression” variants (too much iodine is toxic). This example is not far-fetched because we know that different groups have many unique gene forms (i.e., “[private alleles](#)”) that might have important effects on behavior as well as their own unique interactions with the environment.

It should be clear from this example that the reasons for studying genetic differences between ethnic groups is to boost the success of *individuals* whose DNA is known, not to rank different groups for one trait or another. But to do this boosting, we must first understand the nature of genetic differences among groups. Many objections to this kind of work vanish when you realize that while the focus is on population-specific DNA segments associated with achievement, the ultimate goal is to help each person do their best.

In our view, then, research on cognition or educational attainment *within and between groups* should not be demonized, banned, or automatically denied publication, and the data should be publicly available. It goes without saying that scientists should be cautious about such research and vigilant against its misuse or misrepresentation. But in the end, it’s hard to argue with the idea that the more we understand—and that includes genetics—the more success we’ll have with social policies. Indeed, there are good [arguments](#) suggesting that stifling research on IQ, or equating this research with racism, will cause more harm than good. After all, political equality should be a moral imperative, not an empirical hypothesis, and ultimately the value of a human being does not and should not depend on their IQ or years of schooling.

The great evolutionary biologist Ernst Mayr [stated it well](#):

Equality in spite of evident non-identity is a somewhat sophisticated concept and requires a moral stature of which many individuals seem to be incapable. They rather deny human variability and equate equality with identity. Or they claim that the human species is exceptional in the organic world

in that only morphological characters are controlled by genes and all other traits of the mind or character are due to “conditioning” or other non-genetic factors. ... An ideology based on such obviously wrong premises can only lead to disaster. Its championship of human equality is based on a claim of identity. As soon as it is proved that the latter does not exist, the support of equality is likewise lost. (Mayr 1963)

6. Indigenous “ways of knowing” are equivalent to modern science and should be respected and taught as such. Because indigenous peoples such as New Zealand’s Māori and the New World’s Native Americans were the victims of colonialism, their traditional knowledge is often lauded as an alternative version of modern science—a “way of knowing” developed independently from what’s called “colonialist science” but seen by many as of equal value. In fact, the New Zealand government requires indigenous ways of knowing to be given equal status to modern science in the classroom—and [to other subjects in all secondary school education](#). South Africa is also experiencing a decolonization of biology. [An article in the prestigious journal *Nature*](#) calls for decolonizing pharmacology in that country, concentrating on local herbal remedies to “anchor the curriculum in local experience.” While this adds a home-grown flavor to learning, dropping an anchor in local experience can only divert the student from an education in modern pharmacology.

Matauranga Māori, the indigenous way of knowing in New Zealand, is a mélange of empirical knowledge derived from trial and error (including the navigational ability of their Polynesian ancestors and Māori ways of procuring and growing food) but also includes nonscientific areas such as theology, traditional lore, ideology, morality, and legend. Yet all these are considered worthy of teaching as coequal to the methods and results of modern science. Māori scholars, for example, have advanced the improbable claim that Polynesians—the ancestors of the Māori—were the [first to discover Antarctica in the seventh century](#). [This claim is surely false](#), probably based on faulty translation of an oral legend. In fact, Antarctica was first seen by the Russians in 1820. Nevertheless, New Zealand’s Royal Society, the nation’s most prestigious scientific organization, [gave a \\$660,000 grant to the Māori](#) to explore this bogus narrative. There’s also been [a revival of the traditional herbal and spiritual remedies of Matauranga Māori](#), which incorporate chanting as a means of healing. While local remedies may occasionally be helpful, they are almost never tested using the gold standard for medicine: [randomized controlled trials](#).

Indigenous ways of knowing usually include some practical knowledge, which includes observations about the local environment and useful practices developed over time, including, in the case of Matauranga Māori, ancient methods of navigating and the best way to catch eels. But practical knowledge is not the same as the systematic, objective investigation of nature—free from assumptions about gods and spirits—that constitute modern science. Conflating indigenous ways of knowing with modern science will confuse students not only about what constitutes knowledge but also about the nature of science itself. It is true that modern science arose in Western Europe in the seventeenth century, a time when women were denied education and most of the population was white. This situation, due to bias, severely restricted people’s opportunities but provides no reason to discredit science itself—the best way of generating accepted knowledge about the universe—as “Western” or colonialist. (“Western” has become a total misnomer and insults the many people in other countries who practice the same brand of science.)



A related issue that pits indigenous culture against modern science is forensic anthropology: the study of ancient societies using human remains and artifacts. In North America, for instance, human remains, depending on where they're found, can be claimed by Native Americans as their own, withheld from scientific study because they're seen as ancient members of modern indigenous groups.

Indeed, [federal law mandates](#) the return of bones and other artifacts to the indigenous groups who claim them. The remains must be reburied without scientific study, even if there's no clear genealogical connection between the human bones and the Native Americans linked to where the remains were found. In the case of Kennewick Man, the indigenous "scientific" claims included a Native American leader rejecting the truth that his ancestors arrived via the Bering Strait from Asia [on these grounds](#): "From our oral histories, we know that our people have been part of this land from the beginning of time," says Mr. Minthorn. "We do not believe that our people migrated here from another continent."

One victim of this mindset is physical anthropologist Elizabeth Weiss of San Jose State, who studies 500–3,000 year old bones from California. For simply studying those remains, Weiss was [demoted by her university and banned from studying her department's collection of bones](#). But it's even worse: she's not allowed to study X-rays of the remains or even show *a photograph of the boxes in which they are kept*. Many other universities, such as [Berkeley](#), are also sending back or reburying artifacts and old bones. The result: valuable human history and anthropology remain off limits because remains and artifacts are considered sacred. Clearly, the best solution would defer burial until *after* scientific study or DNA collection. The present policy simply prevents us from learning about our past.

The promotion of these other ways of knowing comes from a desire to valorize oppressed groups by holding up much of their culture as having the same epistemic authority as science, a view that philosopher Molly McGrath called "[the authority of the sacred victim](#)." In its secular form, this authority derives from postmodern views that science is just one of many "ways of knowing" and that the hegemony of science reflects power rather than accomplishment. This is encapsulated by the motto, espoused by some on both the Right and the Left for decades, that "[science is always political](#)."

Like biblical creationism, much indigenous knowledge has a substantial spiritual or theological component that comes not from evidence but from authority or revelation. To add any of this knowledge to modern science, you must first separate the empirical wheat from the spiritual chaff. This is what the nondenominational [Pastor Mike Aus](#) meant when, after giving up his faith, [he described "religious knowledge" this way](#): "There are not different ways of knowing. There is knowing and not knowing, and those are the only two options in this world."

Nearly all the ideologically driven distortions of biology come from one mindset: radical egalitarianism. This is the view that the sexes, different ethnic groups, and, to some extent, individuals in a population are *genetically nearly identical* in behavior and psychology (though not in appearance) and that most behavioral differences are due to socialization and other environmental effects. Socialization has, for instance, become the default explanation for why there are more men than women in math and physics (and an excess of women in psychology), why males are more aggressive and females more empathic, why there are differences in achievement between individuals of different social classes and ethnicities, and why some groups are differentially represented in science and academia in general. While social influences can certainly affect these differences, the pervasive evidence for genetic influence on human differences makes it unwise to reject *a priori* the influence of hereditary factors. Nevertheless, because the biological data contradict the fashionable blank-slate ideology, its advocates are forced to render their program immune to data, which they do by *twisting the facts of biology to conform to their beliefs*.

Biological egalitarianism damages science in two ways. One is through *deterrence*: the chilling of research that prevents scientists from studying [or teaching](#) certain problems. This isn't accomplished by direct prohibition of research but by instilling fears into teachers or researchers that discourages them from working on and even discussing such topics. A few public examples are all it takes to deter many others, such as the pillorying of those who teach that there are only two sexes in humans (e.g., [Carole Hooven](#) at Harvard and [Christy Hammer](#) at the University of Southern Maine). Further, those who study group differences and their genetics can be simply dismissed by labeling them as sexists, misogynists, racists, or eugenicists. This has been strikingly effective, for what liberal—and most biologists are liberals—wants to be tarred with those labels? Likewise, those who refuse to accept the equivalence of modern science and indigenous ways of knowing [are deemed not only racist but colonialist](#). Is it any wonder that teachers, researchers, and professors censor themselves on these issues?

The other damage involves *direct action*: imposing requirements or punishments on scientists whose research strays too far from biological egalitarianism. Punishments have ranged from [taking classes away from professors](#), making their lives so miserable that they're forced to [leave academia](#), [demanding fealty to falsehoods](#), direct [firing](#), demanding the [infusion of mythology into science](#), rejecting scientific papers because [their findings don't respect the "dignity and rights of all humans,"](#) [withholding publicly funded data from researchers](#), and diverting research funds to ideologically derived projects (the [National Institutes of Health](#) once adopted this plan but soon [abandoned it](#)).

Beyond this, and beyond the scope of this piece, are the many attacks on scientific merit as an outmoded way of judging science or hiring scientists. We increasingly see calls, coming mostly from the Left, to replace evaluations of merit with more "holistic" schemes that take group identity into account. This has led many universities to [require prospective faculty](#) to submit diversity statements as part of their job applications, as well as eliminating the obligation for prospective students to submit scores on standardized tests such as the MCATS, SATs, and GREs, and even [firing professors](#) whose science classes are too difficult.

Science has always been subject to ideological influence and control, beginning with the Catholic Church's censoring of Galileo, whose heliocentric solar system contradicted accepted theology. And those influences have come from both the Right and the Left, including debates about evolution, vaccine efficiency, global warming, fluoridated water, and so on. But what's happening now is different. First, recent attacks on science are more general than before, involving not just single issues but spreading into every field. The biology wars, for example, now involve much more than the fact of evolution—the only real cultural battle we fought over most of our careers—and have spread to biological sex, differences between groups, [the scientific language we're allowed to use](#), the treatment of biological artifacts, and, indeed, whether there are valid ways of learning about the natural world

apart from modern science. And, of course, famous biologists of the past such as [Gregor Mendel](#), [Charles Darwin](#), and T.H. [Huxley](#) are denigrated, in hindsight, as racist or sexist.

Further, the attacks on science come not just from the public, religious believers, or political authorities, as in the past, but involve scientists themselves—scientists who deem certain research taboo, restrict the availability of publicly funded data, argue that research funding should depend on ideology rather than merit, and demand that research papers should be censored or suppressed if they might offend individuals or groups. In the case of the Lysenko affair, [Soviet fiat dictated the distortion of genetics and agricultural science](#), but today our own colleagues force nature into the Procrustean bed of ideology. Although scientific nonconformity may not be [the life or death issue it was in Stalin's Russia](#), jobs and research are clearly at risk.

Why is this happening now? We suspect that the change in political climate over the past ten years, including the rapid rise of identity politics, has caused scientists on the Left—even if they mean well—to use their own fields to signal ideological virtue and membership in a political “tribe.” Further, science departments have also been infected by [the French postmodernism pervasive in humanities departments](#). When combined with the self-censorship of many researchers and teachers who fear professional damage, this poses a grave threat to science.

How, then, can we restore science to its primary mission: understanding nature and the universe? Since ideological pressure comes largely from scientists themselves, including those who dispense grant money and judge research papers, we can't count on scientific argument to solve the problem. Indeed, radical egalitarianism [is itself a form of faith](#), resistant to facts and rational argument. It is also a pledge of group allegiance. Steven Pinker explained how resistance to evolution did not involve rejecting scientific evidence but rather served as a badge of adherence to a religious ideology that happened to reject evolution on principle. His explanation also holds for the quasi-religious progressive ideology that is damaging biology:

Professing a belief in evolution is not a gift of scientific literacy, but an affirmation of loyalty to a liberal secular subculture as opposed to a conservative religious one. In 2010, the National Science Foundation [NSF] dropped the following item from their test of scientific literacy: “Human beings, as we know them today, developed from earlier species of animals.” The reason for that change was not, as scientists howled, because the NSF had given in to creationist pressure to bowdlerize evolution from the scientific canon. It was that the correlation between performance on that item and on every other item on the test (such as “An electron is smaller than an atom” and “Antibiotics kill viruses”) was so low that it was taking up space in the test that could go to more diagnostic items. The item, in other words, was effectively a test of religiosity rather than scientific literacy. When the item was prefaced with “According to the theory of evolution,” so that scientific understanding was divorced from cultural allegiance, religious and nonreligious test-takers responded the same.

So if facts won't turn the tide, what can we do?

An obvious palliative is one we've always had at hand: a form of liberal egalitarianism and morality independent of biological differences. As Pinker noted in *The Blank Slate* (p. 340): “Equality is not the empirical claim that all groups of humans are interchangeable; it is the moral principle that individuals should not be judged or constrained by the average properties of their group.”

We can also keep stressing that the job of scientists is to find truth, not to decide how that truth should be used by society. This is not to claim that all research is equally valuable or interesting, nor to argue that science hasn't been misused in harmful ways (Zyklon-B and nuclear weapons come to mind). But given the observation that a lot of pure research has led to discoveries that could never have been predicted, we should avoid placing entire areas of work off limits. If some people distort or misuse scientific research for ideological ends, scientists themselves should take the lead in correcting the record.

But perhaps the ultimate solution involves philosophy—emphasizing that *there is no value in looking to nature to determine which of our behaviors are good, moral, or normal*. Doing so always involves two well-known fallacies. The first is the *naturalistic fallacy*—the famous dictum that *is equals ought*, also phrased as “what is natural is what we should do.” The second is the related *appeal to nature* fallacy, which argues that what is natural must be what is *good*.

Both fallacies lead to the same errors. First, if we condition our politics and ethics on what we know about nature, then our politics and ethics become malleable to changes in what we discover about nature later. For example, the observation that female bonobos rub each other’s genitals as a bonding behavior has been used to justify why human homosexuality is neither offensive nor immoral. Bonobo behavior is, after all, “natural.” (Similar same-sex behaviors have been reported in many species and have been [used to the same end](#).) But what if *no* such behavior had been seen in any nonhuman species? Or what if the bonobo observation was shown to be wrong? Would this make homosexual behavior immoral or even criminal? Of course not, because enlightened views of homosexuality rest not on parallels with nature but on ethics, which tells us that there’s nothing immoral about consensual sex between adults.

Second, we must realize that many behaviors that are “natural” because they’re found in other species would be considered repugnant or immoral in our own. These include infanticide, robbery, and extra-pair copulation. [As one of us wrote](#), “If the gay cause is somehow boosted by parallels from nature, then so are the causes of child-killers, thieves and adulterers.” But we don’t really derive our morality or ideology from nature. Instead, we pick and choose those behaviors in other species that happen to resemble a morality we already have. (People do exactly the same thing—ignoring the bad behaviors and lauding the good ones—when they pretend to derive morality from religious texts such as the Bible.)

All the biological misconceptions we’ve discussed involve forcing preconceived beliefs onto nature. This inverts an old fallacy into a new one, which we call the *reverse appeal to nature*. Instead of assuming that what is natural must be good, this fallacy holds that “what is good must be natural.” It demands that you must see the natural world through lenses prescribed by your ideology. If you are a gender activist, you must see more than two biological sexes. If you’re a strict egalitarian, all groups must be behaviorally identical and their ways of knowing equally valid. And if you’re an anti-hereditarian—a blank slater who sees genetic differences as promoting eugenics and racism—then you must find that genes can have only trivial and inconsequential effects on the behavior of groups and individuals. This kind of bias violates the most important rule of science, famously expressed [by Richard Feynman](#): “The first principle is that you must not fool yourself—and you are the easiest person to fool.”

But the greatest danger is not to the layperson’s understanding of science but to science itself. The guiding principle of science—and of academic freedom, on which science depends—is freedom of inquiry. Those who place whole fields of investigation off limits, or distort scientific truth for political reasons, not only violate this freedom but deprive us of the intellectual and practical benefits that could come from pure, untrammelled research.

We aren’t under the illusion that calling attention to these points, and emphasizing the fallacy of the reverse appeal to nature, will push ideology completely out of science. Progressive ideology is growing stronger and intruding further into all areas of science. And because it’s “progressive,” and because most scientists are liberals, few of us dare oppose these restrictions on our freedom. Unless there is a change in the *Zeitgeist*, and unless scientists finally find the courage to speak up against the toxic effects of ideology on their field, in a few decades science will be very different from what it is now. Indeed, it’s doubtful that we’d recognize it as science at all.

Jerry A. Coyne and Luana S. Maroja

Jerry Coyne is Professor Emeritus in the Department of Ecology and Evolution at the University of Chicago, where he worked on the genetics of species formation, specializing in fruit flies. He graduated from the College of William and Mary and got his Ph.D. at Harvard University. Besides 125 scientific papers, Coyne co-wrote a scholarly book about his research area (*Speciation*) and two trade books, *Why Evolution is True* and *Faith versus Fact: Why Science and Religion are Incompatible*. He is the recipient of a Guggenheim Award and the Richard Dawkins Award, was president of the Society for the Study of Evolution, and is a member of the American Academy of Arts and Sciences.

Luana S. Maroja is an evolutionary biologist and professor at Williams College. She got her undergraduate and master's degree from the Federal University of Rio de Janeiro, Brazil and her PhD from Cornell University. She is interested in population ecology, phylogeny, speciation, population genetics and phylogeography, and has done extensive field work in Brazil, Panama and the USA. Maroja works on a variety of organisms, including small mammals, crickets, butterflies, and plants, and has published more than 35 scientific papers.

28 septembre 2023 (Le Figaro)

[Égypte : une femme abattue au Caire après avoir refusé la demande en mariage d'un collègue \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

Égypte : une femme abattue au Caire après avoir refusé la demande en mariage d'un collègue

Par Le Figaro avec AFP

Publié il y a 2 heures, mis à jour il y a 1 heure

L'homme éconduit par cette salariée de l'université du Caire a tiré plusieurs coups de feu. Il s'est donné la mort avec la même arme alors qu'il allait être interpellé par la police.

Une salariée de l'université du Caire a été abattue par balle par un collègue éconduit, a annoncé tard mercredi 27 septembre le ministère de l'Intérieur égyptien, un nouveau cas d'homicide contre une femme dans le plus peuplé des pays arabes. «*Un salarié de l'une des facultés de l'université du Caire*» a «*tiré des coups de feu*» sur une de ses collègues, «*causant sa mort*», détaille le communiqué de la police.

Et quand les autorités ont mis la main sur le suspect à Marsa Matrouh, à 450 kilomètres à l'ouest de la capitale, «*il s'est donné la mort en se tirant dessus avec la même arme*» que celle utilisée pour tuer la victime. D'après le journal d'État *Al-Ahram*, la victime, identifiée par son prénom seul, Nourhane, aurait refusé une demande en mariage de son collègue, Ahmed, qui la harcelait. Le suspect avait déjà été arrêté pour avoir «*mis le feu à la voiture de la victime il y a cinq ans et l'avoir menacée par SMS*», d'après le quotidien.

De nombreuses femmes tuées en 2022

La veille seulement, la presse locale annonçait l'assassinat d'une femme par son ex-fiancé à sa sortie du travail dans le quartier chic d'Héliopolis, dans l'est du Caire. **En 2022, plusieurs meurtres de femmes avaient été fortement médiatisés dans le pays où, la même année, selon l'ONG Idarak, 301 femmes ou jeunes filles ont été tuées.** Fin juin, le meurtrier d'une étudiante qui refusait ses avances avait été condamné à mort. Le même jour la justice annonçait le meurtre d'une présentatrice de télévision par son époux magistrat.

Deux mois plus tard, ce juge était également condamné à la peine capitale, alors qu'un tribunal réclamait la diffusion des exécutions d'auteurs d'homicides sur des femmes en direct à la télévision pour «*dissuader le plus grand nombre*». Le meurtre est passible de la peine capitale en **Égypte, qui a procédé en 2022 au quatrième plus grand nombre d'exécutions au monde selon Amnesty International.**

En Égypte, si les femmes votent depuis 1956, elles restent soumises à une législation patriarcale vieille d'un siècle et sont les premières victimes, selon les féministes, de la propagation d'un islam rigoriste associé à l'enracinement du conservatisme.

Sur les réseaux sociaux, des Égyptiens ont fait entendre leur frustration : **«Combien de temps les femmes vont-elles devoir payer de leur vie le fait de dire non ?»**, s'est notamment interrogée l'initiative d'éducation Speak Up.

28 septembre 2023 (Le Figaro)

[La baisse historique de la natalité en 2023 se confirme \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

La baisse historique de la natalité en 2023 se confirme

Par [Agnès Leclair](#)

Aux deux tiers de l'année 2023, les naissances ont baissé de 7% par rapport à 2022. Leur nombre est au plus bas depuis la fin de la Seconde Guerre mondiale.

Mois après mois, la natalité continue de chuter. En août 2023, 1896 bébés sont nés en moyenne par jour, soit 8 % de moins qu'au même mois en 2022. **En cumul sur les huit premiers mois de l'année, on compte environ 35 000 naissances de moins en 2023 qu'en 2022, soit une baisse de 7,2 %. Le nombre de naissances est au plus bas depuis la fin de la Seconde Guerre mondiale**, souligne une nouvelle étude de l'Insee portant sur 2022 et le premier semestre 2023. **«Par rapport au pic des naissances de l'après-guerre, en 1971, les naissances sont en recul de 20,8 %»**, précise l'Insee.

Pour la natalité française, cela s'annonce comme la pire année depuis 1946

Laurent Chalard, géographe

Au deux tiers de l'année 2023, les naissances ont baissé de 7% par rapport à 2022. *«En 2022, cette baisse était de 2 % par rapport à l'année 2021, souligne Chloé Tavan, cheffe de la division enquêtes et études démographiques de l'Insee. Si on part de l'hypothèse que cette tendance se poursuit, le nombre de naissances pourrait ne pas dépasser la barre des 700.000 en 2023, un seuil symbolique»*. *«Pour la natalité française, cela s'annonce comme la pire année depuis 1946»*, pointe le géographe et consultant Laurent Chalard.

«En 2022, 726.000 bébés sont nés en France, soit 2,2 % de moins qu'en 2021, rappelle la publication de l'Insee. Les naissances sont ainsi inférieures de 20,8 % par rapport au pic de l'après-guerre, en 1971, et de 12,8 % par rapport à 2010, dernier point haut avant une nouvelle tendance à la baisse».

Cette baisse s'ancre dans une tendance plus longue qui remonte à 2011. Depuis cette date, la natalité a reculé chaque année. Seule 2021 fait figure d'exception, de parenthèse dans la période houleuse de la crise du Covid 19, avec un rebond des naissances à lier à des périodes de déconfinements. Les démographes redoutaient alors un baby crash et la France s'était réjouie qu'il n'ait pas eu lieu. Un peu trop tôt ?

Les naissances reculent plus que la moyenne pour les femmes âgées de 25 à 34 ans, note l'Insee. Cette baisse est moins sensible chez les femmes de 35 à 39 ans et chez les moins de 20 ans. Mais les mères de 40 ans ou plus sont les seules qui font davantage de bébés qu'avant. Le nombre de naissances dans cette catégorie d'âge augmente de 3,3 % entre 2021 et 2022. *«Une tendance de long terme»*, selon l'Insee. Sur le plan géographique, la chute de la natalité concerne la quasi-totalité des régions de France.

28 septembre 2023 (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/09/27/budget-2024-acter-le-changement-d-epoque_6191208_3232.html

Budget 2024 : acter le changement d'époque

[Éditorial](#)

Le Monde

Augmentation de la dette publique, inflation, hausse des taux d'intérêt, croissance atone : **les voyants de l'économie française sont au rouge. Le pays n'est plus en situation de tout promettre et il est temps que les dirigeants politiques en tiennent compte.**

Publié hier à 12h00 Temps de Lecture 2 min. [Read in English](#)

Le projet de loi de finances pour 2024, présenté, mercredi 27 septembre, en conseil des ministres, en même temps que celui de la Sécurité sociale, va devoir résoudre une équation budgétaire particulièrement difficile. Augmentation de la dette publique, inflation persistante, hausse des taux d'intérêt, croissance atone : **en quelques mois, tous les voyants de l'économie française sont passés au rouge, ne laissant que de très faibles marges de manœuvre au gouvernement pour boucler l'équilibre entre des recettes qui s'amenuisent et des dépenses qu'il a du mal à contenir.**

Le [nouveau ministre des comptes publics, Thomas Cazenave](#), s'est fixé trois priorités. Il s'agit d'investir massivement dans la transition écologique, de renforcer les services publics garants de la cohésion sociale, tout en réduisant le déficit public pour financer les investissements prioritaires. Autant dire que l'exercice relève de la quadrature du cercle.

La difficulté dépasse largement l'horizon de 2024, car, parallèlement, le gouvernement tente de faire adopter une loi de programmation pour les finances publiques, qui fixe la trajectoire budgétaire d'ici à 2027. Bien que son adoption conditionne les aides du plan de relance européen, le texte n'avait pas trouvé de majorité fin 2022. La nouvelle mouture en cours d'examen à l'Assemblée nationale et légèrement durcie par rapport à la précédente ne devrait pas trouver davantage d'appuis que la précédente dans les oppositions. Le gouvernement devrait être poussé à dégainer rapidement l'arme du 49.3, le premier d'une longue série sur les textes budgétaires.

Se révèle ainsi au regard de nos partenaires européens **la posture délicate dans laquelle se retrouve le pays : en prévoyant de ramener le déficit public sous la barre des 3 % en 2027, la France sera le dernier Etat membre à le faire. Elle s'engage dans cette voie en l'absence de consensus politique et sans garantie de réussite : réaliser 12 milliards d'euros d'économies chaque année et stabiliser globalement la dépense publique, comme l'annonce le gouvernement, tient de la gageure. Cela risque de ne pas suffire : aux yeux du Haut Conseil des finances publiques, la version présentée « manque encore de crédibilité ».**

Un boulet pour l'avenir

Après des années de « quoi qu'il en coûte » et de taux d'intérêt historiquement bas, le changement d'époque est brutal. Il est temps que l'ensemble des dirigeants politiques en tiennent enfin compte. **Les 3 000 milliards d'euros de dette** accumulés au cours des dernières décennies, et ce quelle que soit la couleur politique des gouvernants, sont un boulet pour l'avenir. **Leur remboursement pèsera chaque année un peu plus sur le budget. En raison de la hausse des taux, la charge de la dette explose. En 2027, son montant doublera par rapport à aujourd'hui pour dépasser les 80 milliards d'euros**, devenant le premier poste budgétaire devant l'éducation nationale.

Dans ce contexte, le pays n'est plus en situation de tout promettre : baisser les taxes (comme le demande Marine Le Pen), augmenter les dépenses (comme le réclame la gauche) ou réduire massivement la fiscalité

(comme le revendique la droite). Le gouvernement se trouve lui aussi fragilisé par sa promesse de ne pas augmenter les impôts quoi qu'il arrive, alors qu'un mur d'investissements dans la transition écologique, la santé, l'éducation et la défense reste à financer. **Pour trouver un chemin au milieu de toutes ces contraintes, chacun va devoir revisiter ses dogmes et renoncer à des postures déconnectées de la réalité de nos finances publiques.**

28 septembre 2023 (The Economist)

[The definition of Europe has always been both inspiring and incoherent \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Charlemagne

The definition of Europe has always been both inspiring and incoherent

But that has not stopped it growing

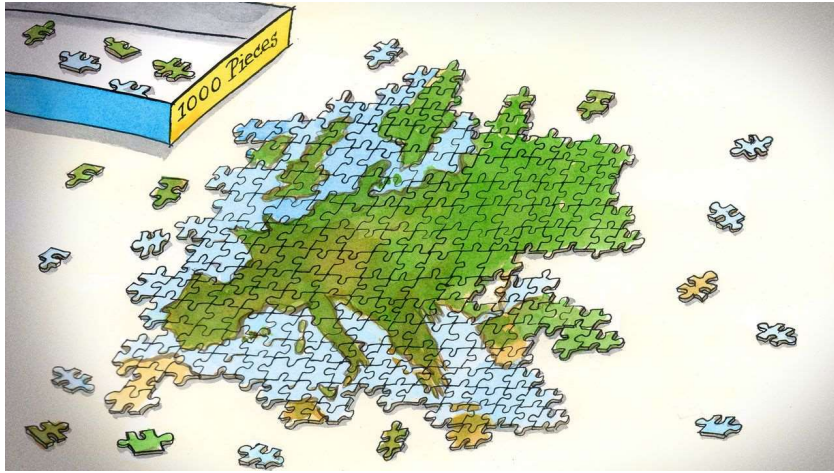


image: peter schrank

Curiously, the only continent to have united under a moderately effective form of multinational government is not actually a continent. English-speakers may call Europe “the continent”, but that is because their language evolved on an island off its coast. In fact it is simply a convoluted promontory of Eurasia. This sets geographers a puzzle: where does Europe end? The eastern border especially is fuzzy. The current consensus holds that it runs through Russia along the Urals, gets vague for a while and then follows the Caucasus mountains’ watershed to the Black Sea. That makes demi-Europeans of not just Russia, Turkey and Georgia but also Kazakhstan and perhaps Azerbaijan. It puts Armenia outside Europe, though many Armenians would disagree.

Clearly, geography is not all people mean by Europe. But other definitions also lead to confusion. If Europe is wherever European powers hold sway, colonialism has ensured it spans the globe. Cross the westernmost land border of the Netherlands and you step directly into France, because you are on the Caribbean island of Saint Martin, which they split. Define Europe culturally, meanwhile, and you will notice that polka music sounds more like Mexican *norteño* than like Spanish flamenco, and that Greek ouzo and Lebanese arak are the same drink. Go with political values and you find many democracies outside Europe qualify, while some quasi-dictatorships inside might not. Use religion or race, and you are engaging in bigotry—nowadays seen as un-European.

All this might seem academic, were it not that the question of what defines Europe is vital for countries who want to join the European Union. Of the current serious applicants—six countries in the [western Balkans](#), plus [Georgia](#), [Moldova](#) and [Ukraine](#)—most sit well inside the physical continent. They have not yet got into the eu because they have not met its accession criteria. But those criteria themselves are in part a product of centuries of debate over what it means to be European. And eu voters’ gut sense of who belongs in the club is shaped by history.

The idea of Europe started with the ancient Greeks, who contrasted it with despotic, barbarian Asia. After the Roman Empire fell, the dream of reunifying Europe recurred periodically. In the Middle Ages that meant uniting Christendom against Islam. In the 17th and 18th centuries, as religious and imperial wars raged, secular ideas were floated. In 1712 the Abbé de Saint-Pierre called for a “European Union”, and in 1795 Immanuel Kant proposed something similar in his “Perpetual Peace”. Unfortunately the fellow who was busy trying to unite the continent at the time used bloodier means, until he was stopped at Waterloo.

The Enlightenment sense of who belonged in Europe rested on Europeans' alleged rationality and cosmopolitanism. The 19th century added the idea of intrinsically European cultures and peoples—or, most dangerously, races. Such nationalism meant more wars and, in their guilty aftermath, calls for European unity. The modern European movement started after the first world war. Some of its founders saw it as a way for Europe to compete with America and the Soviet Union. That implied that Russia could never join. Nor, some thought, could Britain, which identified more with its empire than with Europe. (They were right that this was an issue.)

When a federal European proto-government finally arrived after the second world war, its mission was political and economic: to make western Europe too integrated for its states to fight each other again, and rich enough to fend off communism. Membership was dictated by cold-war circumstances, not fluffy philosophical concerns. The community's leaders did not get round to defining the "European identity" until 1973. They invoked "the cherished values of their legal, political and moral order" and vowed to preserve "the rich variety of their national cultures". Since the values were universal (democracy, rule of law and so forth) and the cultures varied, there was no principled reason to keep eastern Europe out after communism collapsed. Accession to the eu became, in theory, a matter of technical criteria.

But the very unifying institutions that went along with the eu began to revive divisions. Free movement required the French (and the British, for a time) to accept unlimited numbers of Poles and Bulgarians. Monetary union forced the Germans and Dutch to budget together with the Italians and Greeks. European law meant that when Hungary packed its courts, it was a problem for everyone. Centuries-old faultlines cracked open: Protestant, Catholic and Orthodox; Gallic, Germanic and Slavic. After the euro crisis in 2010-12 and the migration crisis in 2015-16, few European peoples had an appetite for new members.

Finishing the job

Lately Europe's leaders are again enthusing about enlargement. To understand why, it helps to consult arguably the greatest 20th-century European philosopher: Ludwig Wittgenstein. The Austrian once thought that language must refer to distinct things in the real world, and that philosophy should aim to make it exact, like science. Later he came to the view that this was nonsense. Words cannot be defined precisely; they have fuzzy edges. Their meaning lies in the way people use them to get things done.

So too with the word Europe. Europeans' feelings about who belongs in the eu depend on what problems they are discussing. Monetary union and disputes over the rule of law are issues of institutions and culture, and they focus attention on Europeans' different identities and histories. But today's biggest challenges—the war in Ukraine, competition with China, rising migration across the Mediterranean, dealing with climate change—are geopolitical. This has turned Europe's attention back to geography. French and Albanians may not entirely agree on what civilising traits they share, but they know they are stuck together on the same bit of Eurasian rock. At the moment, that seems more important. .

28 septembre 2023 (The Economist)

[Azerbaijan is close to taking control of Nagorno-Karabakh \(economist.com\)](https://www.economist.com)

A one-day war

Azerbaijan is close to taking control of Nagorno-Karabakh

The ethnic-Armenian enclave has agreed to disarm



image: ap

Sep 21st 2023 | ISTANBUL

Things could have got much nastier, and they still might in the days and weeks ahead. On September 20th, a day after Azerbaijan launched an armed offensive against Nagorno-Karabakh, an ethnic-Armenian enclave inside its borders, **a ceasefire took hold**. Under its terms, the region's Armenian separatists agreed to surrender and disband, something Azerbaijan has insisted on for some time.

The deal may have prevented a massacre on Europe's doorstep; in a single day, Azerbaijan's drones and bombs had reportedly killed at least 200 people across the region. Images showed Armenians hunkering down in basements as sirens sounded over Stepanakert, the regional capital. But the agreement, brokered by Russian peacekeepers deployed to the region three years ago, also appears to spell the end of the enclave's semi-independent status. Thousands of Armenians have already abandoned their homes. Many more may decide to flee to Armenia.

Azerbaijan called the assault an "anti-terrorist operation" intended to restore constitutional order. Officials in Armenia, including the country's prime minister, Nikol Pashinyan, called it an ethnic-cleansing campaign against Karabakh, home to some 100,000 ethnic Armenians. Azerbaijan says the offensive was in large part a response to elections held in the enclave on September 9th and to recent mine explosions that killed six Azerbaijanis, including four police officers. But the attack seems to have been in the making for some time. Armenia accused Azerbaijan of massing troops near the border separating the two countries and around Nagorno-Karabakh in early September.

Nagorno-Karabakh, populated by Armenians but formally part of Azerbaijan, has been bloodied by two large wars in three decades. The most recent of these, in 2020, saw Azerbaijan recapture territories occupied by Armenian forces since the 1990s. Since last December, Azerbaijan has blocked the Lachin corridor, the only road connecting Karabakh with Armenia, so as to force its leaders to relinquish any dreams of autonomy. The government in Baku agreed to reopen the corridor on September 9th, in exchange for the opening of another road linking Nagorno-Karabakh with the rest of Azerbaijan. But the new offensive and the ceasefire agreement seem to have sealed Karabakh's fate.

Azerbaijan now plans to "reintegrate" Nagorno-Karabakh, says Hikmet Hajiyev, a presidential adviser. But how this is supposed to happen without an exodus of the region's Armenians is unclear. The government in Baku refuses to offer them any special rights or security guarantees. "It will be just like any other region of Azerbaijan," says Mr Hajiyev. For the Armenians, that is hardly a comforting thought.

Following three decades of bloodletting on both sides, they are more likely to leave than to live under Azerbaijan's rule and risk discrimination and retribution.

No one plans to stand in Azerbaijan's way. Western powers have largely contented themselves with routine condemnations. Afraid of being drawn into a wider war with Azerbaijan, which it would almost surely lose, Armenia's army claims to be staying out of the dispute.

Striking in its absence has been any reaction from Russia, the region's power-broker. As Azerbaijan massed its troops on the Armenian border and prepared to shell Nagorno-Karabakh, Mr Pashinyan accused Russia of failing in its peacekeeping duties. Margarita Simonyan, the boss of "Russia Today", a Kremlin mouthpiece, openly mocked the Armenian leader. "He is asking for help from Russian peacekeepers," she said. "Why doesn't he ask nato?"

The conflict began in 1988 when the Armenians of Karabakh, then part of Soviet Azerbaijan, called for the region's merger with Soviet Armenia. It snowballed into a brutal war in the early 1990s, after the Soviet empire collapsed. Armenia, backed by Russia, prevailed, and ended up in control of Karabakh, though the region formally remained part of Azerbaijan. Russia has since retained an army base in Armenia.



image: the economist

Since the 2020 war, Armenia has regularly accused Russia, with which it has a defence pact, of leaving it out in the cold, and drawn closer to America. The country recently hosted military exercises featuring a small number of American troops and has turned to India and other countries for weapons. Most insultingly for the Kremlin, **Armenia has moved to join the International Criminal Court, which has issued an arrest warrant for Russia's dictator, Vladimir Putin. Armenian officials were well aware of the risk they were taking in pivoting to the West.** "But if we did nothing, we would almost certainly lose our statehood," one says. By washing his hands of Nagorno-Karabakh, Mr Putin wants to show there is a price to be paid for leaders who turn their back on Russia.

The ceasefire may have saved Karabakh from a bloodbath. Barring a breakdown in the newly announced talks between Azerbaijan and the Karabakh Armenians, the agreement will probably hold, because Baku has achieved its objectives.

But there is little to celebrate. Officials in Baku claim the Karabakh Armenians are welcome to stay and enjoy the rights extended to Azerbaijan's other minorities. **But even assuming pure intentions, the bad blood between the two sides, the trauma of past wars and years of vile propaganda may be impossible to overcome. "It's hard to see a scenario", says Laurence Broers of Chatham House, a think-tank, "in which coexistence is possible."**

28 septembre 2023 (NZZ)

[Netto null: Europäer sind Spitze in der Klimapolitik - solange es nicht weh tut \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch/netto-null-europaer-sind-spitze-in-der-klimapolitik-solange-es-nicht-weh-tut-1.1671111)

KOMMENTAR

Klimapolitik in Europa: Man ist grundsätzlich dafür – doch sobald es kostet, hört der Spass auf

In Europa gehört es zum guten Ton, für den grünen Umbau zu sein. Populär sind vor allem hehre Ziele und massive Subventionen. Aber die Kosten will man lieber nicht im eigenen Portemonnaie spüren.

Hansueli Schöchli, Brüssel

23 Kommentare 28.09.2023, 06.08 Uhr 3 min



Die Europäer wollen eine forsche Klimapolitik im Sinne der EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen – solange man kaum Kosten spürt. Yves Herman / Reuters

Netto-Null-Ziel für den Ausstoss von Treibhausgasen 2050? Natürlich ist man in Europa dafür. Denn das Klimaproblem ist ernst, und Europa sieht sich im globalen Führersitz – als Inspiration für weniger aufgeklärte Geister im Rest der Welt.

Doch in jüngerer Zeit mehren sich die Anzeichen, dass die Bäume der Klimapolitik in Europa nicht in den Himmel wachsen. So sind zum Beispiel in Deutschland und Frankreich Ideen für ein Verbot von Gasboilern in Privatwohnungen aufgelaufen. In Deutschland sind aufgrund der hohen Strompreise laute Rufe nach Verbilligung für die Industrie zu hören, obwohl hohe Energiepreise ökologisch sind. Grossbritannien und Schweden haben ihre mittelfristigen Klimaziele reduziert. Und der EU-Rat für Wettbewerbsfähigkeit hat diese Woche Vorschläge zur Verschärfung der Abgasvorschriften für Autos aufgeweicht.

Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen warb zwar diesen Monat in ihrer Rede zur Lage der Union einmal mehr für die grüne Wende («Green Deal»), doch sie hob gleichzeitig auffallend stark die Bedeutung der Landwirtschaft und Industrie hervor. **Das mag man als Aufruf zu Balance und Pragmatismus werten. Oder als Versicherung, dass der Fünfer und das Weggli gleichzeitig zu haben seien – eine offensive Klimapolitik ohne spürbare Wirtschaftseinbussen.**

Illustrieren Anzeichen wachsender Zweifel nur unvermeidliche Feinjustierungen in einem fundamentalen Reformprozess, oder steht Europa am Anfang einer Trendwende? **Gemäss den jüngsten Eurobarometer-Befragungen vom Mai/Juni 2023 ist die deklarierte Unterstützung im breiten Publikum für eine offensive Klimapolitik nach wie vor stark.** Über drei Viertel der Befragten bewerteten den Klimawandel als sehr ernstes Problem, und zwei Drittel fanden, ihre nationale Regierung sollte noch mehr tun. Eine deutliche Mehrheit sprach sich vor allem für mehr Subventionen aus.

Zu denken geben muss dabei Klimapolitikern höchstens, dass es der Klimawandel nur auf Platz 4 in der Liste der meistgenannten Probleme für die EU schaffte. Und die Nummer 1 war nicht etwa Russlands Krieg in der Ukraine oder der Konflikt mit China, sondern die Inflation – die hier und heute direkt spürbar ist.

In der Sonntagsschule spricht man sich gerne für hehre Klimaziele aus. **Populär sind zudem im Namen der Klimapolitik vor allem Subventionen** – etwa zur künstlichen Verbilligung von Energie, für energetische Haussanierungen, Solarpanels auf den Dächern, Elektroautos oder Reformprojekte in der Industrie. Da verteilt der Staat Geld, Privathaushalte oder Firmen profitieren.

Subventionen führen ausserhalb der Forschung oft zu Verschwendung. Lenkungsabgaben sind effizienter, aber im Unterschied zu solchen Abgaben spürt man die Kosten der Subventionen nicht sofort und direkt im eigenen Portemonnaie. **Irgendwann werden zwar wegen der Subventionen die Steuern steigen, oder der Staat muss an anderen Orten sparen. Aber weil unklar ist, wer wann welchen Teil der Kosten trägt, lässt sich dies heute leicht verstecken und verdrängen.**

In der Schweiz kennt man das Phänomen zur Genüge. So hatte das Volk 2021 die Revision des CO₂-Gesetzes wegen befürchteter Mehrkosten abgelehnt, aber heuer gab es an der Urne ein klares Ja für ein Gesetzesprojekt, welches das Netto-Null-Ziel verankert, zusätzliche Subventionen in Milliardenhöhe verteilt und über die Kosten gar nichts sagt. Die Schweizer sind zumindest in dieser Hinsicht richtige Europäer.

Wünschbar wäre mehr Ehrlichkeit in der Politik – mit dem Eingeständnis, dass die grüne Wende nicht gratis zu haben ist. Doch die meisten Politiker glauben offenkundig, dass man mit Ehrlichkeit keine Wahlen gewinnt. Glauben sie dies zu Recht?

28 septembre 2023 (FAZ)

[Nagornyj Karabach: Wie Zehntausende Armenier aus ihrer Heimat fliehen \(faz.net\)](#)

FLUCHT DER KARABACH-ARMENIER:

„Wie soll man mit jemandem leben, der dich töten will?“

VON [FRIEDRICH SCHMIDT](#), GORIS

-AKTUALISIERT AM 27.09.2023-19:25



Tausende Armenier fliehen aus ihrer Heimat Nagornyj Karabach. Sie wissen nicht, was kommt, aber es führt wohl kein Weg zurück. Eine Reportage aus Goris.

Mütter, die selbst müde sind, aber schlafende Kinder in den Armen halten, weinende Kinder trösten, spielenden Kindern hinterherlaufen. Menschentrauben vor Zelten, in denen Helfer Brot und Gebäck verteilen, und Menschentrauben vor dem Theater der Stadt, wo jetzt die Ankömmlinge versorgt und registriert werden. Dazwischen Polizisten und Soldaten in dunklen, grau und grün gescheckten Uniformen und Rot-Kreuz-Helfer, die Ratschläge geben, zuteilen, anweisen. Plastiktaschen, Rucksäcke, Decken und Matratzen, die Kofferräume füllen und auf Autodächer gestapelt sind. So sieht der Exodus der Karabach-Armenier in Goris aus, der ersten Stadt der Republik [Armenien](#), die für viele die erste Station ihrer Flucht ist.

Goris liegt im Südosten des Landes, an der Route von der Hauptstadt Eriwan nach Stepanakert, dem Hauptort der jetzt dem Untergang geweihten „Republik Arzach“ der Karabach-Armenier. Straßenschilder weisen auf diese Trasse immer noch hin, als wäre nichts geschehen. Brauchte man einst rund zwei Stunden für die gut 90 Kilometer aus Stepanakert nach Goris, sind es derzeit um die 24 Stunden, und die Fahrt geht nur in eine Richtung: raus aus Karabach. Manche [Flüchtlinge](#) brechen in Tränen aus, wenn sie mit ihren vollgepackten Autos und Kleinbussen endlich in Goris angekommen sind.

24 statt zwei Stunden aus Stepanakert

Andere sind schon damit beschäftigt, ihr Leben neu zu organisieren. Alle eint die Gewissheit, dass sie keine wirkliche Wahl hatten, zu bleiben. „Wie soll man mit jemandem leben, der dein Feind ist und dich töten will?“, fragt ein junger Mann, der sich erst einmal an einem dunkelroten Wohnwagen beim Theater eine armenische SIM-Karte besorgen will. Ein Mittsechziger, dessen Füße noch in Pantoffeln stecken, sagt, er sei in der Nacht auf Mittwoch voriger Woche aus seinem Dorf in der Frontgegend um Martakert, aserbaidsschanisch Agdere, geflohen, nur mit seiner Kleidung am Leib, als die Eroberer nur noch wenige Kilometer entfernt gewesen seien. „Ich hatte keine Zeit, irgendetwas zu packen.“ Er spricht, wie viele hier, von einem Genozid.



Flüchtlinge stehen in Goris Schlange für humanitäre Hilfe. :Bild: AP

Auch Watschagan und ein Teil seiner großen Familie waren 24 Stunden aus Stepanakert nach Goris unterwegs, von elf Uhr bis elf Uhr. Jetzt haben sie ihre beiden Autos im Zentrum der Stadt geparkt, am Vienne-Park, benannt nach der französischen Partnerstadt; sie hat die Miniaturkopie des Eiffelturms in einer Ecke des Parks gestiftet, der die Spitze fehlt. Watschagan ist Anfang 60, ein nicht großer, aber kräftiger Mann. Bittet man ihn, seine Geschichte zu erzählen, spricht er von Erreichtem. Nach dem Ingenieurstudium habe er in einem Rüstungswerk in Armenien gearbeitet. Im ersten Karabach-Krieg Anfang der Neunzigerjahre sei er nach Stepanakert zurückgekehrt. Seine drei Brüder hätten in der „Befreiungsbewegung“ gegen Aserbaidshaner gekämpft, er habe ihre Familien ernährt und seine eigene dazu.

Watschagan erzählt von seinen Erfolgen im Handel mit Fleisch, Leder und Elektronik, von seinem Haus im Zentrum von Stepanakert, vier Stockwerke hoch, jedes davon misst 190 Quadratmeter. Ende November vorigen Jahres habe er ein Elektroauto gekauft. Eine gute Entscheidung, denn zwei Wochen später begann Baku, den Latschin-Korridor zu blockieren, die Versorgungsrouten aus Armenien nach Karabach. Bald gab es Treibstoff nur noch mittels Bezugsscheinen. Watschagan blieb dank Strom mobil. „Ich war immer unterwegs, habe allen geholfen“, sagt er.

An immer mehr habe es in den mehr als neun Monaten der Blockade gemangelt, Essen, Toilettenpapier, Stiften, doch das habe nicht dazu geführt, „dass wir die Heimat aufgeben“. Als [Aserbaidshen](#) am Dienstag voriger Woche angriff, sei auch in ihre Straße eine Granate gefallen und habe Autos zerstört. Die Familie suchte Schutz. Nach der Kapitulation am vergangenen Mittwoch seien von „unserer Führung“, der De-facto-Regierung der Karabach-Armenier, keine verlässlichen Informationen gekommen, sagt Watschagan. „Wir evakuieren uns selbst“, habe er zu seiner Frau gesagt.

Gute Logistik gegen die Verzweiflung

Schon 2020 – im jüngsten großen Aufflammen des Dauerkrieges mit den Aserbaidshanern – seien sie eine Zeit lang in Armenien gewesen, aber nach Stepanakert zurückgekehrt, als der neue Waffenstillstand hielt. Dass es jetzt wieder so kommt, glaubt Watschagan nicht. Er spricht nicht von Bedrohungen für sich selbst, sondern für die armenische Kultur, Schrift, Sprache, die christliche Religion. „Sie ändern den Namen von Stepanakert, drehen alles um“, sagt er über die Aserbaidshaner, welche die Stadt Chankendi nennen. „Ihre Lüge ist stärker als unsere Wahrheit.“ Watschagan wirkt nicht ratlos, sagt, heute würden sie bei Freunden übernachten, dann wollten sie weiter nach Eriwan, wo eine Tochter studiere. Um Haus und Besitz sei es ihm nicht schade, beteuert er. „Das kriegen wir alles hin. Ich kann Besitz, Haus und Wohnung schaffen, kann arbeiten“, sagt Watschagan.

Doch auf einmal ist es, als zerbräche etwas in dem stolzen, zupackenden Mann. „Aber eine Heimat kann ich nicht erschaffen“, sagt er und schluchzt laut auf. „Um die Heimat tut es mir leid“, sagt er unter Tränen. „Sie ist doch das Wichtigste.“ Dazu zählen für Watschagan auch die Gräber seiner Eltern und Brüder in

Karabach. „Die Gräber sind für uns heilig.“ Watschagans Frau ist zu ihm getreten. „Wir wollen zurück, so sehr wollen wir zurück“, schluchzt sie. „Was haben wir denn getan?“

Den Armeniern und ihren internationalen Helfern bleibt, der Verzweiflung eine gute Logistik gegenüberzustellen. Gut zwei Dutzend Straßenkilometer von Goris in Richtung Grenze ist im Dorf Kornidsor ein weiteres Aufnahmezentrum eingerichtet. Es helfen nicht nur das Rote Kreuz und zahlreiche armenische Freiwillige, die auch aus dem vier Autostunden entfernten Eriwan zum Beispiel Windeln und Lebensmittel herbringen. Auch Bewohner von Goris unterstützen die Ankömmlinge, wo sie können. Am Aufnahmezentrum im Theater stehen Kleinbusse bereit. Sie bringen Leute in andere Orte, die kein eigenes Auto haben. Unter anderem nach Kapan, der Hauptstadt des Gebiets Sjunik, zu dem Goris gehört.

Der Fahrer des Kleinbusses erzählt, sonst fahre er von Goris nach Eriwan und zurück. Jetzt habe sein Chef gesagt, er solle die Flüchtlinge fahren. Wer da zahle, wisse er nicht, die Flüchtlinge jedenfalls nicht. An der Tankstelle am Stadtausgang Richtung Eriwan bilden sich Schlangen, Lastwagen und die voll beladenen Autos aus Karabach ziehen die Fahrt durch die bergige Landschaft in die Länge. Und in Goris selbst sind mittlerweile so viele Karabach-Armenier untergekommen, dass die Stadt am Mittwoch meldet, überfüllt zu sein: Weder bei Privatleuten noch in den Hotels der Stadt seien noch freie Plätze.

Greift Alijew nach mehr als nur Karabach?

Dabei gibt es viele Hotels in Goris. Die Stadt mit gut 20.000 Einwohnern ist in guten Zeiten ein Touristenzentrum. Sie liegt auf knapp 1400 Meter Höhe in einem Tal und hat neben guter Luft einiges zu bieten. Männer vor der Stadtverwaltung am Vienne-Park schwärmen von Heilpflanzen und Früchten, „sogar Kiwis wachsen“ hier, von dem ebenmäßigen Stadtplan, den ein Deutscher angefertigt habe, und von der langen Geschichte, die um eine Behauptung des Christentums kreist. In den berühmten Felsenhöhlen der Gegend hätten sich die Armenier früher „vor den Türken“ versteckt, sagt einer der Männer. Auch in den Felsen, die Goris in östlicher Richtung überragen, sind Höhlen zu erkennen. Dahinter liegt Karabach, wenn man den Berg hinauffährt und nach Osten schaut, sieht man die Berge aufragen – „gebirgiger schwarzer Garten“ lautet der Name der Region übersetzt. In dieser Richtung überfliegen immer wieder Hubschrauber die Stadt, und einmal fahren rund zwei Dutzend Krankenwagen nacheinander in Richtung der Trasse nach Stepanakert.

Am Mittwoch teilt die Regierung in Eriwan mit, bisher seien 142 Menschen, die im jüngsten aserbaidischen Angriff und der Explosion eines Treibstofflagers nordwestlich von Stepanakert am Montagabend verwundet worden seien, aus Karabach nach Armenien ausgeflogen worden, 95 weitere im Krankenwagen dorthin gebracht worden. Bei der Explosion des Treibstofflagers sind nach Angaben aus Stepanakert vom Dienstag 68 Menschen ums Leben gekommen, 105 weitere würden vermisst. Es ist eine weitere Tragödie inmitten der großen, des absehbaren Endes des armenischen [Karabachs](#).

Die Bewohner von Goris kennen Krieg und Fluchtbewegungen gut, sehen sich an der Front, mehr denn je. „Die Türkei wollte immer, dass die christliche Welt hier verschwindet“, sagt einer der Männer vor der Stadtverwaltung und spricht von Armenien als „Bollwerk“. Dabei ist das Gebiet Sjunik besonders exponiert, denn es trennt Aserbaidschan von dessen Exklave Nachitschewan. Gleich hinter dem Theater brüht die Schneiderin Seda einer Mittsiebzigerin Kaffee, die erst gestern aus Stepanakert angekommen ist und verwirrt wirkt. Wer wisse schon, was Alijew und der türkische Präsident [Recep Tayyip Erdoğan](#) noch vorhätten, sagt Seda. Die beiden wollten doch unbedingt diesen Korridor aus Aserbaidschan nach Nachitschewan durchsetzen.



Auch Süßigkeiten erhalten Flüchtlinge in einem Aufnahmelager in Goris. :Bild: EPA

Diese Verkehrsverbindung, Sangesur-Korridor genannt, wurde im Waffenstillstand von 2020 im Grundsatz vereinbart und würde durch das dazwischenliegende armenische Gebiet Sjunik verlaufen. Die Details sind aber umstritten, vor allem, wer die Route kontrollieren soll. Armenien will keine Regelung hinnehmen, die seine Souveränität verletzen würde. „Wir erwarten, dass Armenien alle Versprechen erfüllt, unter anderem, dass der Sangesur-Korridor geöffnet wird“, hat Erdoğan aber am Montag gesagt, als er den aserbajdschanischen Machthaber Ilham Alijew in Nachitschewan besuchte und dem Verbündeten zum „historischen Triumph“ von dessen Streitkräften gratulierte und deren „größtmögliche Rücksicht auf Zivilisten“ pries. Wenn niemand Alijew und Erdoğan stoppe, „sind wir wohl die Nächsten“, sagt die Schneiderin von Goris.

Baku hat nichts gegen die massenhafte Ausreise

Alijew hat den Karabach-Armeniern nach der Kapitulation ihrer Führung volle Rechte als Aserbajdschaner und ein „Paradies“ versprochen. Doch hat er offenkundig nichts gegen die Ausreise der Menschen aus Karabach, vor allem durch den lange blockierten Latschin-Korridor, wo sich jetzt die Fahrzeuge stauen – daher die langen Reisezeiten für die Flüchtlinge. Im vergangenen Frühjahr hatte Baku dort einen Grenzkontrollpunkt errichtet, entgegen den Bestimmungen des Waffenstillstands von 2020. Am Mittwochmorgen wird dort Ruben Wardanjan aufgegriffen, ein in Russland zum Dollar-Milliardär gewordener Geschäftsmann armenischer Herkunft, der eine Zeit lang als Regierungschef der Karabach-Armenier fungierte. Seine Frau sagt, er sei gefangen genommen worden beim Versuch, „Arzach“ zu verlassen.

Watschagan und andere Flüchtlinge berichten, bei ihnen hätten die aserbajdschanischen Kräfte am Kontrollpunkt nicht einmal die Pässe angeschaut, nur gezählt, wie viele Leute zu einer Gruppe gehören. Vor **Bakus** jüngstem Angriff gab die Regierung in Eriwan die Zahl der Bewohner Nagornyj Karabachs mit 120.000 an, Baku ging von weniger als der Hälfte aus. Jetzt gibt Eriwan die Zahl der „Zwangsumgesiedelten“, wie sie die Flüchtlinge nennt, mit mehr als 50.000 bis Mittwochnachmittag an. Vor der Presse in Goris referiert ein Sprecher des armenischen Ministerpräsidenten Nikol Paschinjan zudem Zahlen dazu, wie viele Karabach-Armenier der Staat wo untergebracht habe, und hebt hervor, das sei nur eine erste Hilfe: „Unser Hauptziel ist es, den Armeniern von Nagornyj Karabach eine bestimmte Bleibe zu verschaffen.“

Paschinjan selbst ist bisher nicht nach Goris gekommen. Die Schneiderin Seda nimmt ihn in Schutz. Sie macht das alte, 2018 in der „samtenen Revolution“ gestürzte, korrupte Machtkartell für die Misere verantwortlich, das Wurzeln in Stepanakert hatte. Doch bei anderen in Goris wäre der Ministerpräsident nicht wohl gelitten. Eine Frau mittleren Alters, die gerade nach 25 Stunden mit Familie und Freunden in einem Kleinbus angekommen ist und ihren Namen nicht nennen will, spricht von „Verrat“. Paschinjan habe sie ohnehin entsprechend abgeschrieben, aber auf die russischen Friedenstruppen gehofft, vielleicht sogar darauf, dass „Arzach“ Teil Russlands werde. „Alles umsonst.“

Auch der Westen enttäuscht sie. „Im zivilisierten Europa, im 21. Jahrhundert findet ein Genozid statt, alle appellieren, aber niemand will helfen“, sagt sie. „Sie sagen, Arzach ist nicht anerkannt. Aber wir existieren doch, wir sind doch Menschen, wir leben dort.“ Sie erinnert an frühere Massaker an Armeniern, frühere Eskalationen, jüngst die Blockade. Wie solle man so jemandem trauen? „Aserbaidtschan will uns alle aufschlitzen. Sie wollen nur unser Land.“ Sie befürchtet, jetzt in ein Grenzgebiet zu Aserbaidtschan zu kommen, „da ist es auch nicht ruhig“.

Ein junger Mann, der nach mehr als 24 Stunden Fahrt über eine neue, von Aserbaidtschan angelegte Straße südlich des Latschin-Korridors angekommen ist und ebenfalls seinen Namen nicht nennen will, spricht von „Verrat“ auch durch die Führung der Karabach-Armenier. Er habe Wehrdienst geleistet, sei bereit gewesen, für die Heimat zu kämpfen. „Aber es gab keine Mobilmachung. Als wäre alles ausgemacht gewesen.“ Auch Watschagan, der Mann aus Stepanakert, findet, Karabach sei „verkauft“ worden. Schon weil die Armee der Karabach-Armenier keine guten Waffen bekommen habe und ihren Feinden hoffnungslos unterlegen sei.

28 septembre 2023 (Le Figaro)

[Eugénie Bastié: «Et maintenant, ils veulent déboulonner Albert Camus» \(lefigaro.fr\)](#)

«Et maintenant, ils veulent déboulonner Albert Camus»

Par [Eugénie Bastié](#)

Publié hier à 18:27, mis à jour il y a 1 heure



Telle est la loi de l'intersectionnalité: le mâle blanc hétérosexuel est un monstre protéiforme. Voilà ce qui ressort du dernier essai de l'universitaire américain Olivier Gloag, *Oublier Camus*. *Le Figaro*

CHRONIQUE- Dans *Oublier Camus* (La Fabrique), Olivier Gloag prétend démythifier l'auteur de *L'Étranger*. Il serait colonialiste, raciste, machiste et munichois. Un livre purement à charge où la littérature est absente et l'idéologie omniprésente.

Déboulonneur de statues : voilà un métier en tension dont on parle peu. Pourtant, dans les facs anglo-saxonnes, il n'est pas de situation plus enviable. Faire chuter les DWEMs («Dead White European Males», pour «Mâles européens blanc et morts») de leurs piédestaux est devenu un département à part entière de la recherche occidentale. La littérature y est enseignée comme une branche des «postcolonial studies» . Olivier Gloag, professeur à l'université de Caroline du Nord, fait partie de cette espèce qui a de commun avec les virologues de se faire spécialistes d'un sujet qu'on a pour ambition de détruire. *«Oublier Camus»* : tel est son programme. Et on ne parle pas de Renaud, mais bien d'Albert.

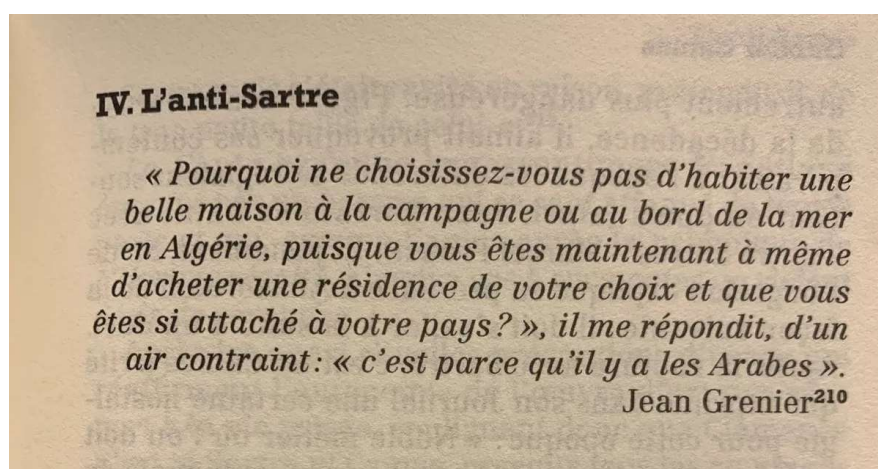
On ouvrirait cependant ce livre, sinon avec bienveillance, du moins avec curiosité. Il y a en effet quelque chose d'agaçant dans le consensus mou autour d'Albert Camus, une sorte de confort intellectuel, de culte du juste milieu, où l'injonction à la nuance masque parfois une tentation de la dérobade. Mais l'auteur ne se livre pas, dans un esprit de libre examen, à une mise à l'épreuve des contradictions de Camus. Il mêle procès d'intention, citations tronquées, malhonnêteté intellectuelle la plus crasse pour dénaturer sa vie et son œuvre.

Il ne reproche pas à Camus de ne pas avoir été anticolonialiste. C'est vrai, Camus a cru et plaidé jusqu'à la fin de sa vie contre l'indépendance de l'Algérie qu'il jugeait insupportable. Il lui reproche d'avoir été un colonialiste forcené. Ses reportages sur la misère en Kabylie ? Habillage humanitaire destiné à montrer qu'il pourrait exister un *«colonialisme à visage humain»*. *L'Étranger* ? Un chef-d'œuvre de racisme qui nie l'existence même des Arabes. *La Peste* ? Un roman dont la métaphore n'est pas l'Occupation allemande mais la peur du basculement démographique en Algérie. *L'Homme révolté* ? Un texte *«fondamentalement réactionnaire»* parce qu'il cible principalement le communisme. *La Chute* ? Un plagiat hanté par le ressentiment envers Sartre. *Le Premier Homme* ? Un livre de propagande, *«le roman d'un écrivain colonial»*.

Substitution de pensée

Prenons un exemple parmi d'autres de la malhonnêteté intellectuelle de l'auteur. P 87 de son livre, il met en exergue de son chapitre cette phrase de Jean Grenier, très proche ami de Camus qui rapporte une conversation qu'il a eue avec lui : *«Pourquoi ne choisissez-vous pas d'habiter une belle maison à la campagne ou au bord de la mer en Algérie, puisque vous êtes maintenant à même d'acheter une résidence de votre choix et que vous êtes si attaché à votre pays. Il me répondit, d'un air contraint : c'est parce qu'il y a les Arabes».*

Olivier Gloag coupe sciemment la phrase après *«Arabes»*. Il ne cite pas la suite : *«ne voulant pas dire que les Arabes le gênaient par leur présence, mais par le fait qu'ils avaient été dépossédés.»* Il substitue donc sciemment à la délicatesse de Camus sa propre interprétation raciste. Il ose écrire, sans doute pour vanter la largesse d'esprit de la dictature algérienne, que *«Camus est enseigné en Algérie»* alors que la propagande algérienne l'a banni des mémoires.



La phrase originale: *«Pourquoi ne choisissez-vous pas d'habiter une belle maison à la campagne ou au bord de la mer en Algérie, puisque vous êtes maintenant à même d'acheter une résidence de votre choix et que vous êtes si attaché à votre pays ?», il me répondit, d'un air contraint: "C'est parce qu'il y a les Arabes", ne voulant pas dire que les Arabes le gênaient par leur présence mais par le fait qu'ils avaient été dépossédés»*

Gloag pense qu'à travers la glorification de Camus, c'est le dénigrement de Sartre qui est à l'œuvre. Lui démythifie Camus pour mieux mythifier Sartre. Camus est guindé, désuet, plagiaire, banal. Sartre est drôle, érudit, fin, percutant. **On manque de s'étouffer quand on lit sous la plume de M. Gloag, qui n'est pas plus historien que critique littéraire, que Sartre aurait été un «intellectuel résistant» de la première heure, tandis que Camus aurait été munichois, pacifiste et attentiste.** Pourquoi, lui qui aime tant les citations décontextualisées quand il s'agit de Camus, ne rappelle-t-il pas celle de Sartre : *«Jamais nous n'avons été aussi libres que sous l'occupation allemande»* (Camus n'aurait jamais osé écrire *«Jamais nous n'avons été aussi libres que sous la colonisation»*) ? Pourquoi ne rappelle-t-il pas que Sartre a pris la place d'un professeur juif au lycée Condorcet en 1941 ?

Camus n'a pas choisi de naître en Algérie. Ses ancêtres y avaient migré plus d'un siècle avant qu'il n'écrive ses premiers textes. Il a aimé avec passion cette terre qui lui a donné l'éclat du soleil et de la mer, ses nuits parfumées et étoilées. Il a été déchiré toute sa vie entre son souci de justice et l'attachement à ses racines

Sartre a beau jeu d'écrire, pour critiquer *Le mythe de Sisyphe*, que *«l'absurdité de notre condition n'est pas la même à Passy et à Billancourt»*. Le rapport à la colonisation n'est pas le même qu'on soit né dans une famille bourgeoise du XVI^e arrondissement comme Sartre ou dans une famille pauvre pied-noir d'Alger. Camus n'a pas choisi de naître en Algérie. Ses ancêtres y avaient migré plus d'un siècle

avant qu'il n'écrive ses premiers textes. Il a aimé avec passion cette terre qui lui a donné l'éclat du soleil et de la mer, ses nuits parfumées et étoilées. Il a été déchiré toute sa vie entre son souci de justice et l'attachement à ses racines.

Oui, il a préféré sa mère à la violence aveugle qui fait avancer la révolution. Choses ridicules pour M. Gloag pour qui les sensations et les attachements ne sont rien au regard de la roue hégélienne de l'histoire. Que peut comprendre un existentialiste sartrien au geste de Jacques Cormery, double de Camus dans *Le Premier homme*, qui s'incline devant la tombe de son père, mort plus jeune que lui ? Un homme ne peut pas avoir tous les défauts... et bien Camus si ! **Comme s'il ne suffisait pas de peindre Camus en colon, il faut aussi rappeler qu'il fut un abominable macho. Après tout telle est la loi de l'intersectionnalité : le mâle blanc hétérosexuel est un monstre protéiforme.**

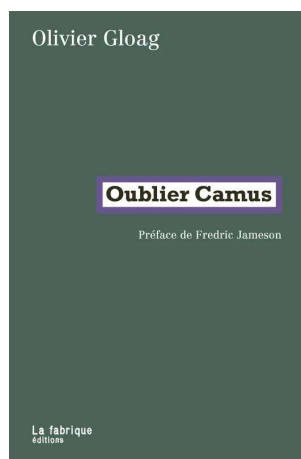
Last but not least. Un homme ne peut pas avoir tous les défauts... et bien Camus si ! Comme s'il ne suffisait pas de le peindre en colon, il faut aussi rappeler qu'il fut un abominable macho. Après tout, telle est la loi de l'intersectionnalité : le mâle blanc hétérosexuel est un monstre protéiforme. **Jaloux maladif, il a un rapport «*adversatif*» aux femmes qui témoigne d'un ressentiment larvé. Il opprime Maria Casarès. C'est vrai que Sartre, qui partageait ses objets sexuels avec Beauvoir, était un saint féministe.**

Logique circulaire

On sait ce que nous répondra l'auteur s'il lit ces lignes : que *Le Figaro* critique son livre est bien la preuve que Camus était de droite ! **En vertu de la logique circulaire qui anime le postcolonialisme, tout ce qui peut lui être argumenté est en réalité une démonstration de sa vérité suprême : plus la France fait de Camus une icône humaniste et antiraciste, plus elle démontre qu'elle «*n'a jamais fait son tournant anticolonialiste*». Oui, et c'est tant mieux : si Camus triomphe en France, c'est que la France reste attachée à l'universalisme républicain, qui, malgré tous ses défauts est une fiction plus constructive que la fiction identitaire postcoloniale.**

Tout ce qui est excessif est insignifiant, dira-t-on. **Pourtant, ce livre est significatif de ce qu'Alain Finkielkraut appelle l'«*après-littérature*», ce monde où l'idéologie triomphe du particulier. Car c'est bien la littérature qui est absente de cet essai où l'écrivain tourmenté est réduit au militant de la colonisation.**

Rassurons tout de même. **N'en déplaise aux greffiers du ressentiment qui peuplent les universités américaines, nous ne déboulonnerons pas Camus. Nous n'effacerons pas ses soifs et ses déchirements, ses fidélités et ses scrupules, son amour de la beauté et sa nostalgie de l'enfance, et le balancement entre le soleil et la tragédie qui berce son œuvre. Nous n'oublierons pas Camus. En revanche, nous avons déjà oublié M. Gloag.**



Oublier Camus, La Fabrique, 155p, 15 euros La Fabrique

28 septembre 2023 (Le Figaro)

[De Staline à Poutine, un siècle de communisme rouge sang \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

De Staline à Poutine, un siècle de communisme rouge sang

Par [Geoffroy Caillet](#)

Publié il y a 2 heures



Affiche de propagande stalinienne de 1948, à la gloire de «la génération Komsomol». *Fine Art Images / Bridgeman Images*

François Kersaudy décrypte dans son nouvel essai dix manifestations stupéfiantes de l'idéologie la plus meurtrière du XX^e siècle.



Couverture du *Figaro Histoire* «1839-1911 : la Chine humiliée», en kiosque à partir du jeudi 28 septembre. *Le Figaro*

Que reste-t-il à élucider du communisme ? Chaque décennie n'a-t-elle pas, de la révolution d'Octobre à la chute de l'Union soviétique, charrié son lot de révélations, à mesure que les incarnations politiques du marxisme-léninisme se sclérosaient, chancelaient et s'effondraient, dévoilant dans leur chute **la pile de cadavres sur lesquels elles avaient élevé leur utopie ?**

En 1997, [Le Livre noir du communisme, dirigé par Stéphane Courtois](#), a fait figure de pierre milliaire pour l'établissement et l'analyse de faits longtemps dissimulés ou manipulés. [Dix faces cachées du communisme, que propose ici François Kersaudy, fin connaisseur de la Seconde Guerre](#)

mondiale et biographe de Churchill, Hitler, Staline ou De Gaulle, ne prétend donc pas démasquer, mais remettre en lumière autant d'épisodes qui ont jalonné l'histoire de cette idéologie et de ses acteurs, pour caractériser à frais nouveaux **le système de mensonge et de terreur qui la rendit possible**.

Kaléidoscope du communisme

Classés chronologiquement, ces dix chapitres d'importance variable tiennent alternativement de l'enquête, du récit et de la biographie. Comme en un kaléidoscope du communisme, le sordide y côtoie le burlesque, l'attendu y voisine avec l'impensable, l'irrationnel y succède à la logique.

Qu'une idéologie aussi mortifère puisse exercer un tel attrait et susciter autant de dévouements fanatiques, voilà qui restera sans doute l'une des plus grandes énigmes de ces cent dernières années

François Kersaudy

Il faut dire que la plume alerte et l'humour acéré de l'auteur excellent à rendre la farce tragique que ne cessa jamais d'être **l'idéologie la plus meurtrière du XXe siècle**, et c'est au fond le panorama de cette aberration sanglante que déroule François Kersaudy, après avoir nommé le mystère qui s'y attache : «*Qu'une idéologie aussi mortifère puisse exercer un tel attrait et susciter autant de dévouements fanatiques, voilà qui restera sans doute l'une des plus grandes énigmes de ces cent dernières années.*»

En fait de manipulation, l'histoire de l'or espagnol constitue probablement un sommet dans la carrière pourtant bien fournie de Staline. La cause des républicains espagnols, confrontés au soulèvement nationaliste du 18 juillet 1936, ne l'enthousiasmait guère. Mais n'était-il pas tenu de leur prêter main-forte par sa nouvelle politique antifasciste, destinée à faire pièce à Hitler et à Mussolini ? Il opta finalement pour de parcimonieuses distributions d'armes et une nuée d'agents du Komintern, destinés à encadrer camarades ibères et Brigades internationales. **Pour financer les premières, le gouvernement espagnol de Largo Caballero expédia alors par bateau à Moscou 510 tonnes d'or de la Banque d'Espagne : un «dépôt» d'un demi-milliard de dollars en échange de livraisons sporadiques d'armes inadaptées ou à la limite du rebut !**

Jusqu'à la fin du conflit, toute critique de ce procédé se traduit par l'élimination de son auteur sous les coups du NKVD, la terrible police politique soviétique, qui faisait la pluie et le beau temps dans le camp républicain. **Exécuteur des basses œuvres de Staline en Espagne, le colonel Orlov lui-même dut fuir aux États-Unis pour échapper à la paranoïa de son maître. C'est de là-bas qu'il ferait connaître au monde entier l'incroyable histoire de l'or espagnol, qui dort peut-être encore dans les coffres du Kremlin, malgré les dénégations de la Russie**. Harcelé par le KGB, nouvel ersatz du NKVD, Orlov échappa du moins à la vengeance de Staline.

Des Soviétiques antistaliniens

Personnage bien plus digne d'intérêt, **le général Vlassov** n'eut pas cette chance. Ce brillant général, qui s'était fait une spécialité de transformer en troupes d'élite les pires unités de l'Armée rouge, fut capturé par les Allemands en juillet 1942 après avoir tenté héroïquement de briser l'encerclement de Leningrad pour répondre au plan irréalisable imposé par Staline. L'état-major nazi lui proposa alors de constituer une armée antisoviétique au sein de la Wehrmacht, avec les prisonniers russes. Vlassov, qui ne pardonnait à Staline ni son incompetence militaire ni les purges sanglantes des années 1930, et connaissait le sort qui lui serait réservé en URSS, accepta. Hitler, plein de mépris à son égard, tenta de le cantonner au territoire du Reich, mais la complicité des officiers allemands lui ouvrit les portes de la Russie occupée, où il fit œuvre de propagande contre Staline avec un immense succès.

L'Armée de libération russe vit enfin le jour dans les derniers mois de la guerre. Mais elle se trouva prise entre le marteau et l'enclume, et finit par appuyer l'insurrection des résistants praguais, des frères slaves, contre les nazis avant de fuir, talonnée par l'Armée rouge. Alors que les Américains ne savaient que faire de ces Russes antistaliniens portant uniforme allemand et croix de Saint-André, Vlassov et onze des siens furent capturés par les Soviétiques. Mieux vaut qu'on ignore ce que leur fit subir Staline pendant les quinze mois de leur détention, qui s'acheva par la pendaison. **À peine pire sans doute que le sort qu'il voulait réserver à Tito pour avoir émancipé la Yougoslavie de la tutelle de Moscou. Seule la mort de Staline, le 5 mars 1953, lui permit de s'en tirer.**

C'est qu'il n'est pas facile de vieillir au pays du communisme, comme Khrouchtchev en fit l'expérience. Remercié par le Politburo en octobre 1964, le successeur de Staline occupa sa retraite forcée à enregistrer ses mémoires dans sa datcha truffée de micros. De quoi indisposer Brejnev, alors occupé à polir sa propre statue. En 1970, cinq mois après la confiscation de ses manuscrits et de ses bandes audio par le KGB, l'ouvrage était cependant publié aux États-Unis grâce au fils de Khrouchtchev, qui y avait fait passer des copies. Les Soviétiques en conçurent de l'amertume et le vieil animal politique le désir de leur donner une suite, *«dans l'espoir que les générations futures éviter[ai]ent les erreurs du passé»*.

Opération blanchissement

On lira encore avec profit la mini-biographie consacrée à Che Guevara pour tenter de comprendre comment cet idéologue argentin phraseur et cruel continue de séduire ceux-là mêmes qu'il abhorrait, des germanopratsins aux syndicalistes, des antiracistes aux militants LGBT.

Mais c'est peut-être dans le chapitre «Quand les rouges broient du noir», consacré à la réception du *Livre noir du communisme*, que l'ouvrage de Kersaudy prend tout son sens. **L'auteur y montre en effet comment, faute de pouvoir contester les faits établis par cet ouvrage collectif, la critique s'attaqua à l'analyse de Stéphane Courtois, qui osait s'étonner de la différence de traitement réservée en Occident aux crimes du nazisme et du communisme. On assista alors dans une grande partie des médias et de l'Université à un concours Lépine d'arguments sidérants pour blanchir le communisme, la palme revenant peut-être au député PCF Roland Leroy lançant à Stéphane Courtois : «À l'origine du nazisme, il y a la haine des hommes. À l'origine du communisme, il y a l'amour des hommes !»**

Jean-François Revel avait donc raison, qui notait : *«Le totalitarisme le plus efficace (...), le seul présentable, le plus durable fut celui qui accomplit non pas le Mal au nom du Mal, mais le Mal au nom du Bien.»* Un quart de siècle plus tard, il suffit de constater l'indulgence des électeurs de tous bords à l'égard d'un PCF même réduit à peu de chose pour comprendre à quel point ce diagnostic est sans remède. **Proust** ne nous avait-il pas déjà prévenus à sa façon, lorsqu'il écrivait : *«Les faits ne pénètrent pas dans le monde où vivent nos croyances, ils n'ont pas fait naître celles-ci, ils ne les détruisent pas ; ils peuvent leur infliger les plus constants démentis sans les affaiblir» ?*

FRANÇOIS KERSAUDY



**DIX FACES
CACHÉES DU
COMMUNISME**

**L'OR ESPAGNOL : LE PLUS GRAND HOLD-UP DE STALINE
QUELQUES FAUX OUVRAGES REMARQUABLES SUR L'UNION SOVIÉTIQUE
VLASSOV, TRÂTRE OU HÉROS ?**

L'URSS ET LE CADAVRE ERRANT D'ADOLF HITLER

TITO ET STALINE : LA GUERRE DES MARÉCHAUX

KENNEDY ET KHROUCHTCHEV, LES ESCRIMEURS DE L'ATOME

LE TESTAMENT EXPLOSIF DE MONSIEUR K.

QUAND LES ROUGES BROIENT DU NOIR

QUI ES-TU, CHE GUEVARA ?

POUTINE, LE DERNIER AVATAR DU COMMUNISME

PERRIN

Dix faces cachées du communisme, François Kersaudy (Perrin), 432 pages, 23 €. Perrin

28 septembre 2023 (Le Figaro)

[Dette : la France empruntera 285 milliards d'euros sur les marchés en 2024, du jamais vu \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

Dette : la France empruntera 285 milliards d'euros sur les marchés en 2024, du jamais vu

Par W.P

Publié hier à 12:28, mis à jour hier à 13:43

Ce montant vient dépasser le record de 2023, qui s'élevait à 270 milliards d'euros.

L'Etat français veut lever 285 milliards d'euros de dette sur les marchés financiers en 2024, un record après 270 milliards d'euros en 2023, a annoncé l'Agence France Trésor mercredi en marge de la présentation du budget de l'an prochain. En 2024, les besoins de financement sont pourtant moins élevés que l'an dernier: l'Etat doit trouver au total 299,7 milliards d'euros, soit une *«baisse de 10,6 milliards d'euros comparé au besoin de financement 2023 actualisé»*.

Cette économie est notamment permise sous l'effet de la baisse du déficit à financer, qui passe de 172,1 milliards d'euros en 2023 à 144,5 milliards d'euros en 2024. Cependant, l'Etat compte couvrir ses besoins de financement en se passant des disponibilités du Trésor. *«La trésorerie excédentaire qui avait été accumulée en 2020 ayant été utilisée au cours des exercices 2022 et 2023, nous n'avons plus l'intention de mettre à contribution cette ligne»*, a commenté Cyril Rousseau, directeur général de l'AFT.

L'Etat devra en outre amortir un montant de dette arrivant à échéance plus élevé en 2024 (160,2 milliards contre 149,6 en 2023). La charge budgétaire de la dette en 2024 est prévue en augmentation à 52,2 milliards d'euros en 2024, a indiqué l'AFT, alors que le gouvernement est confronté à une remontée des taux d'intérêt sur les marchés.

28 septembre 2023 (Le Figaro)

[Budget 2024: ces économies que le gouvernement n'arrive toujours pas à faire... \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

Budget 2024 : ces économies que le gouvernement n'arrive toujours pas à faire...

Par [Julie Ruiz](#)



Bruno Le Maire, ministre de l'Économie, et Thomas Cazenave, ministre délégué aux Comptes publics, mercredi, à l'Élysée. *JOHANNA GERON / REUTERS*

DÉCRYPTAGE - Le gouvernement se repose, l'an prochain, sur des économies surtout réalisées en réduisant les crédits de dispositifs exceptionnels. Les réformes structurelles, elles, sont reportées. Et le désendettement patine.

L'addiction à la dépense publique ne se réduit pas et le rétablissement des comptes se fait attendre. Le budget de l'État (PLF) et celui de la Sécurité sociale (PLFSS) pour 2024, présentés en Conseil des ministres mercredi matin, montrent toute la difficulté à tourner la page des crises sanitaire et énergétique. Difficile de réduire le déficit public pour le gouvernement, pris entre sa promesse de ne pas augmenter les impôts et la bombe politique que constitue la montée des prix. **En dépit des discours que Bruno Le Maire tient depuis quelques jours sur « l'impératif catégorique » du désendettement, les économies que le gouvernement a cherchées frénétiquement pendant des mois restent quasi-absentes.**

Certes ce budget respecte les engagements européens de la France, mais le déficit 2024 s'élève encore à 4,4 % du PIB (contre 4,9 % l'an dernier). **En valeur, cela représente tout de même près de 130 milliards d'euros de déficit.** Quant à la Sécurité sociale, qui pèse 45 % de la dépense publique, elle va encore une fois voir son déficit se creuser, passant de 8,8 milliards cette année à 11,2 milliards l'an prochain, et même jusqu'à 17,5 milliards en 2027. Au sein de cet ensemble, la branche maladie en particulier demeure déficitaire de 9,3 milliards en 2024, du fait de dépenses pérennes nées de la crise, en particulier les revalorisations salariales des agents hospitaliers.

Le PLF contient peu de mesures d'économies structurelles, malgré le premier millésime des revues des dépenses

Pierre Moscovici, premier président de la Cour des comptes

Et pourtant, pour arriver à ce résultat peu glorieux, le gouvernement se félicite d'avoir su trouver des économies. Le ministre de l'Économie se réjouit du fait que les dépenses de l'État reculeront de près de 5 milliards entre 2023 et 2024 et ce, grâce à 16 milliards d'économies «*par rapport à l'augmentation naturelle des dépenses*», précise Bercy. **En réalité, la majeure partie de ces économies sont réalisées en réduisant les crédits de dispositifs exceptionnels.**

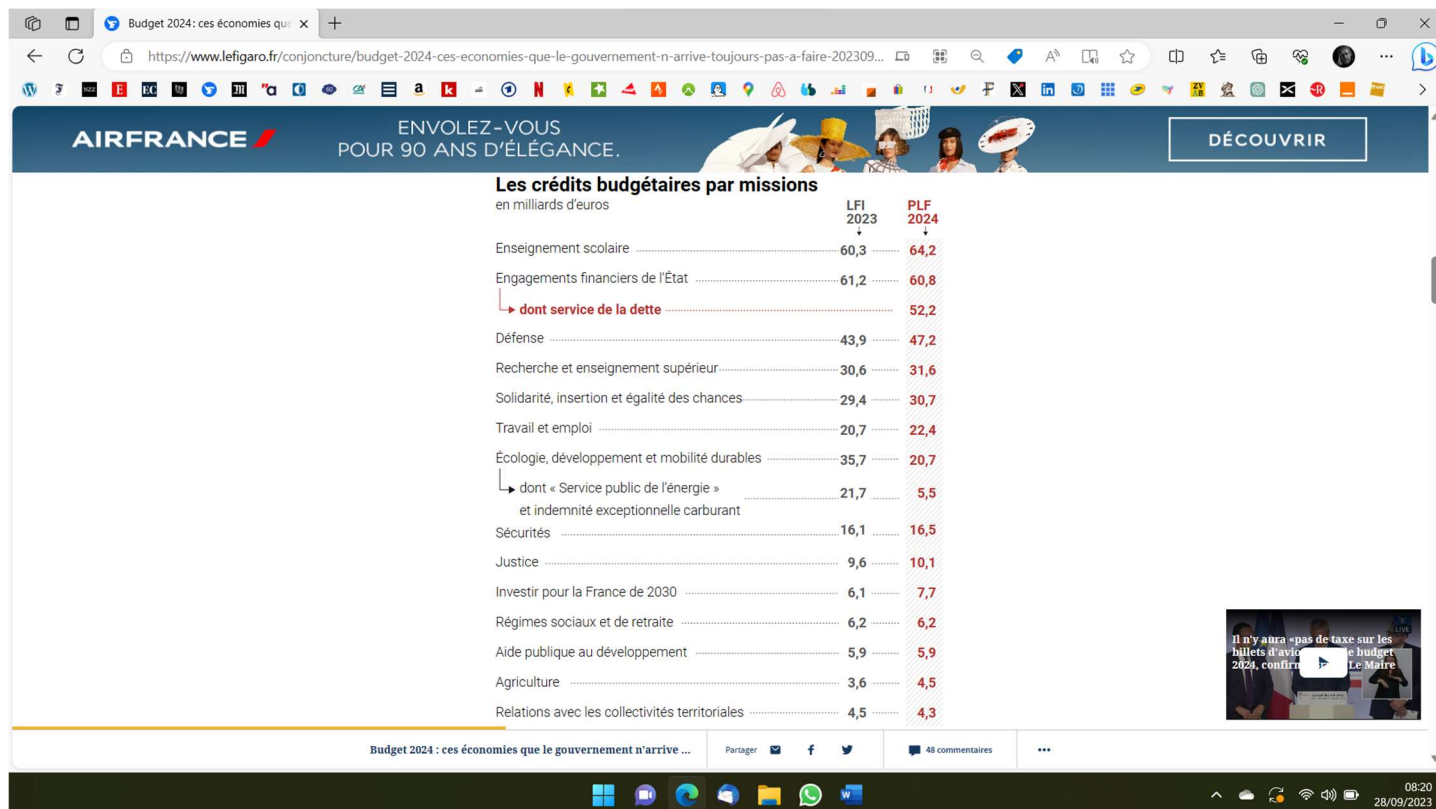
C'est le cas pour le bouclier tarifaire - qui permet d'économiser 10 milliards d'euros - ou encore des aides énergies pour les entreprises - environ 4 milliards d'euros. *«Le PLF contient peu de mesures d'économies structurelles, malgré le premier millésime des revues des dépenses»* regrette Pierre Moscovici, premier président de la Cour des comptes.

Coups de rabot

Ces « revues des dépenses » qui continueront à être menées « avec fermeté » l'an prochain, selon Bruno Le Maire, ont permis cette année d'identifier « 1,5 milliard d'économies : 800 millions sur les politiques d'emplois, 200 millions sur les niches fiscales sur le gazole non routier (GNR) et 500 millions sur les opérateurs de l'État », détaille l'entourage du ministre. En réalité, les 200 millions d'économies réalisées sur le GNR seront intégralement réaffectés aux secteurs concernés et les «500 millions sur les opérateurs» correspondent à des sommes que l'État entend puiser dans leur propre trésorerie.

Dans la sphère sociale, l'exécutif fera bien quelques économies en réduisant le coût des contrats des apprentis et des contrats aidés. Dans la santé, il promet 3,5 milliards d'euros d'économies pour contenir la hausse des dépenses de santé à 3,2 % l'an prochain (contre 4,8 % cette année) - objectif d'ailleurs bien optimiste, selon le Haut Conseil des finances publiques. Mais **ces économies se limitent aux coups de rabot traditionnels sans réformes structurelles de fond**. Le gouvernement va ainsi grignoter 1,3 milliard grâce à des mesures de régulation sur le médicament, 240 millions sur les soins de ville via des leviers traditionnels comme les tarifs de la biologie, de la radiologie ou encore en encourageant le covoiturage en transport sanitaire. Il espère gagner 1,25 milliard en incitant les soignants à modérer les prescriptions de médicaments et examens, et 600 millions en renforçant la politique d'achat et l'efficacité des soins dans les établissements sanitaires.

En réalité, là aussi, en raison de difficultés opérationnelles ou par prudence politique, l'exécutif a reculé sur des mesures structurantes d'économies, qui sont reportées à plus tard.



The screenshot shows a web browser window with the URL <https://www.lefigaro.fr/conjoncture/budget-2024-ces-economies-que-le-gouvernement-n-arrive-toujours-pas-a-faire-202309...>. The page features an AIRFRANCE banner at the top with the text "ENVOLEZ-VOUS POUR 90 ANS D'ÉLÉGANCE." and a "DÉCOUVRIR" button. Below the banner is a table titled "Les crédits budgétaires par missions" showing budgetary credits in billions of euros for various missions, comparing the LFI 2023 and PLF 2024.

Missions	LFI 2023	PLF 2024
Enseignement scolaire	60,3	64,2
Engagements financiers de l'État	61,2	60,8
↳ dont service de la dette		52,2
Défense	43,9	47,2
Recherche et enseignement supérieur	30,6	31,6
Solidarité, insertion et égalité des chances	29,4	30,7
Travail et emploi	20,7	22,4
Écologie, développement et mobilité durables	35,7	20,7
↳ dont « Service public de l'énergie » et indemnité exceptionnelle carburant	21,7	5,5
Sécurité	16,1	16,5
Justice	9,6	10,1
Investir pour la France de 2030	6,1	7,7
Régimes sociaux et de retraite	6,2	6,2
Aide publique au développement	5,9	5,9
Agriculture	3,6	4,5
Relations avec les collectivités territoriales	4,5	4,3

At the bottom of the page, there is a video player with the title "Il n'y aura pas de taxe sur les billets d'avion dans le budget 2024, confirme Le Maire". The browser's taskbar at the bottom shows the date 28/09/2023 and the time 08:20.

Pistes abandonnées

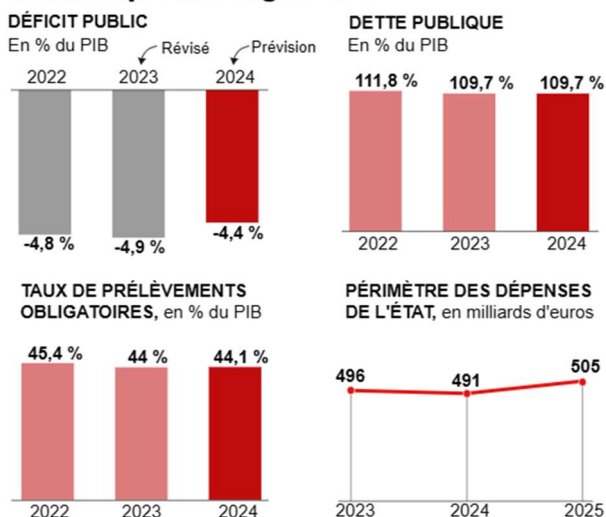
Si le PLFSS comprend des mesures pour renforcer le pouvoir de contrôle de l'Assurance-maladie et des employeurs sur **les arrêts maladie**, **le gouvernement a reporté à l'automne prochain la réforme du délai de carence, qu'il envisageait de porter à 7 jours, pour enrayer l'explosion des indemnités journalières qui ont bondi de 7,7 % en 2022.** «*On avait évoqué cette option, on l'a examinée et on a considéré qu'on n'était pas assez avancé pour comprendre les "effets de bord", et qu'on devait en parler plus avant avec les parties prenantes*», a expliqué Aurélien Rousseau. **Autre mesure emblématique, le doublement de la franchise - de 50 centimes à 1 euro par boîte de médicament et de 1 à 2 euros sur la consultation médicale -, évoqué par le gouvernement, ne figure pas dans le texte.**

Cette mesure devait pourtant rapporter entre 700 et 800 millions d'euros. «*La piste est sur la table, mais la décision n'est pas prise, elle est en cours de discussion et trouvera sa mise en œuvre potentielle par voie réglementaire*», a indiqué Bercy. Enfin, si le gouvernement a lancé une réforme du financement des hôpitaux pour sortir de la tarification à l'activité (T2A), elle vise plus la pertinence et la qualité des soins qu'à dégager des économies. **Symbole du travail qui reste à faire, le ministère de la Santé a annoncé qu'« une revue des dépenses va être lancée pour trouver 12 milliards d'euros d'économie en 2025, dont 6 milliards dans la sphère des administrations de Sécurité sociale ».**

D'autres pistes abandonnées cette année pourraient faire leur retour dans les prochains textes budgétaires, comme l'idée d'établir un « reste à charge » sur le compte personnel de formation (CPF). **Il faut dire que, s'il veut tenir ses engagements européens pour 2025, l'État doit trouver 12 milliards d'euros d'économies. Il lui faudra alors prendre des décisions courageuses car, cette fois, il ne pourra pas compter sur la réduction des dispositifs exceptionnels.** Cette année, la manne de la fin du bouclier tarifaire a permis à Bercy d'augmenter les budgets de presque tous les ministères. L'année prochaine, notamment à cause de **la charge de la dette qui augmentera de près de 6 milliards**, le gouvernement ne pourra pas se le permettre. D'ailleurs, dans les prévisions pour 2025, les budgets de la plupart des missions de l'État (à l'exception notable des missions régaliennes, protégées par des lois de programmation) augmentent à peine ou stagnent.

Autre dossier qui pose d'ores et déjà problème : le nombre de fonctionnaires. En effet, le PLF 2024 prévoit la création de plus de 8 200 postes. Celui de 2023 en annonçait 10.800. Or, Emmanuel Macron avait plutôt défendu une ligne de « stabilisation » de la masse salariale de l'État sur l'ensemble de son second quinquennat. Le gouvernement supprimera-t-il 18.000 postes de fonctionnaires entre 2025 et 2027 ? À Bercy, la question embarrasse. Dans les années à venir, elle risque de ne pas être la seule.

Les principaux éléments de cadrage économique du budget 2024



27 septembre 2023 (The Economist)

[Slowing human ageing is now the subject of serious research \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Technology Quarterly | In search of forever

Slowing human ageing is now the subject of serious research

And some of it is making progress, writes Geoffrey Carr

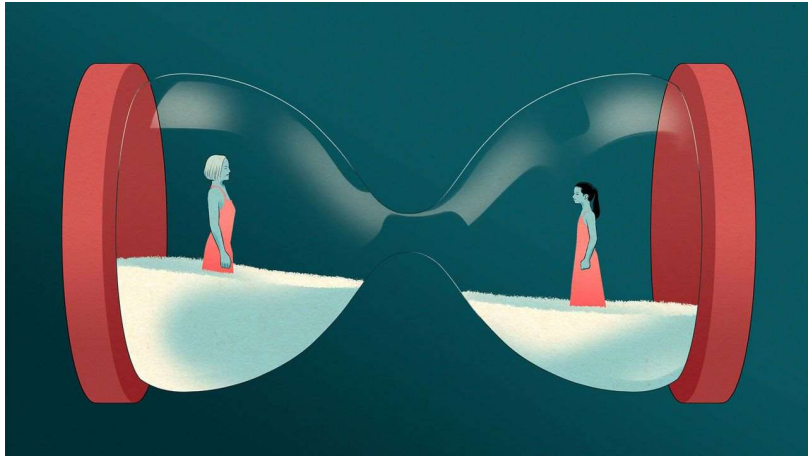


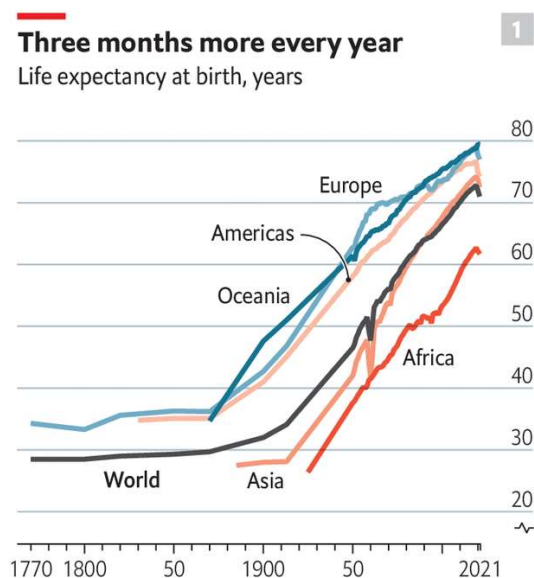
image: anuj shrestha

Sep 25th 2023

This is part one of [our series](#) on slowing the progress of ageing. Other articles include:

- [Eating fewer calories can ward off ageing—and various existing medicines may offer similar benefits](#)
- [Ageing bodies need to get rid of decrepit cells. Senolytics and cellular rejuvenation could hold the key](#)

“All my possessions for a moment of time.” Those, supposedly, were the last words of Elizabeth I, who as queen of England had enough possessions to be one of the richest women of her era. Given her patronage of alchemists—who searched, among other things, for an elixir of life—she may have meant it literally. But to no avail. She had her last moment of time in March 1603, a few months short of the three score years and ten asserted by the Bible to be “the days of our years”.



Source: Our World in Data

image: the economist

Things have improved since the reign of Good Queen Bess. People in the rich world can now reasonably assume that the days of their years will last well beyond 70. Those in poorer countries are catching up (see chart 1). In every year since 1950 average life expectancy around the world has risen by 18 weeks.

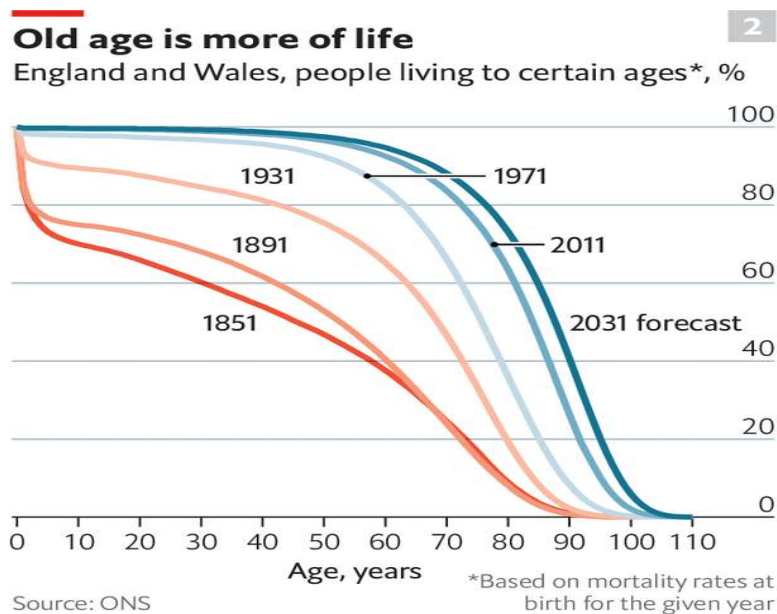


image: the economist

There are, however, two catches. One is that the increases seem to have a limit. The number of centenarians has been growing and will grow more. The Pew Research Centre predicts there will be 3.7m worldwide by 2050, three times as many per head of population as in 2015. But only one in 1,000 of them lives beyond 110, and no one in history is reliably attested to have got past 120. The average is going up; the maximum, much less so (see chart 2). The other catch is that “healthspan”, the number of healthy, vital years, does not automatically keep pace with lifespan.

Some of Elizabeth’s modern equivalents in wealth, if not majesty, are as desperate as she was for more moments than are currently on offer. In the hope of longer, healthier lives they are offering substantial down payments to today’s alchemists, the wizards of medicine and biotechnology trying to understand, decelerate and, ideally, reverse bodily ageing and its attendant ills.

Peter Thiel, a co-founder of PayPal, Larry Page and Sergey Brin, co-founders of Google, and Jeff Bezos, founder of Amazon, have all invested in, and often been instrumental in the creation of, firms trying to prolong lifespan and healthspan. In March Sam Altman, the head of Openai, revealed that two years ago he had invested \$180m in Retro Biosciences, a Silicon Valley firm founded with the goal of adding ten years to healthy human lifespans.

Beneath the forest canopy of firms backed by tech royalty an undergrowth of more conventionally financed startups is working on drugs that might slow or stall some aspects of ageing. Even closer to the ground, the idea is catching on of prolonging lifespan and healthspan using pills and potions that are already available, in addition to (and sometimes instead of) the conventional approach of diet, exercise and early-to-bed. A culture of do-it-yourself lifespan extension is emerging, at least in affluent places endowed with the sort of technical expertise and technological hubris identified with Silicon Valley.

Many in mainstream science and medicine look at all this slightly askance. That is understandable. It is an area which attracts chancers and charlatans as well as those with more decent motives, and its history is littered with “breakthroughs” that have led more or less nowhere. America’s Food and Drug Administration does not recognise “old age” as a disease state, and thus as a suitable target for therapy. Nevertheless, evidence has been accumulating that such research might have something to offer.

Some established drugs really do seem to extend life, at least in mice. That offers both the possibility that they might do so in people and some insight into the processes involved. The ever-greater ease with

which genes can be edited helps such investigations, as does access to large amounts of gene-sequence data. The ability to produce personalised stem cells, which stay forever young, has opened up new therapeutic options. And new diagnostic tools are now offering scientists means to calculate the “biological ages” of bodies and organs and compare them with actual calendar ages. In principle this allows longevity studies to achieve convincing results in less than a lifetime.

The machine stops

Ageing seems quite simple. Bodies are machines, and machines wear out. But unlike most machines, bodies both make themselves and repair themselves. So why do they not do so perfectly?

One answer is that the machines’ designer, evolution, is interested in reproduction, not longevity. Life is a matter of genes and environment, and the environment, in the form of accidents, predators and diseases, is what kills most creatures. Genes with benefits that show up only over a longer lifespan than the environment allows are not likely to do particularly well unless they provide other benefits. Genes that offer a successful and fertile youth are onto a winner.

Indeed, evolution may be actively plotting against old age. If a gene helps an animal breed when young but endangers it when it is old, the odds are that it will spread. There is some evidence that one variant of a particular gene involved in Alzheimer’s disease provides reproductive advantages to young people.

More generally, looked at from the evolutionary point of view of the genes involved, an individual is simply a way to make further copies of those genes, rather than an end in itself. Keeping the body’s repair mechanisms in tip-top condition is worthwhile only if it gets more genes into the next generation. If other uses of those resources do the job better, then repair will lose out. In this “disposable soma” approach, the individual is a means to an end abandoned when it is no longer fit for purpose.

→ Ageing's dirty dozen

Primary

Damage to the fundamental components of the cell: DNA, chromosomes, the proteome and organelles

Genomic instability

Mutations accumulate in a way that stops genes from working



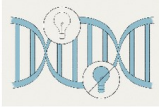
Telomere attrition

A shortening of the caps at the end of chromosomes which stymies cell division



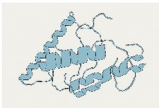
Epigenetic alteration

Changes to the markers on chromosomes which tell cells what genes to use



Loss of proteostasis

Cells produce proteins in non-functional forms and inappropriate numbers



Disabled autophagy

Cells lose their ability to break down components no longer working properly



Antagonistic

Mechanisms meant to compensate for damage done by primary mechanisms that can no longer cope

Mitochondrial dysfunction

Cellular components that provide energy break down and start to leak



Deregulated nutrient sensing

Disrupts the cell's perception of how it needs to regulate its energy metabolism



Cellular senescence

Cells that can no longer divide live on rather than self-destructing

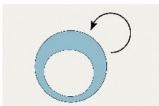


Integrative

Damaging or impaired responses to change

Stem-cell exhaustion

Stem cells unable to continue producing new cells to replace old ones



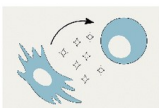
Altered intercellular comms.

Systems by which cells co-ordinate their actions fray and break down



Chronic inflammation

Messages calling for an inflammatory response sent out unnecessarily



Dysbiosis

Communications between the body and microbes living within it go awry



Source: "Hallmarks of aging: An expanding universe",
by Carlos López-Otín et al., *Cell*, 2023

image: the economist

This sort of perspective explains why there are many conditions, such as Alzheimer's and Parkinson's diseases, retinal degeneration, type-2 diabetes and various cancers which are rare in early life but quite common in old age. But it also suggests that this need not be the case. The fact that evolution has no interest in keeping the repair systems going does not mean it cannot be done, just that some cunning may be required.

Most genes have variants, known as alleles, which all work, but may have somewhat different effects. Genetic manipulation of laboratory organisms and studies of the genes of human centenarians have identified alleles of particular genes that, in the former, have been proved experimentally to increase lifespan and, in the latter, are associated with longer lives. Such work helps illuminate the processes behind bodily ageing.

It may, for example, lead to an understanding of why, as a study published in 2014 by researchers at King's College London showed, centenarians are less likely to die of cancer or heart disease than people in their 80s are. This suggests that people who live a really long time may do so because they have some comparatively rare form of protection against things that kill younger old people. That may be very good news.

Something does still kill them, though. The King's College study found centenarians disproportionately vulnerable to general frailty and "the old man's friend", pneumonia.

Another reason for hope in the face of evolution's callousness is that the physiological details of ageing are becoming clearer. In particular, those researching the question have been able to divide the problem into bite-sized chunks that can, to some extent, be tackled individually. Some of these smaller (if often still huge) problems are attractive targets for intervention in their own right; chronic inflammation, for example, or the build-up of aberrant proteins seen in Alzheimer's disease. George Church of Harvard University, a biotech guru unafraid of the unorthodox, thinks the approach could offer more than that: identify and deal with each of the components separately and you may find you have solved the problem in its entirety.

Several groups have compiled lists of such chunks. One of the most widely consulted was devised by Carlos López-Otín of the University of Oviedo, in Spain, and his colleagues. They propose 12 hallmarks of ageing (see chart) chosen on the basis that they are all things which typically get worse with age, which accelerate ageing if stimulated and which seem to slow it down if treated. Deal with this dirty dozen (Dr Church would make it a baker's dozen by adding cancer to the roll) and you might prolong life indefinitely and healthily. That, at least, is how the optimists look at it.

Oncology is already a well-developed field of research. This report will not address it directly. Nor will it remark on diet, exercise and a good night's sleep, other than to extol their value. They remain as necessary as ever.

Instead, it will look at the progress being made with respect to each of the 12 hallmarks. The resulting picture is not as tidy as one might wish. Biology is a complex, networked affair and many of ageing's hallmarks overlap. Sometimes that means an intervention may do good in more than one area. At other times there may be trade-offs. But even dealing with part of the list will bring people better lives. Deal with all of it and, well, who knows?

